

Jahrestagung

Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 18. November 2016

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Jahrestagung

Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 18. November 2016

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Peter Lonitz

Texte

Elena Albrecht, Tyll Birnbaum, Sebastian Fellner, Verena Fries,
Alexander Gemeinhardt, Jens Hübertz, Peter Lonitz, Kirsten Mensch,
Oliver Müller, Marc Pirogan, Natascha Riegger, Tobias Robischon, Alena Widder

Korrektorat

Monika Berghäuser, Aleksandra Ilic, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-47-6



Dezember 2016



Inhaltsverzeichnis

1

7 **Einleitung**

2

12 **Programm**

3

19 **Prologe**

4

27 **Keynotes**

5

41 **Dialog-Cafés**

6

95 **Biogramme der Teilnehmenden**

7

121 **Wahl zum Kleinen Konvent**

Mit dem Konventsthema „Kulturelle Praktiken 4.0. – Verführung oder Selbstbestimmung?“ hat die Schader-Stiftung in diesem Jahr 2016 einen ganz speziellen Fokus auf viele ihrer Projekte geworfen. Die Frage nach der Entwicklung von Kultur und der Veränderung von Kulturen unter dem Vorzeichen von Digitalisierung und Ökonomisierung hat etliche Veranstaltungen durchzogen und unsere Projekte geprägt.

Der vierte Große Konvent

Mit dem vierten Großen Konvent wollten wir diesem Thema tiefer auf den Grund gehen. Rund 140 Personen sind unserer Einladung gefolgt und haben am 18. November 2016 das Schader-Forum mit ihren Erfahrungen, Ideen und Erkenntnissen bereichert. Persönlichkeiten aus Forschung und Lehre der Gesellschaftswissenschaften und anderer Wissenschaftsbereiche, aus dem Wissenschaftstransfer und -management, aus der Zivilgesellschaft, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden, Initiativen, aus der Politik, Verwaltung und aus Unternehmen haben einen Tag lang im Horizont der Schader-Stiftung nachgedacht und diskutiert. Wir sind zutiefst dankbar für diese herausragende Unterstützung unserer Arbeit und begreifen die zeitnahe Vorlage dieser Dokumentation als unsere Antwort auf das Engagement der Mitglieder des Großen Konvents. Mit der Dokumentation – der vierten dieser Art – eröffnen wir die weitere Entwicklung von Themen und Projekten in und mit der Schader-Stiftung, stellen die Dokumentation aber bewusst als offene Ressource auch allen interessierten Personen und Institutionen, der Forschung, Lehre und Anwendung in der Praxis zur Verfügung. Die Erkenntnisse dieses Tages sollen nicht nur für die Stiftung und ihre Kooperationspartner wirksam werden, sondern ebenso in emergenten Systemen und Netzen in Wissenschaft und Gesellschaft aufgenommen werden können. Gerade unter dem Fokus der Digitalisierung wäre es fahrlässig, Information und Esprit unter Verschluss halten zu wollen. In diesem Sinne ist die vorliegende Dokumentation Bericht, Anregung, Aufforderung und Prüfstein für die weitere Entwicklung.

Das Konventsthema hat einen Titel und einen Untertitel. Und gerade der Untertitel hat in all seiner Sperrigkeit während der letzten Monate immer wieder die Augen geöffnet für das Dilemma, in dem wir angesichts der Verheißungen und Gefährdungen der Digitalisierung stehen. Haben – so unsere vorsichtige Vermutung – die Gesellschaftswissenschaften zumindest in Teilen zu lange die Augen und Ohren verschlossen vor den Herausforderungen der Digitalisierung?

Ein Konventsthema aus der Fülle der Stiftungsprojekte

Ausgangspunkt des Großen Konvents waren die Erfahrungen etlicher Veranstaltungen im Jahr 2016. Sie entnehmen schon den Halbjahresprogrammen der Schader-Stiftung, dass wir in diesen Projekten eine breite Themenpalette aufgenommen haben. Wir haben in Tagungen und Workshops nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie gefragt, nach Spuren von Solidarität als Fundament wirtschaftlichen Handelns, nach der Integration von Zugewanderten, nach Werten angesichts transhumanistischer Ziele des Human Enhancements, nach dem Verhältnis von Kultur und Natur, aber auch nach den Veränderungen unserer Gesellschaft im demographischen Sog und immer wieder nach dem Individuum im Strudel gesellschaftlicher Entwicklung. Viele der Akteurinnen und Protagonisten dieser Tagungen und Projekte haben als

Impulsgeberinnen oder Teilnehmer am Großen Konvent mitgewirkt und damit ihre Fragen in einen konkreten Rahmen stellen können.

Dazu dienen speziell die Dialog-Cafés, die den Nachmittag geprägt haben; sie sind aus Fragestellungen hervorgegangen, die die Schader-Stiftung in diesem Jahr intensiv beschäftigt haben und weiter beschäftigen werden. Damit öffnet der Große Konvent die Stiftung für ihre Partnerinnen und Nutzer. Für die aktive Mitwirkung sind wir diesen zu großem Dank verpflichtet. Wir wissen um die Ehre, das Programm der Stiftung nicht nur aus den Gremien zu entwickeln, sondern die Fülle der Gesellschaftswissenschaften dafür nutzen zu dürfen. Aber auch der Große Konvent ist keine Konferenz eines abgeschlossenen wissenschaftlichen Zirkels, sondern ein Dialog auf Augenhöhe mit exzellenter Praxis. Deshalb sind wir ebenso dankbar für das Engagement und die Mitwirkung von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, aus Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und auch der Kolleginnen und Kollegen anderer Stiftungen. Das Aufeinandertreffen ihrer Erfahrung und Innovationskraft prägt die Großen Konvente. Ausführliche Berichte zu den Dialog-Cafés mit den Themenfeldern Freiheitsrechte, Enhancement, Ökonomie, Integration, Nachhaltigkeit und Journalismus finden sich in dieser Dokumentation.

Drängende Fragen

Die Debatte über Phänomene der Digitalisierung haben die beiden Prologe besonders befördert. Die Hinweise von Alexander Sander auf den Umgang mit unendlichen Daten und Überwachung ebenso wie die wortwörtlich erschreckende Dystopie eines Jahrhunderts der Informatik durch Prof. Dr. Katharina Anna Zweig haben das Auditorium hellhörig für die kommenden Themen gemacht. Besonders dankbar sind wir Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Leggewie für die strukturierte Erläuterung einer politischen Partizipation in virtuellen Räumen und analogen Herrschaftsstrukturen sowie Anke Domscheit-Berg für die einprägsame Darstellung der digitalen Existenz zwischen Anonymität, Pseudonymität und Identität in den beiden Keynotes. Die Prologe und Keynotes stehen als einzelne Beiträge online auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung und sind der Aufmerksamkeit der Lesenden – als Sehende – besonders empfohlen.

Unter dem Rubrum der „Kulturellen Praktiken 4.0“ finden sich Gegenstände, die die Schader-Stiftung seit Jahrzehnten beschäftigen, die allerdings im Zuge der Digitalisierung enorm beschleunigt wurden und werden. Gerechte Teilhabe, Wohnen und Entwicklung in Stadt und Land, Perspektiven des Wohlstands jenseits klassischer Wachstumsmodelle, faire Entwicklung und Durchsetzung von Menschenrechten, Innovationsfähigkeit und nachhaltige Verantwortung, solide Kommunikation und Information, das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft und die Demokratisierung der Demokratie – wir ersetzen mit dem Konventsthema keine gewachsenen Fragestellungen, sondern fokussieren sie neu.

Das Konventsthema dieses Jahres steht nicht unverbunden. Nach der Beschäftigung mit „25 Jahren Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ (2013), „Nachhaltigkeit“ (2014) und „Öffentlicher Wissenschaft“ (2015) hat der Kleine Konvent, der als Wissenschaftlicher Beirat dafür verantwortlich ist, die Arbeit des Großen Konvents mit der Stiftung wirksam werden zu lassen und weiterzuführen, die Frage nach der Entwicklung von Kultur aufgeworfen. Die Schader-Stiftung wurde auf diese thematische Fokussierung hin mit einer Vielzahl von gesellschaftswissenschaftlich relevanten Fragestellungen angesprochen und hat sich gerne als Dialogplattform zur Verfügung gestellt. Und wir sind weiter offen für Anregungen derer, die in unserem Angebot der Dialogvermittlung und der Bereitstellung einer nicht nur räumlichen, sondern auch fachkompetenten Ressource ein echtes Angebot



sehen. Auch deshalb sind die Teilnehmenden und Mitglieder des Großen Konvents uns hoch willkommen als kritische und wache Begleiter und Beobachterinnen des Auftrags der Schader-Stiftung und als Anregerinnen und Anstifter neuer Ideen, Projekte und Kooperationen.

Definiere Deutschland!

Dieser Wunsch nach Begleitung, Beratung und Mitwirkung besteht auch im kommenden Jahr und im Blick auf das kommende Konventsthema. Wir beobachten mit brennender Sorge die Entwicklungen der politischen Kultur in unserem Land, in Europa und der Welt. Die Rede von der *postfaktischen* Gesellschaft, die Verwerfungen zwischen *Eliten* und *Abgehängten*, *Zugewanderten* und *Zukurzgekommenen*, die sprachliche und auch faktische Gewalt, von der in den Keynotes des Großen Konvents gleichermaßen die Rede war, sehen wir als drängende Herausforderung. Nicht nur in unserem Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ stellen wir uns als Stiftung die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Werte unserer Gesellschaft, die Identität unseres Landes in seiner europäischen Verbundenheit, globalen Verantwortung und seinen regionalen Bezügen steht. Wie kann man also über eine Leitkultur sprechen, ohne den weitgehend verbrannten Begriff des politischen Diskurses zu gebrauchen? Wohin integrieren wir eigentlich jene, die wir integrieren? Und was macht das mit der Ankunfts-gesellschaft, wie und wohin entwickeln wir uns gemeinsam weiter? Wie sieht zuletzt das unerforschte Land aus, das wir in Zukunft erwarten? Und können die Gesellschaftswissenschaften diese Debatte bereichern – nicht postfaktisch, sondern vernünftig und verantwortungsvoll?

Die Schader-Stiftung sieht sich als zwar neutrale, aber keinesfalls haltungslose Plattform in Gesellschaft und Wissenschaft. Aus diesem Grund haben sich Vorstand und Kleiner Konvent entschlossen, mit dem kommenden Konventsthema nach dem zu fragen, was man mit dem tendenziösen Begriff einer Leitkultur wohl nur unzureichend umreißen kann. Wir bitten und fordern auf: *Definiere Deutschland!* Auch dieses neue Konventsthema soll Provokation und Anreiz sein, sich mit Projekten und Kooperationsvorschlägen an die Schader-Stiftung zu wenden. Im November 2017 wird es Thema des fünften Großen Konvents sein.

Eine Stiftung sagt: Danke

Der Große Konvent bildet mit seiner Jahrestagung das zentrale Beratungsgremium der Schader-Stiftung. Die Schader-Stiftung kann dankbar sein, dass auch in diesem Jahr so ausgewiesene Persönlichkeiten mit ihrer Zeit, ihren Gedanken und Anregungen und ihrer kritischen Begleitung im Horizont der Schader-Stiftung mitwirken. Einige von ihnen haben wir gebeten, mit Impulsen die jeweiligen Sessions des Nachmittags zu er-

öffnen und wir sind dankbar für die Vielfalt der Referierenden. Viele von ihnen haben bereits langjährige, andere recht frische Verbindungen zur Schader-Stiftung, dies war sicher eine gute Grundlage für eine fruchtbare Diskussion.

Den Kolleginnen und Kollegen der Schader-Stiftung ist für ihre engagierte und umsichtige Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung zu danken. Sie sind für den Großen Konvent Moderatorinnen, Protokollierende, vor allem aber Gastgeber und Ermöglicherinnen – immer aber jene, die sehr genau hinhören und aufmerken, was die Aufgaben und Herausforderungen der Stiftung sind und sein sollen im Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Dazu gehören die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten ebenso wie die Mitarbeitenden in Projektmanagement, Organisation und Verwaltung sowie die aktuellen und ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten, die sich immer wieder für die Sache der Schader-Stiftung begeistern lassen.

Die Biogramme der Teilnehmenden geben einen Hinweis auf die Kompetenz und das Engagement, das den Großen Konvent erst ermöglicht. Wir sind als Stiftung dankbar, in dieser Breite und Tiefe gesellschaftswissenschaftliche Fragen diskutieren zu können. Dabei spielen die Beteiligten aus der Praxis eine zentrale Rolle, die Lebensnähe und gesellschaftlichen Auftrag, ökonomische und juristische Rationalitäten, aber auch Perspektiven von Kunst und Kultur, von gerechter Teilhabe, nachhaltiger Entwicklung und kultureller Vielfalt zur Sprache bringen. Der Stiftungsrat hat entscheidenden Anteil an dieser Perspektive, seinen Mitgliedern, stellvertretend den Vorsitzenden Dr. Rudolf Kriszeleit und Prof. Dr. Hanns H. Seidler, ist für ihre konstruktive Unterstützung der Stiftungsarbeit zu danken.

Dankenswerterweise haben zwei Mitglieder des Kleinen Konvents die Aufgabe der Moderation übernommen. Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeppen, Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, und Prof. Dr. Stephan Lessenich, Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, haben die Teilnehmenden souverän durch diesen wichtigen Tag gebracht. Mit Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Stefan Selke und Prof.-Ing. Julian Wékel haben sich drei Mitglieder des Kleinen Konvents erneut für dieses Amt zur Verfügung gestellt und übernehmen ebenso wie Prof. Dr. Gabriele Abels und Wiebke Drews Verantwortung in der Umsetzung der Erkenntnisse des Konvents in die operative Arbeit der Schader-Stiftung.

Vor allem ist dem Stifter zu danken. Alois M. Schader hat mit seiner Idee des Dialogs und mit seiner Gestaltung des Stiftungszentrums in der Wissenschaftsstadt Darmstadt einen Ort geschaffen, in dem sich Dialog, Debatte und Diskurs manifestieren. Für die Stiftung ist es ein Geschenk und eine Freude, ihre Arbeit so eng verbunden mit dem Stifter tun zu dürfen.



Alexander Gemeinhardt
Vorsitzender des Vorstands
Direktor des Stiftungszentrums

- 9:30 - 10:30 Uhr **Galerie**
Führungen in der Galerie der Schader-Stiftung
DIALOGE 05 „Human Upgrade“
- 10:30 - 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt,
 Vorstand der Schader-Stiftung
- 10:40 - 11:00 Uhr **Prologe**
Alexander Sander,
 Digitale Gesellschaft e.V., Berlin
Prof. Dr. Katharina Anna Zweig,
 Technische Universität Kaiserslautern
- 11:00 - 11:50 Uhr **Keynotes**
Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Leggewie,
 Kulturwissenschaftliches Institut Essen
Anke Domscheit-Berg,
 Netzpolitikerin und Unternehmensberaterin, Fürstenberg
- 11:50 - 12:20 Uhr **Aussprache**
Gesamtmoderation
Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden,
 Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Prof. Dr. Stephan Lessenich,
 Ludwig-Maximilians-Universität München
- 12:20 - 12:30 Uhr **Wahl**
**Erläuterung des schriftlichen Verfahrens und Vorstellung der
 Kandidierenden für den Kleinen Konvent (Wissenschaftlicher
 Beirat) der Schader-Stiftung**
- 12:30 - 13:30 Uhr Mittagessen
- ab 13:30 Uhr **Dialog-Cafés**
Dialog-Café 1 Freiheitsrechte im digitalisierten Alltag
 Begleitung: *Prof. Dr. Ursula Münch,*
 Akademie für Politische Bildung Tutzing
*Digitalisierte Kommunikation, das Nutzen von millionenfach gesammelten
 Daten, die Verwendung technologischer Annehmlichkeiten prägen nicht nur
 unseren Alltag, sondern beeinflussen auch unsere Freiheiten – und zwar
 sowohl erhöhend als auch einschränkend. Sind durch die massenhafte
 Nutzung von modernen Technologien vor allem in den Bereichen Konsum,
 Kommunikation und Mobilität, aber auch etwa im Gesundheitswesen,
 bürgerliche Freiheitsrechte gefährdet?*

Dialog-Café 2 Optimierung versus Verwirklichung

Begleitung: Prof. Dr. Hanns H. Seidler,

Kanzler der Technischen Universität Darmstadt a.D.

Der Trend zum Enhancement des Menschen ist evident. Konträr zu Konzepten der Bildung steht dabei die technologisch-medizinische Optimierung im Zentrum und nicht die Verwirklichung und Verbesserung des Menschen aus seinem eigenen Potential. Die Integration des transhumanen Wesens in einen ökonomisch vernetzten Prozess erschüttert gewohnte Werte von Freiheit, Entfaltung und Entscheidungsautonomie.

Dialog-Café 3 Kulturen der digitalisierten Ökonomie

Begleitung: Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig,

ENTEKA AG, Darmstadt

Die Digitalisierung der Ökonomie verändert kulturelle Praktiken auf nie dagewesene Weise. Wie grundlegend und wie umfassend ist der Wandel, der mit Industrie/Dienstleistung 4.0 einhergeht? Was ist Wunschdenken, was Realität? Und mit welchen neuen Praxisformen, mit welchen sozialen Konsequenzen ist zu rechnen?

Dialog-Café 4 Integrationspotenziale im digitalen Zeitalter

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels,

Eberhard Karls Universität Tübingen

Innerhalb von Informations- oder Mediengesellschaften findet die Integration von Migrantinnen und Migranten auch über die Einbindung in den medialen Informations- und Kommunikationsprozess statt. Wie sieht die aktive Nutzung der neuen Medien aus und können sie die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe befördern? Wie lassen sich unterschiedliche Nutzungsverhalten der Migranten und der Aufnahmegesellschaft miteinander vereinbaren. Und wie können Gesellschaftswissenschaften diese Fragen aufgreifen, um Aufschlüsse über medial vermittelte Integrationsprozesse von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft zu geben?

Dialog-Café 5 Nachhaltigkeit in der „Smart City“

Begleitung: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel,

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin

Neue Technologien machen nicht vor der Stadtplanung Halt. Im digitalen Zeitalter streben „Smart Cities“ nach kontinuierlicher Selbstoptimierung. Dabei sind die Städte einerseits in einem (globalen) Wettbewerb untereinander, andererseits in der sozialen Verantwortung gegenüber ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. In diesem Spannungsfeld kommen den Aspekten Nachhaltigkeit, ökonomische Anreize und Gemeinwohl tragende Rollen zu.

Dialog-Café 6 Medien und Journalismus zwischen Digitalisierung und Ökonomisierung

Begleitung: Wiebke Drews,

European University Institute, Florenz

Medien und Journalismus erfahren derzeit einen nachhaltigen Veränderungsprozess, der vor allem durch die Begriffe Digitalisierung sowie Ökonomisierung gekennzeichnet ist und sowohl mediale Akteure als auch Produkte erfasst.

13:30 - 14:15 Uhr

Session 1

Dialog-Café 1

Prof. Dr. Heidi Schelhowe, Universität Bremen

Wodurch und in welcher Qualität und Quantität bewirken die allgegenwärtigen smarten Technologien Verhaltensänderungen, die sowohl individuelle Lebensweisen als auch gesellschaftliche Muster und Prägungen betreffen? Wie ist damit umzugehen, dass die Klassifizierung von Menschen durch Big Data-Algorithmen zu einer neuen, „objektivierte“ Form der Personalisierung, aber auch der Diskriminierung führen kann?

Dialog-Café 2

*Dr. Thomas Damberger, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Welches sind Ziele des Human Enhancements? Welche transdisziplinären und intersektoralen Zugänge gibt es oder müsste es geben, um Enhancement gesellschaftlich breit diskutieren und politisch entscheiden zu können?
Wo berühren Enhancement-Prozesse die Lebenspraxis und Alltagskultur?*

Dialog-Café 3

*PD Dr. Andreas Boes, Institut für Sozialwissenschaftliche
Forschung e.V., München
Mit der digitalen Transformation zeichnet sich aktuell ein historischer
Umbruch ab, der in seiner Tragweite für die Veränderung der Gesellschaft nur
mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert vergleichbar ist.*

Dialog-Café 4

*PD Dr. Uwe Hunger, Universität Siegen
Wie unterscheidet sich das Mediennutzungsverhalten von Migrantinnen und
Migranten von dem der Aufnahmegesellschaft? Kann die aktive Nutzung
digitaler Medien aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen und welche
Veränderungen der eigenen kulturellen Praktiken resultieren daraus?*

Dialog-Café 5

*Dr. Jens Libbe, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
In Zeiten von Digitalisierung und neuen Technologien fällt das Schlagwort
„Smart City“ keinesfalls selten. Doch welche Potenziale umschreibt es genau
und wie steht es um die Wirkungen auf die Städte sowie die Umsetzung in
der Praxis? Die erste Runde dieses Dialog-Cafés lädt ein, „Smart City“ als
Gegenstand wissenschaftlicher Forschung zu definieren.*

Dialog-Café 6

*Prof. Dr. Ulrike Röttger, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Welche neuen Potenziale ergeben sich durch den Medienwandel in Form der
Digitalisierung? Welche Herausforderungen gehen, insbesondere im Hinblick
auf die Ökonomisierung, mit dem Strukturwandel einher?*

14:15 - 14:30 Uhr

Pause

14:30 - 15:15 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1

*Michael Herfert, Fraunhofer-Institut für Sichere
Informationstechnologie SIT, Darmstadt
Welche zusätzlichen Freiheiten und Möglichkeiten bieten durch die Digitali-
sierung die neuen Techniken? Welche tatsächlichen Beeinträchtigungen von
Privatsphäre und Bürgerrechten sind seitens der Digitalisierung zu erwarten?
Und was lässt sich auf individueller wie auf gesellschaftlicher und politischer
Ebene tun, um die Einschränkung von Freiheitsrechten abzuwehren?*

Dialog-Café 2

*Prof. Dr. Christoph Asmuth, BMBF-Projekt „Anthropofakte“,
Deutsches Hygiene-Museum Dresden
Wie wirken Anthropofakte auf die Entwicklung des Menschen und seiner
Mitmenschen? Was wissen wir über die Wechselwirkungen von Mutationen,
epigenetischen Modellen und transformativen Prozessen in der Verbesserung
des Menschen, sei es zur Kompensation von Schwäche oder zur Optimierung
von Stärke? Tragen diese Prozesse zur Entwicklung des Gemeinwohls bei?*

Dialog-Café 3

*Timo Daum, 2PIR, Berlin
Was bezweckt die Digitalisierung der Ökonomie, welche Vorstellungen von
effizientem Wirtschaften stehen hinter ihr – und welche Ideen eines guten
Lebens oder einer besseren Welt?*

Dialog-Café 4

Mustafa Isik, Bayerischer Rundfunk, München

Die informationsgeleitete Nutzung des Internets durch Migrantinnen und Migranten kann dazu beitragen, die soziale Distanz abzubauen und den interkulturellen Austausch zu fördern. Welche Instrumente und Strukturen müssen gemeinschaftlich etabliert werden, damit Migranten selbstbestimmte Entscheidungen auf Basis eigener Recherchen treffen können und sie somit zu gleichberechtigteren Mitgliedern der Gesellschaft werden? Wie können bei der Entwicklung von digitalen Tools diese nutzerorientierten Aspekte berücksichtigt werden?

Dialog-Café 5

Christoph Stroschein, GESI Deutsche Gesellschaft für Systeminnovation mbH, Berlin

„Smart Cities“ sind fortschrittliche Städte, angetrieben durch ökonomische Anreize und den Wunsch nach nachhaltiger Entwicklung. Wer sind die tragenden Akteure bei ihrer Umsetzung? Und in welchem Maße orientieren sich sowohl Entwickler als auch Anbieter am Gemeinwohl?

Dialog-Café 6

Anke Domscheit-Berg, Netzpolitikerin und Unternehmensberaterin, Fürstenberg

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Arbeitsweise und das Selbstverständnis von Journalistinnen und Journalisten? Wie wirken sich soziale Netzwerke auf den Journalismus aus – welche Formen der Partizipation finden statt und welche Qualität weisen sie auf?

15:15 - 15:30 Uhr

Pause

15:30 - 16:15 Uhr

Session 3

Dialog-Café 1

Dr. Ulrike Höppner, Freie Universität Berlin

Welche Auswirkungen zeigen sich für politische Zusammenhänge und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten? Wie können Freiheitsrechte geschützt sowie Privatheit und Öffentlichkeit ausbalanciert werden, um Selbstbestimmung, freie Willensbildung und Wettbewerb auch im Zeitalter von Big Data zu gewährleisten?

Dialog-Café 2

Prof. Dr. Karin Christiansen, VIA University College, Dänemark

Was macht die Humanität von para- oder superhumanen Lebensformen aus? Wie ist das Verhältnis von freiwilligem Enhancement und gesellschaftlicher Erwartung? Wie verschieben sich Normen des Gesundheitsbildes und der Gesundheitsförderung angesichts transhumanistischer Modelle? Wo wirkt die Gesellschaft mit an der Diskussion dieser Fragen?

Dialog-Café 3

Prof. Dr. Jörn Lamla, Universität Kassel

Wie verändert die digitalisierte Wirtschaft kulturelle Alltagspraktiken – etwa die in geldvermittelten Ökonomien unvermeidliche Praxis des Einkaufens? Zerstört sie womöglich elementare Formen der Sozialität? Oder birgt sie Chancen auf erweiterte gesellschaftliche Partizipation?

Dialog-Café 4

Astrid Raith, Stadt Witten

Wie ist das Nutzungsverhalten digitaler Medien seitens der Migrantinnen und Migranten in Bezug auf Nutzungshäufigkeiten und inhaltliche Präferenzen zu bewerten? Inwieweit können die Merkmale des Nutzungsverhaltens Aufschluss geben über die Identitätsbildung, Integration sowie die gesellschaftliche Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe?

Dialog-Café 5

Hilmar von Lojewski, Deutscher Städtetag, Berlin

Die Städte sehen sich neben ihrem intrinsischen Antrieb zu technologischer Innovation vielfältigen anderen Treibern gegenüber. Hierzu zählen das internationale und nationale Normungswesen, multilaterale Organisationen, Forschungs-, Wirtschafts- und Bauministerium des Bundes und auch zivilgesellschaftliche Gruppen bekunden zunehmend Interesse an der Ausgestaltung von „Smart Cities“. Welche Rolle nehmen die unterschiedlichen Treiber aus kommunaler Sicht ein und welchen Einfluss haben sie auf Planungsverfahren und Einzelvorhaben? Wie können dabei Belange des Gemeinwohls gewahrt und die Beteiligung der Öffentlichkeit gewährleistet werden?

Dialog-Café 6

Prof. Dr.-Ing. Arnd Steinmetz, Hochschule Darmstadt

Welche Folgen hat die Digitalisierung für journalistische Tätigkeiten? Wie gestaltet sich in Zukunft die Konkurrenzsituation von Journalismus und computergenerierten Texten? Was sind die Auswirkungen auf Funktionen und Normen der Medien sowie des Journalismus?

16:15 - 16:30 Uhr

Pause

16:30- 17:15 Uhr

Plenum

Resümees aus den Dialog-Cafés

17:15 - 17:30 Uhr

Gratulation an die neuen Mitglieder des Kleinen Konvents
RA Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär a.D.,
Vorsitzender des Stiftungsrats

Vorstand

Ausblick auf den Großen Konvent 2017

17:30 - 21:00 Uhr

Jazz-Lounge

20 **Prolog**

Alexander Sander

23 **Prolog**

Prof. Dr. Katharina Anna Zweig

Beide Prologe des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2016 stehen für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo16 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die Beiträge wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prolog – Alexander Sander

Die Digitalisierung und Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche schreitet unaufhaltsam voran. Die Geräte wachsen immer näher an den Menschen heran und irgendwann in den Menschen hinein. Durch die Geräte sind und werden wir identifizierbar und verfolgbar. Es ist nachvollziehbar, was wir wann und wo mit den Geräten veranstalten. Zeiten, wo wir das Handy oder andere mit dem Netz verbundene Geräte ausschalten oder nicht bei uns tragen, wird es bald nicht mehr geben. Wir werden die Geräte ständig an uns, vielleicht sogar in uns, unter unserer Haut implantiert haben.

Unendliche Daten

Mit den dabei erhobenen Daten, mit unseren Daten, wird Geld verdient. Viel Geld. Es heißt immer wieder: Daten sind das neue Öl. Doch anders als Öl sind Daten nicht endlich. Jede Bewegung, jede Handlung, jede Interaktion, vielleicht sogar bald jeder Gedanke lässt sich in Datenbanken speichern und zum Beispiel durch immer neue Algorithmen auswerten und verwertbar machen. Von selbstlernenden Algorithmen, deren Ergebnisse wir nicht mehr nachvollziehen können.

Daraus resultieren etwa Empfehlungen, wie wir unser Leben vermeintlich angenehmer, einfacher, effizienter und effektiver gestalten können. Unternehmen versuchen, uns auf Schritt und Tritt zu verfolgen und unsere Handlungen vorauszusehen. Sie wollen zur passenden Zeit mit dem passenden Produkt für uns da sein. Die Grenze zwischen Manipulation und reflektierten Entscheidungen verschwimmt dabei. Menschen werden zunehmend in die Funktion von Werbebotschaftern gedrängt.

Menschen stecken in Filterblasen und leben in Echokammern. Für jede gesellschaftliche Gruppe wird ein Netz im Netz mit passenden Produkten geschaffen. Gleichzeitig muss man feststellen, dass immer weniger Austausch zwischen den Gruppen stattfindet. Daraus resultieren auch Probleme für unsere Diskussionskultur und damit auch für unsere Demokratie. Aber auch Staaten haben ein großes Interesse an unseren Daten. Auch Staaten wollen uns lückenlos überwachen. Schutz vor Terrorismus und schwerer Kriminalität heißt die Losung. Ob die Maßnahmen geeignet sind und ob sie rechtsstaatlichen Prinzipien genügen, wird nicht hinterfragt. Es geht um Aktionismus und schnelle Antworten auf komplexe Fragen. Es geht darum, dem Gefühl der Angst das Gefühl der Sicherheit gegenüberzustellen. Mit beidem wird gespielt. Belege und Fakten gelten immer weniger in Debatten, vielmehr wird auf Emotionen gesetzt.

Ständige Überwachung und der wachsende Heuhaufen

Um nur einige Maßnahmen zu nennen: Schon jetzt gibt es die Vorratsdatenspeicherung (VDS) von Kommunikationsdaten – der Staat weiß, wann wir mit wem kommunizieren. Diese Daten werden wochenlang auf Vorrat gespeichert. Und es gibt die VDS von Reisedaten – der Staat weiß, mit wem wir wann wohin fliegen und was wir unterwegs essen. Diese Informationen werden sogar für fünf Jahre auf Vorrat gespeichert. Die Forderung nach einer Ausweitung der Videoüberwachung begleitet uns ebenso in regelmäßigen Abständen wie der Ruf nach neuen Technologien wie Nacktscannern an Flughäfen oder automatisierter Nummernschilderkennung. Dahinter stehen oft ökonomische Interessen. Für mehr Sicherheit sorgen die Maßnahmen nur selten oder nie. Aber sie sorgen dafür, dass alle Menschen unter Generalverdacht gestellt werden. Sie sorgen dafür, dass die komplette Gesellschaft ständig ohne Anlass und verdachtsunabhängig überwacht wird. Auch vor Geheimnisträgern wird kein Halt gemacht. Vertrauliche Gespräche mit Geistlichen, Anwälten oder Ärzten zu führen wird immer schwieriger. Journalisten haben Schwierigkeiten, ihre Quellen zu schützen.

Die Räume, in denen wir unbeobachtet sein können, werden kleiner und schwerer auffindbar. Rechtsstaatliche Prinzipien werden für sicherheitsesoterische Lösungen geopfert. Datensammlungen, die von Unternehmen angelegt werden, sind zunehmend von Interesse für Ermittlungsbehörden. Es werden direkte Schnittstellen zu den Behörden und Diensten geschaffen oder es werden Daten übermittelt und ständig ausgewertet. Staaten wollen die Nadel im Heuhaufen finden, doch sind sie vor allem damit beschäftigt, den Heuhaufen zu vergrößern. Und wir werden ständig dazu gedrängt, möglichst viele unserer personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen.

Smart Home-Anwendungen werden in den kommenden Jahren unseren Haushalt überfluten. Vernetzte Autos fahren auf den Straßen. Krankenkassen drängen uns mit Anreizsystemen dazu, unsere Gesundheitsdaten auswerten zu lassen. Nebenbei bemerkt: Es werden nicht nur gigantische Datenberge über uns angehäuft, diese Anwendungen zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie besonders unsicher und leicht angreifbar sind. Es wird gern über den vermeintlichen Nutzen und Mehrwert für uns oder die Gesellschaft gesprochen. Gefahren werden kaum thematisiert, verschleiert oder sogar verschwiegen.

Der schlüsselfertige Überwachungsstaat

Sobald die Digitalisierung sich im Körper fortsetzt, sobald sich Implantate durchsetzen, werden die Freiräume nicht mehr existent sein. Die Kompletterfassung unseres Handelns, die Kompletterfassung unseres Lebens ist greifbar. Es existieren bereits Gebissimplante, um herauszufinden, was wir essen und trinken und um uns Vorschläge zu unterbreiten, wie wir uns gesünder ernähren können. Schon jetzt überwachen Arbeitgeber Telefongespräche ihrer Mitarbeiter und werten diese aus, um herauszufinden, wie diese sich fühlen, um gegebenenfalls die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gleichzeitig trommeln Unternehmen, teilweise unterstützt von undurchsichtigen und intransparenten Lobbyverbänden und Vereinen, weltweit für weniger Datenschutz in der Gesetzgebung. Denn Datenschutz verhindert die Ökonomisierung auch der letzten privaten Bereiche unseres Lebens und gefährdet somit den Gewinn der Unternehmen.

Die Entwicklung ist für viele schleichend und kaum spürbar. Sie ist nicht direkt sichtbar und die Konsequenzen sind nicht direkt spürbar. Doch Handlungsweisen passen sich an die Entwicklungen an und werden kaum hinterfragt. Überwachte Menschen neigen zu angepasstem Verhalten. Die daraus resultierenden Gefahren für die Demokratie sind enorm. Aus Angst wird Kritik nicht geäußert. Demonstrationen werden nicht besucht. Forschungen werden aus Angst nicht angestoßen. Bestimmte Reisen werden nicht unternommen.

Und wenn populistische oder radikale Kräfte Mehrheiten erringen, übernehmen sie nicht nur die Entscheidungsgewalt, sondern einen schlüsselfertigen Überwachungsstaat. Dass sie damit verantwortungsvoll umgehen, darf bezweifelt werden. Genau darüber muss gesprochen und diskutiert werden. Nur so können reflektierte Entscheidungen getroffen werden. Nur so kann die Kompletterfassung unseres Lebens aufgehalten werden. Die Überwachungsspirale zu durchbrechen und Filterblasen zum Platzen zu bringen wird zunehmend schwieriger; ohne gesamtgesellschaftliche Debatte, ohne gesamtgesellschaftliche Bewegung wahrscheinlich unmöglich. In diesem Sinne freue ich mich über jede Veranstaltung wie die heutige. Ich wünsche eine gelungene Debatte am heutigen Tag, aber auch in der kommenden Zeit.



Prolog – Prof. Dr. Katharina Anna Zweig

Ich danke für die Einführung und freue mich ganz besonders, dass Sie auch die andere Seite kennenlernen wollen, denn ich muss Alexander Sander natürlich völlig widersprechen. Dieses Jahrhundert ist ganz unbestritten das der Informatik, und darüber möchte ich Ihnen gerne etwas erzählen. Ich wurde gebeten, die Begriffe Digitalisierung und 4.0 zu erklären. Und ganz ehrlich, Big Data ist der Problemlöser, und nicht der Problemerzeuger. Es ist ein völlig neues Paradigma. Es geht nicht um schnelle Lösungen. Es geht um faktenbasierte Analysen. Das kann man doch nicht schlecht finden. Denn nur Daten erlauben uns, das Verhalten von Menschen wirklich vorherzusagen. Dazu benutzen wir natürlich riesige verrauschte Datenmengen, das macht aber nichts, denn wir können genug Mathematik und Statistik, um die Muster heraus zu lesen, die mit Verhalten korrelieren. Und damit brauchen wir Theorien nicht mehr. Ich halte das für einen großen Fortschritt. Wir leben in einer theorielosen Welt, und wir können damit mehr über menschliches Verhalten erfahren als jemals zuvor. Denn Sie wissen, dass wir alle nicht ganz rational sind. Wir glauben immer, wir seien Experten, aber nur die Daten verraten uns, wie Menschen wirklich ticken.

Wir finden die Nadel im digitalen Heuhaufen

Ich sehe eine rosige Zukunft, die Veränderung aller gesellschaftlichen Prozesse. Wir haben schon heute Algorithmen, die besser darin sind, Personal einzustellen. Algorithmen, die Prognosen bringen über Leistungsfähigkeit, Passgenauigkeit, ohne Diskriminierung: Wer kann das nicht wollen? Gerichtsurteile, Prognosen über Rückfälligkeit, wir können in unseren Algorithmen die Expertise von Tausenden von Richterinnen und Richtern kombinieren – endlich objektiv. Das ist das Versprechen der Informatik: das Auffinden von seltenen Kategorien. Das wird leicht heruntergespielt – ja, wir sind in der Lage, Terroristen zu identifizieren. Die eine Nadel im digitalen Heuhaufen, die können wir finden. Wir könnten sogar, wenn wir das gesellschaftlich wollen, diese Menschen direkt eliminieren. Kein Problem. Ich weiß, das ist hier nicht populär. Wir können Gesellschaften ganz neu steuern und wir brauchen dafür keine Politiker mehr. Wir müssen nur noch „Measure und Analyze“ in einen Feedback-Control-Loop bringen, denn wir können über Sensoren automatisch erkennen, wie Sie sich verhalten. Wir können damit natürlich auch automatisch identifizieren, welche individuellen Ziele Sie haben und Sie damit über automatisierte, personalisierte Anreize steuern, um das mit globalen Optimierungskriterien in Einklang zu bringen. Wir überprüfen die globale Zielerreichung und gegebenenfalls können wir Sie anpassen – und schon sind wir bei der Kybernetik 4.0. Und auch da, denke ich, kann sich doch niemand dagegenstellen.

Das Jahrhundert der Informatik?

Achtung – die Referentin ist im Ironie-Modus! Ich hoffe, Sie haben es gemerkt, es hat mir physische Bauschmerzen bereitet, diese Rolle einzunehmen. Aber ich wollte Ihnen einmal das Gefühl geben, wie es wäre, wenn Sie an einer meiner Konferenzen teilnehmen. Und es ist kein Witz. Diese Leute glauben das. Und das macht mir Angst. Wir wollen Symptome kurieren, ohne die Krankheit zu kennen. Wir glauben, „meine Leute“ glauben, dass eine automatisierte Gesellschaftsteuerung besser wäre, als wenn Menschen das tun, mit personalisierten Anreizen, direktem Feedback und einer ständigen Messung der Kontrollvariablen. Und ich hoffe, dass Sie das ernstnehmen. Diese Leute glauben, dass das geht. Und in diesem Zuge glauben sie auch, dass wir Geistes- und Sozialwissenschaftler eigentlich nicht mehr brauchen: Gerne liefern wir euch ein paar Hypothesen aus unseren Daten, dann könnt ihr ja mal schauen, was ihr damit macht.

Das „Jahrhundert der Informatik“? Ich hoffe es nicht. Ich hoffe, es wird das Jahrhundert der Geistes- und Sozialwissenschaften, denn tatsächlich könnten uns Algorithmen in vielem unterstützen. Aber nicht, wenn sie von Informatikern – und ich benutze hier die männliche Form ganz explizit – mit ihrem sehr speziellen Menschenbild alleine gemacht werden. Kollegen von mir, die behaupten, „total world domination of the machine would be better for humans“ und das auch nur sehr, sehr halbironisch meinen, vor denen habe ich ein bisschen Sorge. Lassen Sie uns also bitte, bitte nicht alleine. Als es den Buchdruck gab, waren die Leute auch in Sorge, dass plötzlich nur noch Schund veröffentlicht wird. Ich sehe hier eine Analogie zum Digitalen, aber ich bin in diesen Fragen nicht besonders gut ausgebildet, weder in den Geschichtswissenschaften noch in den Sozialwissenschaften. Helfen Sie uns, diese Analogien zu finden, denn wir müssen schnell handeln. Wir sind so überrollt worden, dass wir als Gesellschaft keine Möglichkeit hatten, Normen zu entwickeln. Es muss nicht immer alles gesetzlich geregelt werden. Wie können wir also die Entwicklung solcher Normen beschleunigen? Helfen Sie uns dabei, das herauszufinden. Wo dürfen und sollten gut gemachte Algorithmen für gesellschaftliche Prozesse eingesetzt werden? Viele weitere Fragen würde ich gerne mit Ihnen diskutieren, aber in zehn Minuten ist das natürlich nicht möglich.

Das Jahrhundert der Geistes- und Sozialwissenschaften

Ich sehe eine verkettete Verantwortlichkeit. Ich stehe hier und entwickle Algorithmen, jemand anderes kommerzialisiert sie, wieder andere sammeln Daten – und natürlich war alles nur gespielt. Ich kann alles unterstreichen, was Alexander Sander vor mir gesagt hat. Da gibt es diese neuen sexy Digitalberufe, von denen keiner weiß, was das eigentlich ist. Leider wissen auch die Akteure nicht, was sie da tun: Sie bringen Daten mit Methoden zusammen, irgendjemand interpretiert das Ergebnis und dann kommt es zur Aktion. Und im Moment ist völlig unklar, wer das eigentlich überwachen soll. Wir haben Algorithm Watch gegründet, schauen Sie sich da gerne mal um. Von Ihnen als Gesellschaftswissenschaftlern brauchen wir aber auch ganz viel und ich verlange auch viel von Ihnen. Sie müssen sich tatsächlich in das Technische einarbeiten. Es reicht nicht, oberflächlich von der Digitalisierung, dem Internet, den Algorithmen zu reden. Wir müssen genau nachschauen, welcher Algorithmus was wo macht. Zum Beispiel sind Menschenbilder in Algorithmen versteckt. Das findet man aber nur gemeinsam heraus, wenn der Techniker und der Sozialwissenschaftler sich das zusammen ansehen. Es gibt psychologische Fehlschlüsse. Von einigen weiß ich, von anderen weiß ich nicht. Klären Sie mich auf. Ich kann Ihnen zeigen, welche Grenzen es in der Statistik gibt, Sie können mir vielleicht aufweisen, welche gesellschaftlichen Folgen es hat, wenn wir diese überschreiten. Aber zuallererst brauchen wir dafür die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache, und dafür sind wir heute auch hier. Und deswegen danke ich nochmal für die Einladung und hoffe, dass es das Jahrhundert der Geistes- und Sozialwissenschaften wird.

4

Keynotes

28 **Konsultative 2.0 ?**

Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Leggewie

34 **Kulturelle Praktiken 4.0**

Anke Domscheit-Berg

Beide Keynotes des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2016 stehen für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo16 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die Beiträge wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Leggewie

Konsultative 2.0? – Politische Partizipation in virtuellen Räumen und analogen Herrschaftsstrukturen

Als vor zwei Jahrzehnten das Internet, diese neuartige Verschränkung diverser Informations- und Kommunikationsformate zu einem Monomedium, ins allgemeine Bewusstsein trat und unser Alltagsleben zu bestimmen begann, gab es sehr steile Erwartungen und ebenso starke Befürchtungen, wie sich in diesem Umfeld die politische Kommunikation wohl mitverändern würde. Benjamin Barber, der Doyen der „strong democracy“, feierte die Chance für „the pleasures of participation, the fellowship of civic association, and the autonomy, self-governance, and enlarging mutuality of continuous political activity“. Sein Kollege James Fishkin startete 1996 eine großangelegte „deliberative Meinungsumfrage“, die vorführen sollte, wie sich eine mehrstufige virtuelle Versammlung eignete, Meinungen auszutauschen, Urteile zu schärfen, Positionen zu erhärten oder eben auch zu modifizieren. Das Experiment wurde nicht fortgesetzt, aber Archive wie Participedia.net zeigen, wie viele Nachfolger Online-Beteiligungsformate seither gefunden haben.

Der Utopie einer deliberativen Polis im Weltmaßstab, die der damalige US-Vizepräsident Al Gore ausmalte, stand die Dystopie eines elektronischen Populismus gegenüber, der den Plebs an die Macht bringen würde. Mittlerweile sind die neuen Medien nicht mehr so neu und viele hochfliegende Ambitionen einer internetgestützten Beteiligungsdemokratie enttäuscht worden. Dazu ist zunächst anzumerken, dass das „Netzwerk der Netzwerke“ im Grunde für nicht-politische Kommunikation ausgelegt ist. Es war und ist ein Markt- und Spielplatz, wobei Entertainment und Kommerz auf die politische Nische abfärben. Zweitens bleibt auch dieses Medium immer noch ein Medium: Es kann Tendenzen einer demokratischen Repräsentationskrise nur verstärken, deren Ursachen tiefer und anderswo liegen. Drittens dachte man in den 1990er Jahren nur schemenhaft an Nutzungsformate, die heute als „soziale Medien“ im Zentrum stehen, vor allem, seit der PC durch mobile Geräte abgelöst worden ist. Analytiker haben den Oktober 2016 als Wendepunkt ausgemacht, seit dem mehr Webseiten auf dem Smartphone als auf dem Laptop und PC angeschaut werden, und sie prognostizieren, dass die nächste Milliarde von „Usern“ und ganze Kontinente wie Afrika ganz überwiegend Mobilgeräte nutzen werden.

Soziale Medien?

Wo bleibt da das Politische? Nicht das virtuell erweiterte *Townhall Meeting* am Desktop, das die Idealisten beflügelte, ist zur Standardform politikbezogener Kommuni-

kation geworden, sondern rasche Nachrichtenüberblicke, telegrammartige Kurznachrichten (Tweets) an Peers und in das Rauschen des Netzes hinein gezwitschert, Facebook-Einträge an Freunde und Gefolgschaften. Mitwirkung drückt sich in „likes“ und „non-likes“ beziehungsweise Emoticons aus, eventuell noch in den meinungsfreudigen Kommentarspalten von Online-Publikationen, und wenn es hoch kommt, in thematischen Whatsapp- und Listserv-Gruppen. Solche Kanäle nutzen auch Berufspolitiker und zivilgesellschaftliche Akteure, wenn sie sich bei Jüngeren bemerkbar machen wollen. Im Wesentlichen geht es dabei stets um Popularitätstests von Personen und Marken, zugleich ist die unaufwändige Online-Petition zum beliebtesten Partizipationsformat aufgestiegen. In einer „click democracy“ kann jeder und jede Kampagnen aufziehen, was sicher von Vorteil ist, aber auch unbedacht vom Zaun brechen, was ein schwerer Nachteil für die politische Kultur sein kann.

Interaktivität, das einstige Mantra digitalisierter „many-to-many“-Kommunikation, schrumpft so auf ein Minimum. Wo theoretisch die Selbstermächtigung einer dialogeneigten und streitbaren Bürgerschaft anstand, überziehen sich nun eher Konsumenten mit Massenwurfsendungen oder werden sie Adressaten personalisierter Werbung. Der „Noreply“ (kein Anschluss unter dieser Adresse) ist Standard, schon eine gezielte Antwort-Mail oder SMS gilt „digital natives“ als lästig. Politische Kommunikation, die bekanntlich Dauer, Nachhaltigkeit und Tiefgang der Meinungs- und Urteilsbildung erfordert, ist auf den Augenblick gerichtet, sie bleibt flüchtig und fragmentarisch. Auch die Hoffnung, Internet-Anwendungen würden politische Information und Kommunikation auf Gruppen ausdehnen, die analog weniger beteiligt waren, hat sich weitgehend zerschlagen. Eher nutzen Eliten „gut informierter Bürger“ (Alfred Schütz) das Netz zur Ergänzung ihrer analogen Kanäle, um mitzureden und Einfluss zu nehmen; im Hintergrund läuft die Schimpftirade und Dauersuada der Wutbürger, die ihre Entfremdung neuerdings auch wieder analog per Wahlzettel dokumentieren.

Die sozialen Medien haben einen schlechten Ruf, weil dort Verschwörungstheoretiker und Trolle unterwegs sind beziehungsweise Meinungsroboter Desinformation austeilen. Jeder dritte Tweet des gewählten US-Präsidenten soll automatisiert versandt worden sein, Trumps Follower in Europa werden es ihm nachtun, darunter seine Bewunderer in der AfD, auch russische Hacker mischen sich ein. Ernste Schäden für die pluralistische Meinungs- und Willensbildung sind zu befürchten, wenn auf diese Weise Filterblasen respektive Echokammern entstehen, die den Grundvoraussetzungen bürgerlicher Öffentlichkeit Hohn sprechen. Dort geht es nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die Bekräftigung der eigenen Weltanschauung und die Disqualifizierung Andersdenkender, im Extrem mit Hasspredigten und Volksverhetzung. Die weitverbreitete Anonymität der Absender hat Sprache und Denken zusätzlich enthemmt. Doch man schlägt den Sack und meint den Esel: Im Netz kommen Meinungen und Haltungen an die Oberfläche, die bis dato in redaktionellen Selektionsfiltern hängen geblieben sind. Wer sich über die Türsteher nicht-interaktiver Medien als Zensoren beklagte, zahlt als Preis den generalisierten Zweifel an der Zertifizierungsrolle, die Berufspolitik, wissenschaftliche Expertise und professioneller Journalismus einmal hatten. Sternstunden erlebt das Internet eher in autoritären Gesellschaften, etwa im arabischen Frühling, in der aktuellen Auseinandersetzung in der Türkei oder bereits länger in der Volksrepublik China, wo Digitalisierung zu mehr Transparenz beigetragen hat. Der Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Liberalisierung scheint gegeben, ob auch eine Demokratisierung der Demokratie gelingen kann, gilt es noch zu beweisen.

Aber natürlich funktionieren auch konsultative Foren, die durchaus dazu angehtan sind, die deliberative Qualität repräsentativer und direkter Entscheidungen zu erhöhen und der „Tyrannei der Mehrheit“ vorzubeugen. Als ein Beispiel gilt die

EU-Verfassungsdebatte, die transnational angelegt war; sie erreichte ein jüngeres (gebildetes) Publikum und schuf eine europäische Öffentlichkeit, die alte Medien selten herstellen können. Ein anderes ist der jüngste Bürgerdialog zum Umweltschutzprogramm der Bundesregierung, der parallel in Bürgerräten von sechs Städten und einem Online-Forum Vorschläge erarbeitete. Die libertäre, „kalifornische“ Ideologie eines staats- und kontrollfreien „Marktplatzes der Ideen“, den der Supreme Court einmal im Sinne der amerikanischen Meinungsfreiheitstradition nobilitierte, hat paradoxerweise die massive Kontrollgewalt privater Unternehmen wie Google und Facebook hervorgebracht, eine analoge Herrschaftsarchitektur des Internets, das weder politisch rechenschaftspflichtig ist noch fiskalisch zu bändigen und über die Prominenz seiner Protagonisten eine unverdiente Reputation gewonnen hat. Big Brother ist nicht allein von Staats wegen aktiv, sondern vornehmlich in Kommunikations- und Unterhaltungskonzernen, die sich zudem unheilvoll mit Geheimdiensten verbinden. Kritiker sehen hierin die Wurzeln und Instrumente totalitärer Herrschaft heute. Als globaler Markt, der von wenigen Medienmonopolen hierarchisch gesteuert wird, ist das Internet jedenfalls kein Hoffnungsträger der liberalen Demokratie.

Betriebssystem der Politik

Die Bilanz nach zwei Jahrzehnten ist ernüchternd, aber Forderungen nach einem Ausstieg zurück in analoge Kommunikation, wie sie auch einstige Netzbegeisterte vortragen, sind aussichtslos. Allein schon die Dezentralität der Netzkommunikation lässt solche Appelle verhallen, und es gibt keine autoritativen Möglichkeiten, auch nur ein Minimum an Selbstkontrolle zu verordnen, wie der gescheiterte Versuch zeigt, im Einvernehmen mit Facebook Hass-Propaganda in den sozialen Medien zu unterbinden. Dafür steht dieselbe Firma im Verdacht, im letzten Präsidentschaftswahlkampf selbst kräftig mitgemischt zu haben.

Entscheidend ist jedoch, dass sich die vorherrschende Nutzung vor allem in der Alterskohorte der unter 30-Jährigen längst habitualisiert und zur dominanten Kulturtechnik verdichtet hat. Nach Krabbeln und Laufen folgt bei Kindern alsbald das Wischen: Mobile, mit Touchscreen ausgestattete Tablets und Smartphones nutzen sie sehr früh, um ihre Handlungsspielräume thematisch wie sozial an Eltern und Lehrern vorbei abzustecken. Die Vorstellung, offline etwas zu verpassen, bindet sie an Mobilgeräte, deren Verfügbarkeit bei jungen Erwachsenen wichtiger geworden ist als das einst so hochgeschätzte Verkehrsmittel namens Automobil. Jede Medienpädagogik und politische Bildung läuft ins Leere, die diesen symbolischen Überschuss der Netzkommunikation verkennt. Wer beruflich Politik macht, wer eine Nichtregierungsorganisation oder eine ehrenamtliche Tätigkeit betreibt oder wer gar eine soziale Bewegung aus dem Boden stampfen will, ist besser mit diesen kulturellen Praktiken vertraut, soll Politik nicht endgültig zur Seniorendomäne werden.

Den grassierenden Populismus darf man durchaus als verqueren Ausdruck eines Beteiligungsstaus begreifen, neu etablierte Kommunikationspraktiken kann man für die kritische Auseinandersetzung und eine alternative Agenda nutzen. Überzeugende Versuche einer konsultativen Ausrichtung, die demokratische Prozesse und Institutionen stärken und Instrumente direkter Demokratie zivilisieren, sind dünn gesät. Zu erinnern ist aber an die im real existierenden Politikbetrieb auf Grund gelaufene Piraten-Bewegung mit ihrem „Liquid Democracy“ genannten Vorschlag, mit softwarebasierter Informationstechnik die Grenzen zwischen repräsentativer und direkter Demokratie zu verflüssigen: Bürger bringen Anträge in Parlamenten ein, Volksvertreter delegieren ihre Stimme an sachkundige Bürger. Bemerkenswert war das Experiment auch, weil der Weg von der schon selbstverständlichen Online-Existenz in Alltag und Lebenswelt in den als fremd empfundenen Raum politischer Repräsentation verlief, nicht umgekehrt, wie es die Parteien mit ihren Online-Angeboten zumeist

erfolglos praktizieren. Und ebenso hervorzuheben ist, dass in diesem politischen Milieu das Netz als „commons“, als eine global verfügbare Kommunikationsallmende gedacht wurde, analog etwa zum fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr und zum bedingungslosen Grundeinkommen. Früher hätte man von „öffentlich-rechtlichem Rundfunk“ gesprochen, heute sagt man Plattformneutralität. Diese reklamiert die gleichzeitige Teilhabe aller bei maximaler individueller Entfaltungsfreiheit. Wären die Piraten bei der Sache geblieben, hätte dies zu einem neuen Betriebssystem der Politik beitragen können.

Die Piraten sind in und an analoger Politik gescheitert, es bleibt also nur der nüchterne Blick auf die effektive Nutzung des Internets für diverse politische Zwecke durch die U30, die sich übrigens weiterhin mehrheitlich auf Fernsehen und Rundfunk (nicht Printmedien, aber doch deren Online-Angebote) stützen und den sozialen Online-Netzwerken wie Facebook und Twitter selbst wenig politische Glaubwürdigkeit beimessen. Sie erkennen empirischen Studien zufolge die Gefahr, sich in politische Blasen zu manövrieren, wenn das persönliche Netzwerk nur zur Bestätigung der eigenen Weltanschauung ausgeworfen wird, wenn abweichende politische Meinungen blockiert und unliebsame Interaktionspartner aus der „Freundesliste“ gelöscht werden. Ungeachtet dessen bleiben politische Informationen, ganz altersgemäß, eingebettet in die Kommunikation entwicklungsbedingter Themen wie körperliche Veränderungen, Berufs- und Beziehungswahl, die Bewältigung von Lebenskrisen innerhalb von Peer-Gruppen. Informationen werden wesentlich „ge-googelt“ und damit „ge-mainstreamt“, also per Suchmaschinen und Algorithmen auf einen außergeleiteten Konformismus verpflichtet, der an den Rändern dann in sektiererische und paranoide Züge umschlagen kann. „Alle, die etwas wissen wollen, erfahren das Gleiche aus der gleichen Quelle“ (Kuttner/Schorb).

Die paradoxe Herausbildung „neuer persönlicher Öffentlichkeiten“ (Jan Schmidt) verändert die individuelle Wahrnehmung von Nachrichten und verschiebt die Auswahl von den klassischen Gatekeepern auf die jeweiligen Peers und Freundesgruppen, auf welche die eigene Timeline zugeschnitten ist. Mainstream-Medien können sich einschalten, aber auch sie müssen durch den subjektiven Filter hindurch. Die Herausforderung besteht folglich darin, die Tendenz zur Blasenbildung durch „andere“ Meinungen sichtbar zu machen; es gibt bereits Versuche, den Meinungspluralismus durch ein automatisches „Gegensteuern“ zu erreichen. Aber statt auf technische Aufhebungen der Einseitigkeit zu setzen, sollten Jugendliche und junge Erwachsene im Unterricht und in der Ausbildung erfahren und einüben, wie man sich analog mit unbequemen Meinungen auseinandersetzt, herrschende Meinungen kritisch befragt und Bildungsinhalte reflektiert.

Neue Meinungsführer

Es bleiben die Feuerwälle, mit denen sich junge Erwachsene gegenüber ihren Eltern wie von anderen Akteuren der politischen Sozialisation abgrenzen. Sie wollen „unter sich“ sein und schaffen Räume für eine „private“ Kommunikation, die auf geeignete Vorbilder schaut. Politische Bildner treten deshalb am besten als anerkannte Meinungsführer („influencer“) des Typs auf, der in sozialen Netzwerken stilbildend ist. Das haben die mittlerweile stark online präsenten Rundfunkmedien erkannt, die um den Erhalt eines jüngeren Publikums ringen. Das im Oktober gestartete „funk“-Experiment von ARD und ZDF ist ein Beispiel dafür, wie 14- bis 29-Jährige via Youtube, Facebook, Snapchat etc. mit kostenlosen Serien wie „ Fargo“ oder „The Aliens“ für ausgewählte Geschichten interessiert werden sollen, „in denen es um Netzphänomene und virale Hits, Hintergründe zum Tagesgeschehen, Lifestyle-Trends und um unsere eigenen Formate und Köpfe geht“.

Die neuen Meinungsführer sind freilich ambivalent: Es handelt sich um reichweitenstarke Autoren und Autorinnen, die sich über die genannten Popularitätstests einen Namen (und Zigtausende Follower) erstritten haben – als Youtuber, Instagrammer, Snapchatter, zum Teil noch als Blogger. In Frage kommen auch „bekannte“ Journalisten, Unternehmensgründer oder Schauspieler. Die für Außenstehende und Ältere völlig wahllos erscheinende Selektion solcher Autoritäten erfolgt nach Kriterien einer sich selbst begründenden Prominenz; Celebrities sind in der Regel nicht politisch, können es aber werden. Eine Lena Dunham, Unterstützerin von Hillary Clinton, bekannt aus der Fernsehserie „Girls“ und 2013 von TIME zu den einhundert einflussreichsten Menschen auf dem Globus gezählt, oder ein Milo Yiannopoulos („The Dangerous Faggot Tour“) sind fragwürdige britisch-amerikanische Beispiele dafür. Letzterer war „Tech editor“ der Breitbart-News, Donald Trumps Alt-Right-Brigade, deren Militanz demnächst wohl das Weiße Haus erfüllt.

Das alles deutet wieder auf einen Siegeszug des elektronischen Populismus hin, den man, genau wie seine Hardcore-Variante offline, jedoch nicht einfach hinnehmen kann – und auch nicht größer reden sollte, als er ist. Das Gros der sozialen Medien ist eine Black Box, und Verfechter der assoziativen und deliberativen Demokratie können darin andere Themen platzieren, neue Allianzen formieren und Millennials auf sich aufmerksam machen. Anzustreben wäre die Verzahnung der persönlichen Reichweite von Meinungsführern mit einem öffentlich-rechtlichen Medien-Start-up, das jüngere Zielgruppen und Kanäle erreicht und „contested content“, umstrittene Inhalte und anderslautende Meinungen, einspeist, um die öffentliche Meinungs- und Urteilsbildung zu verbessern. Das ruft vernachlässigte Eigenschaften des Netzes in Erinnerung: die egalitäre Grundstruktur der „many-to-many“-Kommunikation, die jedem und jeder gleiche Chancen bietet, Informationen zu suchen, zu verbreiten und mit anderen zu teilen, und zu jedem gewünschten Zeitpunkt alle denkbaren Themen über große Distanzen zu kommunizieren. Hier steckt weiterhin das demokratische Potenzial einer virtuellen Öffentlichkeit, um kollektive Probleme kollaborativ in der Aushandlung unterschiedlicher Standpunkte besser zu lösen, als dies die beiden anderen sozialen Regulierungsinstitutionen Markt und Hierarchie könnten. Beide, der Online-Kommerz ebenso wie die Google-Hierarchie, haben das Internet über die Maßen kolonisiert.

Davon befreien können sich kritische digitale Gemeinschaften nur, wenn sie demokratische Parallelexperimente (nennen wir sie Bürger- oder Zukunftsräte) „im wahren Leben“ und im Netz starten, die den in *beiden* Sphären vorherrschenden Konsum politisieren, die Repräsentativität des „people formerly known as audience“ (Jay Rosen) erhöhen und die Beweglichkeit der Mobilgeräte für demokratische Mobilisierung nutzen. Gegen die hochtrabende Rhetorik einer Digitalisierung, die auf Kapazitätsausbau, Beschleunigung und weitere Vermarktung setzt und den Medienimperien gefügig ist, stehen innovative kulturelle Praktiken von Kreativen, die sich nicht länger als „User“ abspeisen lassen. In diesem Kampf gegen Goliath wäre die Schützenhilfe bürgergesellschaftlicher, medialer, künstlerischer und staatlicher Initiativen sicher noch zu steigern.



Anke Domscheit-Berg

Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?

Ich danke Ihnen für die Einladung. Ich habe mich wirklich schwergetan. „Kulturelle Praktiken“ klingt für mich etwas kryptisch, und vor allem klingt es nach ungefähr hundert Themen, die ich dazu assoziiere. Welche davon nimmt man? Welche davon sind richtig? Welche sind vielleicht falsch? Oder ich finde sie richtig und die Menschen hier im Raum finden sie falsch. Ich habe dann am Ende alles ein bisschen eingedampft, auf drei Themen, und gedacht, da es ja hundert davon gibt, wird sich garantiert nichts wiederholen zu den Vorrednern. Sie werden leider feststellen, das eine oder andere Wort haben Sie heute schon gehört. Das lässt sich vielleicht doch nicht vermeiden, spricht aber vielleicht auch dafür, dass es tatsächlich sehr brennende Aspekte in dieser Auseinandersetzung sind.

Von diesen vielen Assoziationen, die mir gekommen sind, möchte ich auf drei eingehen. Zum einen die Frage der Identitäten im analogen und im virtuellen Raum: Wer ist denn das eigentlich, der oder die da verführt wird oder das eigene Leben selbst bestimmt? Zum Zweiten das auch schon angesprochene Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Filterblasen, Zensur und Manipulation, das ja nicht zuletzt durch die schon angesprochene US-Wahl an neuer Relevanz gewonnen hat, die sich natürlich auch auf unser Land auswirkt. Last but not least die gläsernen Menschen, die freiwillig oder unbewusst ihre Daten preisgeben oder über die Dritte, auch ohne zu fragen, Daten sammeln, alles, was sie kriegen können. Und da ist für mich die Frage besonders interessant: Was ist denn eigentlich freiwillig? Wie freiwillig ist das denn eigentlich, wenn man sich für etwas entscheidet?

Identitäten im Netz

Die Frage der Identität möchte ich an den Anfang stellen, denn die alte Frage „Wer bin ich, und wenn ja, wie viele?“ passt in dieses Themenfeld besonders gut. Für die meisten Menschen ist ihr virtuelles Ich eine Art multiple Persönlichkeit, und auch mich gab und gibt es auf ganz unterschiedliche Arten und Weisen. Viele Ichs, die unterschiedliche Communities um sich herum haben. Ich gehe jetzt mal ins Persönliche, damit das ein bisschen plastischer und verständlicher wird: Vor 17 Jahren habe ich unter einem Pseudonym aus Gründen viel Zeit in einem Schwangeren- und Mütterforum verbracht. Ich war dort bekannt als eine 32-jährige Brandenburgerin, die viele Schwangerschaftsprobleme hatte, dann relativ reibungslos ihren Sohn bekam, Impfen sinnvoll fand, eine immer wieder aufpoppende Debatte in diesen Foren, lange gestillt hat, auch eine immer wieder aufpoppende Debatte dort, und die sehr früh wieder arbeiten ging,

eine ganz wilde Debatte in diesen Foren. Auf Twitter bin ich seit etwa acht Jahren als @anked unterwegs, die ersten Jahre auch nur unter diesem Pseudonym, also ohne meinen vollen Namen dahinter, dann aber verknüpft mit meinem eigenen Namen. Wer mir dort folgt, weiß, dass ich mich für Open Government, Geschlechtergerechtigkeit, Geflüchtete, das bedingungslose Grundeinkommen, Umweltschutz, die digitale Gesellschaft im Großen und Ganzen, den 3D-Druck im Besonderen interessiere, viele Feinde habe und diskussionsfreudig bin. Dort ist mein missionarisches Ich aktiv. Über mein Privatleben gibt es nichts, außer ab und an mal ein Foto aus dem Garten, Gemüse und Blümchen und solche Sachen. Auf Twitter gibt es mich aber auch unter zwei anderen Konten. Das eine, @fempowerme, befasst sich ausschließlich mit Geschlechtergerechtigkeit, das andere ausschließlich mit Open Government, das heißt @opengovme. Es sind einseitige, monothematische Accounts mit wenig Interaktion. Genau genommen sind sie etwas eingeschlafen.

Als Bloggerin habe ich eine Zeitlang auf Ankeseye.com über das Barefoot College in Indien geschrieben. Dieses Ich ist eine Geschichtenerzählerin, die gerne reist, und zwar nach Indien, die Wert auf gute Bilder legt und alles das beschreibt, was sie sieht. Meine eigene Persönlichkeit spielt dort eigentlich gar keine Rolle. Ich bin Beobachterin. Natürlich habe ich auch Identitäten auf allen möglichen Portalen, Reiseportalen zum Beispiel, wo man über Hotels Meinungen äußern kann, oder auf anderen Plattformen, zum Beispiel bei Thingiverse.com. Wer mich dort findet, erlebt einen Menschen, der verschiedene Sammlungen von 3D-Druck-Dateien angelegt hat, zum Beispiel zu den Themen Knöpfe, Halloween oder Nerd-Favoriten, und der offenbar eine Leidenschaft für additives Manufacturing in den eigenen vier Wänden entfaltet. Und dann gibt es noch mein Ich bei „Ravelry“, eine Strick- und Häkelplattform, auf der mein Ich assoziiert ist mit bestimmten Strickvorlieben. Nichts Ausgefallenes, nichts Exotisches. Dieses Ich sammelt Anleitungen ausschließlich auf Deutsch, denn die englischen verstehe ich so schlecht, für Pullover, Tücher oder irgendwelche Kleider. Aber es gibt auch meinen Guerilla-Strickblog „Random Acts of Knitting“. Dort schreibt mein Ich nur auf englisch, ist ein bisschen faul, und wie mein indisch konnotiertes Ich scheint es sehr gerne Geschichten zu erzählen und ausschließlich verrückte Strickaktionen zu machen, vom Panzer bis zur Flugzeugverkleidung.

Anonymität und Pseudonymität

In jeder Identität bin ich Teil einer anderen Community. Manche überschneiden sich sogar, manche nicht. Die, die sich überschneiden, wissen überhaupt nicht unbedingt, welche meiner Identitäten jeweils meine Ichs sind. Ich kann mit den gleichen Menschen in mehreren Communities unterwegs sein, ohne dass sie das merken. Manchmal bin ich mit einem neutralen Nutzernamen wie Guest anonym unterwegs, manchmal unter Pseudonym, wie zum Beispiel schon erwähnt als @anked auf Twitter, manchmal mit meinem Klarnamen. Die Freiheit, mich auch ohne Offenlegung meiner Identität im Netz bewegen zu können, kann mich schützen oder mir Zugang zu Austausch und Informationen verschaffen, auch jenseits von Schamgrenzen. Es wird an manchen Stellen in meinem Vortrag ein wenig explizit, ich bitte um Entschuldigung, aber das ist das, wo die Wissenschaft auf die Praxis trifft. Jenseits von Schamgrenzen wurden im Schwangerschafts- und Babyforum zum Beispiel alle Arten physischer Symptome ohne jede Hemmungen beschrieben, egal, ob es um blutige Schleimpfropfen ging oder die Folgen eines Dammrisses. Viele hätten sich nicht so frei geäußert, wenn Arbeitskollegen, Nachbarn, persönliche Feinde – oder bei bekannteren Personen noch Bild-Zeitungs-Redakteure – Fragen und Antworten bestimmten Identitäten hätten zuordnen können. Anonymität und Pseudonymität schützen generell auch Minderheiten vor Verfolgung oder Menschen vor nachteiliger Behandlung durch Mitmenschen aufgrund ihrer Meinungsäußerung. Sie schützt den schwulen Pfarrer im bayerischen Dorf, wenn er sich in einer entsprechenden Community mit anderen vernetzt. Sie schützt auch

Manager, die online bei Anonymen Alkoholikern Rat suchen, oder Menschen, die in einem Forum Demenzkranker oder bei Beratungsportalen für Depressive Fragen stellen, ohne dass sie mit einem Stigma versehen werden.

Die Erwartungen an Menschen sind heute hoch: Sie sollen möglichst perfekt, gesund und glücklich sein, weichen sie ab, beschädigen sie ihr Image. Sie möchten damit nicht öffentlich assoziiert werden. Auch deshalb pflegen viele Menschen ein geschöntes Bild von sich in sozialen Medien, in denen sie unter ihrem eigenen Namen unterwegs sind. Es ist ein großer Vorteil, ohne negative Folgen im eigenen Alltag Meinungen zu äußern, Informationen zu suchen und Unterstützung durch Gleichgesinnte oder Dritte zu finden oder sich schlicht zu vernetzen mit Menschen, die gleiche Interessen pflegen, selbst wenn sie selten oder ein wenig absonderlich sind; Guerilla-Stricken von Panzern und so. Gerade Menschen, die sich in ihrem eigenen Umfeld einsam fühlen oder als abweichend empfinden, können durch virtuelle Kontakte Bestätigung finden. Menschen, die in der analogen Welt meinen, dort nichts zu sagen zu haben, niemanden haben, der ihnen zuhört, können im Internet selbst zum Sender werden und die Erfahrung machen, dass es für ihre gesendeten Meinungen sogar Empfänger gibt, egal, ob es Mainstream-Meinungen oder radikale Ansichten sind.

Gerade Personen, deren Überzeugungen im persönlichen Umfeld zu einem Problem werden könnten, weil sie nicht als politisch korrekt gelten oder nicht der sozialen Norm entsprechen, finden im Internet beliebig viele Echokammern, gefüllt mit Gleichgesinnten, wunderbar abgeschottet vom Kontakt mit kritischen Andersdenkenden. Solche Echokammern führen leicht zur Absenkung von Hemmschwellen, zur Polarisierung, zur Überzeugung, alleine über die absolute Wahrheit zu verfügen, und zu falscher Wahrnehmung von Mehrheitsverhältnissen. Sie begünstigen die Verbreitung postfaktischer Inhalte und Fakes durch ihre Struktur, denn diese unterstützt oft in besonders drastischer Form die Kernannahme der jeweiligen Echokammer und wird daher besonders häufig „geliked“ und geteilt. Auf den drei größten Facebook-Seiten von Trump-Gegnern gab es vor der US-Wahl 19 Prozent Fakes. Bei den drei größten Pro-Trump Facebook-Seiten wurden sogar 38 Prozent Fakes gezählt. Beide Lager hatten viele Millionen Follower. Sie erreichten viel mehr Menschen als Mainstream-Medien. Da der Ranking-Algorithmus von Google aber auch die Relevanz von News anhand ihrer Verbreitung in den Social Media bewertet, konnten so selbst 100-prozentige Fake-News auf Platz eins der Google News landen, wie die Behauptung, Donald-„grab her by the pussy“-Trump habe die Popular Vote gewonnen. Erscheint eine wild in einseitigen Echokammern geteilte Fake-News in den Google News, verlässt sie ihr limitiertes Wirkungsumfeld. Sie wirkt dann auch außerhalb der Echokammer und verbreitet sich wie ein ansteckender Virus.

Sinkende Hemmschwellen digital und analog

Immer stärker erleben wir auch, dass Menschen nicht mehr wissen möchten, was Fakt ist, sondern glauben, was sie glauben wollen und das selbst dann tun, wenn es jede Menge Nachweise gibt, dass es sich um schlichten „bogus“ handelt, wie bei dem gestrigen Tweet von Trump, er habe sich mit dem Chef von Ford heftigst in einem Gespräch auseinandergesetzt und jenen dazu gebracht, ein bestimmtes Werk doch nicht nach Mexiko umzusiedeln, sondern in Kentucky zu belassen. Die zahlreichen Korrekturen diverser Medien, für das Werk in Kentucky habe es nie Umzugspläne gegeben und die Fabrik, für die tatsächlich der Umzug nach Mexiko geplant war, wird auch weiterhin umziehen – von Autozeitung bis hin zu Reuters oder New York Times – spielten überhaupt keine Rolle mehr. Seine Anhänger glauben ihm trotzdem, denn er löst ja jetzt seine Wahlversprechen ein. Er wird schon vor Amtsantritt zum großen Erlöser, der die Industriearbeitsplätze nach Amerika zurückbringt und Amerika wieder great macht. Alles andere ist nicht glaubwürdig. Es ist schwer damit umzugehen, sowohl für Medien als auch für politische Gegner oder für alle Menschen, denen die Wahrheit noch etwas bedeutet.

Aber Filterblasen erzeugen noch andere ansteckende Viren: Die Herabsetzung von Hemmschwellen und positive Bestärkung immer radikalerer Äußerungen führen nämlich zu stärkerer Abgrenzung von anderen Filterblasen oder von der Außenwelt insgesamt in einer Art und Weise, die sich häufig nicht mehr als klassischer Diskurs beschreiben lässt. Sie ist geprägt durch Erniedrigungen, Herabsetzungen bis hin zur Entmenschlichung voller Hass und Abscheu. Minimaler Anstand wird abfällig als Political Correctness bezeichnet, heute ein Schimpfwort. Rassismus, Sexismus, Homophobie und andere Einstellungen, die auf Ausgrenzungen und Herabsetzungen aufbauen, sind heute nicht mehr selten zu findende Äußerungen. Die Filterblasen blähen sich auf und erobern sich längst erschreckende Anteile auch auf Mainstream-Kanälen. Inzwischen sind das sogar Eigenschaften, mit denen man Präsident des mächtigsten Landes der Welt werden kann. Der Hass aus dem Netz macht aber dort nicht Halt. Die neu gepflegte Diskurs-Unkultur hat das Netz verlassen und sich auf die Straße begeben.

Politikerinnen erzählen inzwischen, dass sie ähnliche Dinge wie früher nur online jetzt auch bei zufälligen Begegnungen in der analogen Welt erleben, was Angst macht und zu der Frage führt, was als nächstes kommt. Als mich Anfang des Jahres Mitglieder der Linken fragten, ob ich als Parteilose mit ihnen für den Bundestag kandidieren möchte, habe ich mehrere Wochen Bedenkzeit gebraucht. Einer der Gründe war meine Angst vor dem Dasein als noch öffentlichere Person, die radikale Gegner haben wird, bei denen man nicht weiß, wie intensiv sie ihre Angriffe online und vielleicht auch offline führen werden. Als ich im Januar bei Anne Will zum Thema Geflüchtete sprach, waren meine Social Media-Kanäle tagelang unbenutzbar. Meine Mailbox quoll über und selbst auf meiner Homepage sammelten sich Kommentare, die meisten voller Hass und Ablehnung. Ich war davon so erschlagen, dass ich den Rest der Woche wirklich nicht arbeiten konnte. Und als ich vor jener Sendung noch in der Maske saß, hatte ich einen Panikanfall mit Herzschmerzen und Atemnot. Ich hatte überlegt, ob ich aufgabe und last minute absage. Ich hatte nicht Angst vor der Kamera oder der Debatte selbst, ich hatte Angst vor dem, was dann tatsächlich eintrat, vor den aggressiven Attacken in den Tagen danach. Ich hielt durch im wahrsten Sinne des Wortes, weil ich den Aggressoren nicht das Spielfeld der Meinungsbildung überlassen wollte. Sie wollten mich fertigmachen, ich wollte sie nicht gewinnen lassen. Schon seit Längerem erhalte ich Botschaften – jetzt wird es leider wieder explizit, dafür kann ich aber nichts – die mir wünschen, eine Horde Neger fickt mich tot oder die mir erklären, dass ich so abstoßend aussehe, dass mich nicht mal notgeile Muslime vergewaltigen wollten oder die meinen, ich gehöre über Fukushima abgeworfen.

Als ich mich für die Kandidatur bei den Linken entschieden hatte und das publik wurde, wiederholte sich das Spiel. Ich wurde öffentlich als Unterfickte und Minderbemittelte bezeichnet, als aufmerksamkeits- und karrieregeiler Femi-Nazi. Ich bekam Alpträume von Brandanschlägen auf mein Haus. Typische Ratschläge empfahlen mir cool zu bleiben: Das sind ja nur Deppen, nur virtuell mutig, in Wahrheit feige und ohne Mut, mir real etwas anzutun. Ich müsse auch eine harte Haut entwickeln. Politikerin ohne harte Haut, das geht heute nicht mehr – man muss lernen das auszuhalten. Aber warum soll ich eine harte, empfindungslose Person werden, nur weil ich Politik machen möchte, und das als Frau? Warum werde ich als Frau bevorzugt angegriffen mit Aggressionen, die sich auf mein Geschlecht, meine Sexualität, sexuelle Gewalt und auf mein Aussehen beziehen? Und warum soll ich das aushalten müssen? Warum ist unsere Empathie im virtuellen Raum so viel niedriger als im analogen und wohin entwickeln wir uns? Noch vor ein bis zwei Jahren habe ich die Überzeugung vertreten, dass wir die Empathie 2.0 auch erst mal lernen müssen als Menschen, für die die digitale Kommunikation ja noch neu ist. Ich dachte, es dauert einfach nur eine Zeitlang, dann werden wir den sozialen Grundanstand, den die meisten von uns im Alltag und in der direkten Kommunikation miteinander respektieren, auch online als Leitschnur nutzen.

Heute bin ich mir nicht mehr sicher. Pegida-Demos und Präsidentschaftswahlkämpfe hören sich auch analog nicht besser an als virtueller Hass im Internet. Heidenau, Meißen, Freital und viele weitere Orte auch außerhalb Sachsens zeigen, dass virtuelle Hetze zu realen Handlungen führt, zu Beleidigungen, Angriffen und Gewalt.

Demokratie muss verteidigt werden

Ob die kulturellen Praktiken des sozialen Miteinanders im Internet mehr durch die analoge Welt beeinflusst werden oder zunehmend die analoge Welt durch die negativen Aspekte gelebter Praxis im Internet, ist für mich inzwischen eine der offenen, aber besonders spannenden Fragen. Wie kann man bei offensichtlich mangelnder Empathie im System die Folgen ausschließender aggressiver Diskurse verringern? Weder Mechanismen der Selbstkontrolle sozialer Medien sind ja besonders effektiv, noch hilft das Strafrecht, nicht einmal da, wo es um tatsächlich strafrechtlich relevante Inhalte geht. Welche Auswirkungen hat es längerfristig für unsere Gesellschaft, dass gerade Minderheiten und Frauen im digitalen Raum derart attackiert werden, der in einer digitalen Gesellschaft genauso öffentlicher Raum ist wie unser analoges Umfeld? Wo sie sich zunehmend einem Machtungleichgewicht ausgesetzt sehen, wenn etwa eine überwältigende Zahl Attacken in kurzer Zeit ausgeführt wird von realen Menschen oder von Social Bots, die mit Algorithmen programmiert wurden, die hasserfüllte beleidigende Kommunikationen führen und über ihre Angriffsziele falsche Fakten verbreiten. Ich finde es beunruhigend, dass die AfD nach dem Erfolg von Trump enthusiastisch erklärt hat, auch Social Bots im kommenden Bundestagswahlkampf einsetzen zu wollen. Inzwischen dementiert die AfD derlei Pläne, aber da fällt mir der Glaube schwer. Ist es unter diesen Umständen eine freie Wahl, wenn sich Frauen gegen politische Kandidaturen oder für eine Beendigung ihrer Social Media-Aktivitäten entscheiden? Wie oft haben wir unter den Rahmenbedingungen virtueller Kommunikation und ihrer Nebenwirkungen eigentlich überhaupt eine freie Wahl?

Und diese Frage bringt mich wenigstens kurz zum dritten Thema, den gläsernen Menschen: Wie frei war die Entscheidung meines Sohns, als er 13 oder 14 war, nach langem Verzicht jetzt doch ein Konto bei WhatsApp zu eröffnen, damit die Ausgrenzung aus dem sozialen Verbund seiner Klasse, der ganz wesentlich über dieses Medium stattfand, für ihn endlich aufhörte? Ihm war sein Datenschutz keineswegs egal, aber der soziale Preis, den er dafür bezahlen sollte, der war ihm zu hoch geworden. Entscheiden wir bewusst und frei, unsere Daten mit jeder App grenzenlos zu teilen, deren AGB wir ungelesen akzeptieren? Lesen wir sie wirklich nur deshalb nicht, weil sie zu lang und kompliziert geschrieben sind oder auch, weil wir ahnen, dass wir bei vollem Bewusstsein niemals „Ja, ich akzeptiere“ klicken könnten? Sind wir deshalb alle selbst schuld daran, dass wir zunehmend und vermeintlich freiwillig zu gläsernen Menschen und damit manipulierbar durch Dritte werden?

Ich denke, so einfach darf man Verantwortung nicht delegieren. Weder sollten wir an angegriffene Personengruppen appellieren, sich besser selbst zu schützen und dafür eine Teflon-Haut zuzulegen, noch Menschen zur Wahl zwischen nützlichem Helferchen der Kommunikationsnetzwerke und ihrer Privatsphäre zwingen. Wir alle tragen im digitalen öffentlichen Raum Verantwortung dafür, dass ein soziales Miteinander für alle Beteiligten möglich ist – und erträglich. Wir können nicht nur auf Twitter und Facebook hoffen, die schärfer gegen Hate Speech vorgehen sollen, wir müssen auch selbst zum Teflon für andere werden, für die, die angegriffen werden. Wir schweigen zu oft aus Bequemlichkeit, weil wir in keiner engeren Beziehung zu den angegriffenen Personen stehen, aber vielleicht auch, weil wir fürchten, selbst zum nächsten Attackenziel zu werden. Aber Grundwerte einer Gesellschaft, die Basis unseres Miteinanders, verteidigen sich nicht von alleine, und einzelnen Firmen sollte man das ohnehin nicht überlassen. Wir müssen zeigen, dass wir die Mehrheitsgesellschaft sind und dass uns

diese Werte etwas wert sind – auch ein persönliches Risiko. Die Demokratie ist kein Geschenk für die Ewigkeit. Ihre Basis muss immer wieder neu verteidigt werden, sonst wachen wir eines Tages in einer anderen Gesellschaft auf, in der von Freiheit der Lebensentwürfe keine Rede mehr sein kann. Ich will nicht schwarzmalen, sondern realistisch sein. Ich habe Angst vor der Zukunft, aber ich glaube an die Möglichkeit, Zukunft zu gestalten. Wir haben viel zu verlieren und viel zu verteidigen und deshalb haben wir viel zu tun. Wenn wir uns alle das zur obersten Priorität machen, dann glaube ich, schaffen wir das auch.

42 Dialog-Café 1*Freiheitsrechte im digitalisierten Alltag*

50 Dialog-Café 2*Optimierung versus Verwirklichung*

60 Dialog-Café 3*Kulturen der digitalisierten Ökonomie*

68 Dialog-Café 4*Integrationspotenziale im digitalen Zeitalter*

76 Dialog-Café 5*Nachhaltigkeit in der „Smart City“*

86 Dialog-Café 6*Medien und Journalismus zwischen Digitalisierung und Ökonomisierung*

Vertreterinnen und Vertreter aus den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis thematisieren beim Großen Konvent der Schader-Stiftung einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. Der Große Konvent 2016 befasste sich mit der Entwicklung kultureller Praxis unter dem Einfluss von Digitalisierung. Er fand zu einem großen Anteil im offenen Format statt. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die rund 140 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Freiheitsrechte im digitalisierten Alltag

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Heidi Schelhowe, Universität Bremen

Michael Herfert, Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT, Darmstadt

Dr. Ulrike Höppner, Freie Universität Berlin

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Oliver Müller und Dr. Kirsten Mensch

Digitalisierte Kommunikation, das Nutzen von millionenfach gesammelten Daten, die Verwendung technologischer Annehmlichkeiten prägen nicht nur unseren Alltag, sondern beeinflussen auch unsere Freiheiten – und zwar sowohl erhöhend als auch einschränkend. Sind durch die massenhafte Nutzung von modernen Technologien vor allem in den Bereichen Konsum, Kommunikation und Mobilität bürgerliche Freiheitsrechte gefährdet? Diesen und weiteren Fragen stellt sich das Dialog-Café 1 in drei Diskussionsrunden.

Soziale Netzwerke und Big Data

Gleich zu Beginn weist Heidi Schelhowe, die erste Impulsgeberin, auf die Neuartigkeit digitaler Medien im Vergleich zu analogen Medien hin. Diese Neuartigkeit begründet sie mit der Zeichen *verarbeitenden* Funktion quasi-intelligenter Artefakte, die also nicht nur medial wirken, sondern auf Basis der Verarbeitung und Selektion von Daten Neues entstehen lassen. Dies erfordert eine interdisziplinäre Neubewertung smarter Technologien. Anhand von zwei Beispielen, den sozialen Netzwerken sowie Big Data, zeigt sie die Möglichkeiten der Erweiterung, aber auch der Einschränkung von Freiheiten im Umgang mit diesen Technologien.

Soziale Netzwerke dienen primär der Vernetzung, wobei jede Eingabe von Seiten der Nutzer und Nutzerinnen auch eine Datenaufnahme und -verarbeitung von Seiten der Technologie mit sich bringt. Auf der einen Seite ermöglichen soziale Netzwerke insbesondere für Kinder und Jugendliche das Erproben von Identitäten, die Artikulation von Interessen sowie die Herausbildung einer Beitragskultur; für Heidi Schelhowe eindeutig Aspekte, die zu einer Ermächtigung des Individuums und der Herausbildung einer „Kultur des Wir“ beitragen können. Auf der anderen Seite bringen die neuen Mechanismen der virtuellen Vergemeinschaftung aber auch Herausforderungen mit sich. Die Impulsgeberin befürchtet, dass Internet-Technologien menschliche Verbindungen und unsere Kommunikationsweisen grundlegend verändern. Gerade für Kinder und Jugendliche gehen so wertvolle Erfahrungshorizonte im Umgang mit anderen und dem

eigenen Selbst verloren, die in einer Kultur des „face-to-face“ angelegt sind. Sie mahnt, dass bei all den positiven Aspekten, die Internetplattformen mit sich bringen, das ursprüngliche Verwertungsinteresse der Betreiber – das Sammeln, Speichern, Vermieten und Weiterverkaufen von Daten – nicht vergessen werden sollte.

Anhand ihres zweiten Beispiels, Big Data, zeigt Heidi Schelhowe auf, wie neben Smartphone und Laptop auch andere alltägliche Gegenstände, wie zum Beispiel intelligente Kleidungsstücke, sogenannte „Wearables“, oder Smart Home Devices zu Informationsspeichern werden. Ein Anzeichen dafür sind die Analytics-Unternehmen, die sich die Weiterverarbeitung gesammelter Daten zum Geschäftsmodell gemacht haben und derzeit florieren. Auch an der Beeinflussung von Suchergebnissen lassen sich positive wie negative Konsequenzen aufzeigen. Dient die algorithmische Lenkung meiner Aufmerksamkeit nicht der gewünschten gezielten Konsumententscheidung und einer effizienten Suche nach Informationen? Oder handelt es sich hierbei vielmehr um die Kanalisierung meiner Aufmerksamkeit in von Algorithmen gelenkte Bahnen, die eine Erweiterung des eigenen Horizonts durch Verharren in der selbstreferentiellen Blase der Peergroup verunmöglicht?

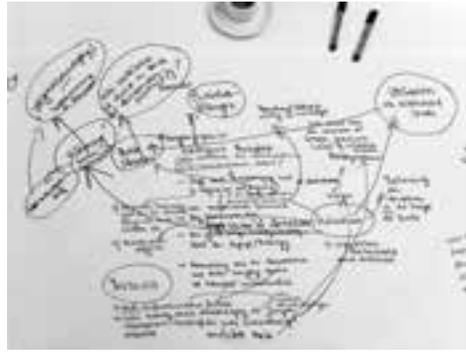
Die Impulsgeberin entwirft drei Stoßrichtungen, die im Spannungsfeld der die öffentliche Debatte bestimmenden Dichotomie zwischen Bedrohungsszenarien und Euphorie der digitalen Revolution eher in einem provisorischen Dazwischen angesiedelt sind. Sie plädiert für den zentralen Stellenwert der *Bildung* – Medienbildung, algorithmische Bildung und informatische Bildung – im Umgang mit den Technologien. Darüber hinaus sieht sie die erfolgreiche Aneignung und den reflektierten Einsatz von Maschinen in einer „Maker-Bewegung“ angelegt. Hier sollten vor allem *kreative Gestaltungspotenziale* von praktisch-materiellen in Kombination mit digitalen Prozessen gefördert werden. Insbesondere für das Feld der Stadtentwicklung misst Heidi Schelhowe dem Einsatz von digitalen Technologien Ermächtigungspotenziale für Bürger und Bürgerinnen bei. Als tragfähige Grundlage für das digitale Zeitalter spricht sie sich drittens für eine zu entwickelnde *Ethik des Digitalen* aus. Werte und Verantwortungen, das Setzen von Grenzen und die Aufdeckung von in Algorithmen impliziten Wertvorstellungen müssen in einer breiten gesellschaftlichen Debatte diskutiert und beeinflusst werden.

Jugend und digitale Medien

Auf der Grundlage dieser Denkanstöße entspinnt sich eine lebhafteste Diskussion, die mit der Frage öffnet, wieso trotz eines hohen Datenschutzbewusstseins unter Jugendlichen die Bereitschaft, persönliche und intimste Daten zu teilen, ungebrochen hoch ist? Die Replik einer Beitragenden aus der Diskussionsrunde führt das Oberflächendesign der Plattformen als einen Aspekt an, der das Bedürfnis nach Interaktion weckt und gezielt fördert. Es drängt sich der Vergleich mit einer Sucht auf, wie beim Glücksspiel oder bei einer Drogensucht. Im Gegensatz zu diesen offensichtlich negativ bewerteten Suchtverhältnissen, die oft auch zum körperlichen Verfall führen, handelt es sich bei Online-Plattformen jedoch eher um akzeptierte, in vielen Kreisen als schick geltende Suchtmechanismen, die im Gewand des Kommunikationsbedürfnisses daher kommen und deshalb als legitim erscheinen. Das Handy ständig bei sich zu haben, ist in vielen Gruppen durchaus üblich und wird auch durch entsprechenden sozialen Druck unterstützt. In Anbetracht dieser Nähe zur Sucht stellt eine Teilnehmerin die Frage, ob man nicht auch bei der Nutzung von sozialen Netzwerken von einer Mündigkeit erst mit 18 Jahren ausgehen sollte, so wie es bei der Partizipation an politischen Prozessen der Fall ist.

Die Rolle privatwirtschaftlicher Unternehmen

Die Partizipationskanäle der sozialen Netzwerke haben, so wirft eine Diskutierende in den Raum, einen privatwirtschaftlichen Ursprung: Wie kann es sein, dass der



derzeitige massive kulturelle Wandel durch ökonomische Interessen geleitet wird? Auf Basis dieser Frage entspinnt sich eine Diskussion um die Rolle privatwirtschaftlicher Unternehmen, um die Erforderlichkeit von staatlichen Regulierungsmaßnahmen sowie um die Bedürfnisse und Wünsche von Internetnutzerinnen und -nutzern. Dabei ist zu konstatieren, dass die großen Internetkonzerne es geschafft haben, ihre Produkte massentauglich zu entwickeln. Die Vorsortierung und Vorselektion der Datenflut, also die von Heidi Schelhowe in ihrem Impuls angesprochene Verarbeitung der Daten, entspricht einem realen Bedürfnis, so die Überlegung, und wird von bestimmten Anbietern besonders effizient geleistet. Das führt dazu, dass diese Anbieter eine besonders machtvolle Stellung einnehmen.

Ruf nach staatlicher Regulierung

Erfordert dieser Umstand nicht ein Eingreifen der Politik, so zum Beispiel durch die Formulierung von digitalen Bürgerrechten? Den reflexhaften Übersprung von den Praktiken junger Internetnutzer und -nutzerinnen hin zu der Forderung nach Regulierung moniert eine weitere Diskussionsteilnehmerin. Bevor diese eingefordert wird, sollte eine Verständigung darüber stattfinden, was wo gebraucht wird. Müssen es Gesetze sein? Erfordert der Umgang mit den digitalen Technologien nicht eher eine neue Ethik im Sinne einer Aufklärung der digitalen Revolution? Aber nicht nur die Unterschiede in den Generationen sind hier zu beachten. Auch verschiedene kulturelle Praktiken erfordern ein differenziertes Denken, das sich dem vorschnellen Einschluss aller in vermeintlich homogene Internetkulturen gegenüber verwehrt. Es muss, so eine zustimmende Anmerkung, zunächst geprüft werden, ob die staatliche Regulierung überhaupt gewollt ist. Dazu gehört die Reflexion der kulturellen Praxis, aber nicht die Einführung neuer Normen aus praxisferner Perspektive. Zudem stellt das Internet ein weltweites Phänomen dar. Eine Regulierung müsste daher auf supranationaler Ebene erfolgen.

Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer

Der einseitige Blick auf Unternehmen und staatliche Regulierung verstellt, so ein Teilnehmer, die Perspektive auf Bedürfnislagen der Nutzer und Nutzerinnen. Wieso sind diese bereit, zugunsten eines Dienstes auf Freiheitsrechte zu verzichten? Wieso erfahren alternative, nicht-kommerzielle Angebote keinen breiten Zuspruch? Die Antwort wird später im Dialog-Café geliefert und ist mit der Güte der entsprechenden im Internet angebotenen Dienste verknüpft. Ein gänzlicher Verzicht auf digitale Techniken, da ist sich die Runde einig, ist kaum mehr möglich. Eine Teilnehmerin betont zudem, dass die neu entstehenden Freiheiten nicht zu unterschätzen sind. So ermöglicht das Internet die Verbreitung selbst verlegter Bücher oder Kunstwerke und leistet somit einen Beitrag zur Öffnung geschlossener Kreisläufe. Auch sollte in der Abwesenheit der „jungen Menschen“ nicht über diese gesprochen und geurteilt werden, sondern vielmehr die Reflexion der eigenen Unwissenheit im Vordergrund der Diskussion stehen.

Der kulturelle Wandel

Dass der sich vollziehende kulturelle Wandel noch gar nicht in all seinen Dimensionen erfasst ist und auch als vor Digitalisierung „sicher“ geglaubte Residualkategorien wie die der Körperlichkeit oder des Menschseins erfassen wird, davon ist einer der Beitragenden überzeugt. Aus historischer Perspektive lassen sich bereits erste Entwicklungslinien erkennen. Da der Umbruch jedoch in vollem Gange ist, kann jede gesellschaftliche Auseinandersetzung nur provisorisch auf die sich verändernden Praktiken folgen. Woher kommt jedoch der Impetus zum kulturellen Wandel und wer gestaltet ihn?

Diese Frage ist auch nach intensiver Diskussion nicht eindeutig zu beantworten, rekurren die Diskutierenden doch immer wieder auf die Dichotomie zwischen der Gesellschaft auf der einen und der Ökonomie auf der anderen Seite. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn von einem „Hack der Gemeinschaft“ durch Internetkonzerne wie Facebook die Rede ist. Damit ist gemeint, dass Internetkonzerne das gelebte soziale Miteinander, die Art und Weise, wie wir kommunizieren, und Weiteres grundlegend verändern. Die Impulsgeberin appelliert, nach den subversiven Momenten im Umgang mit digitalen Technologien Ausschau zu halten. Die spielerische Aneignung und das „Austricksen“ der einer Technologie inhärenten Rationalitäten können dabei als Sprungbrett für ein Nachdenken über digitale Praktiken dienen.

Neue Freiheiten und Beeinträchtigungen durch die Digitalisierung

Michael Herfert, Impulsgeber der zweiten Runde, erkennt aus der Perspektive des Praktikers am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie, dessen interdisziplinäre Arbeitsweise sich über die Informatik, den technischen Datenschutz bis hin zu juristischen Fragestellungen erstreckt, ebenfalls das Spannungsfeld zwischen Erwünschtheit und Bedrohung. Zu ersterem zählt er die Suche und das gezielte Finden von Informationen, die Erweiterung und das Aufrechterhalten von sozialen Kontakten, die Möglichkeit an gesellschaftlichen Debatten zu partizipieren und die Annehmlichkeiten des Alltagslebens, die Smart Devices mit sich bringen. Auf der anderen Seite sieht Michael Herfert im Webtracking auch die Gefahr der Einengung auf einen Interessenskorridor, wie er von Internetkonzernen durch das gezielte Einblenden von Inhalten forciert wird. Soziale Netzwerke können neben ihrer Vernetzungsfunktion allerdings ebenso zur Vernachlässigung sozialer Kontakte außerhalb des Netzwerks führen. Auch das Ausspähen von Informationen in sozialen Netzwerken kann für Nutzer und Nutzerinnen eine Verletzung der Privatsphäre mit realen Konsequenzen im Offline-Leben bedeuten. Smart Devices sammeln ununterbrochen Daten über unsere Lebensvollzüge, erstellen Bewegungsprofile und erfassen unsere Gewohnheiten. Die Nutzung der auf diese Weise gewonnenen Profile entzieht sich weitestgehend der Kontrolle durch den Einzelnen und bedeutet einen Freiheitsverlust im Rahmen der Verfügung über das eigene Selbst.

Schutz der Privatsphäre

Wie kann man sich vor diesem „Zugriff“ auf intimste persönliche Informationen schützen, wo finden sich die Möglichkeiten und Grenzen individuellen wie kollektiven Handelns? Ein Großteil der Verantwortung liegt für Michael Herfert beim Individuum, das durch entsprechende Schutzmaßnahmen ein Stück weit Kontrolle über den eigenen digitalen Fußabdruck zurückgewinnen kann. Als Beispiel nennt er die Initiative Volksschlüsselung, die kostenlos digitale Schlüssel zum Schutz der eigenen Nachrichten anbietet. Auch können Anonymisierungshilfen wie das anonymisierte Surfen im Netz und Werbeblocker in bestimmten Bereichen Abhilfe schaffen. Da sich die Digitalisierung nicht zurückdrehen lässt, geht es Michael Herfert jedoch auch darum, eine breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Dabei sollte auch die Frage nach dem Umgang mit den „digital natives“, deren digitale Praktiken integraler Bestandteil ihres (sozialen) Lebens geworden sind, im Vordergrund stehen. Diese zu verteufeln und autoritär dagegen „anzuregulieren“, betrachtet Michael Herfert nicht als Option. Vielmehr sieht er die Potenziale in der Bildung und Aufklärungsarbeit für den mündigen Umgang mit digitalen Medien.

„Welche Möglichkeiten gibt es, mit den eigenen Mitteln der Informationstechnologie den Schutz von Persönlichkeitsrechten herzustellen?“ fragt eine Teilnehmerin des Dialog-Cafés. Als Individuum hat man eine Reihe von Möglichkeiten – Tools zum Schutz vor Webtracking, E-Mail-Verschlüsselung, der Wechsel und die Diversifizierung von Pseudonymen und Passwörtern oder die Mechanismen nutzen, die Apps für das Mobiltelefon vor dem Herunterladen überprüfen – so der Impulsgeber. Allerdings wird deutlich, dass diese Techniken mitunter voraussetzungsvoll sind und das Wissen um die Möglichkeiten der Schutzmaßnahmen nicht allgemein verfügbar ist. Auch werden von Seiten der Internetkonzerne Anreize geschaffen, um zur Preisgabe von persönlichen Kontakten zu motivieren. So verlangt die millionenfach heruntergeladene App „Pokémon Go“ die Anmeldung mit einem E-Mail-Konto mitsamt Zugriff auf das Adressbuch. Ob man sich dieser Verführung beugt, liegt dann im Ermessensspielraum des Individuums.

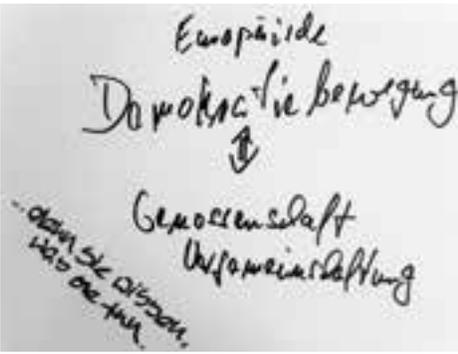
Schutzpflichten des Staates

Neben der *individuellen Verantwortung* und der Notwendigkeit einer *gesellschaftlichen Debatte* sieht Michael Herfert den Staat in der Pflicht. Die ursprünglich als Abwehrrechte gegen die Staatsmacht konzipierten Grundrechte sind heute auch als *Schutzpflichten des Staates* in Bezug auf diese Grundrechte gegenüber Dritten anzusehen. Insofern muss der Staat für den Schutz der Privatsphäre Sorge tragen, was ihm eine aktive Rolle bei der Verteidigung von grundrechtlich geschützten Freiheiten zuweist. Schon die bestehenden Gesetze, so wird in der Diskussion betont, zum Beispiel § 185 StGB, der Beleidigungen unter Strafe stellt, müssten auch im virtuellen Raum konsequenter zur Anwendung gebracht werden, um Persönlichkeitsrechte zu schützen.

Auch im Hinblick auf die Datennutzungsmöglichkeiten von Unternehmen greifen heute schon rechtliche Regelungen: Für die Nutzung personenbezogener Daten bedürfen die Unternehmen der Einwilligung der betroffenen Personen; dieser Aspekt der Datennutzung ist in Deutschland rechtlich gut abgedeckt. Auf europäischer Ebene wird die Datenschutz-Grundverordnung nach einer zweijährigen Übergangsphase ab Mai 2018 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der EU anwendbar sein. Somit kommt der Staat in Teilen seiner Schutzpflicht nach, so zum Beispiel auch durch den vom Bundesinnenministerium geförderten „privacy guard“, einem Verschlüsselungstool für den Schutz persönlicher Daten. Aufgrund der bestehenden Erkenntnislücken darüber, wozu Auswertungen großer Datenmengen wirklich dienen, mahnt Michael Herfert jedoch zur Wachsamkeit und kritischen Kommentierung aktueller Entwicklungen.

Bildung

Ob die Schule der richtige Ort für die Ausbildung von Medienkompetenzen ist, das bezweifelt ein Mitarbeiter eines Kultusministeriums. Die Kluft zwischen gelebter digitaler Praxis und den Möglichkeiten schulischer Bildung und Vermittlung ist angesichts des „generation gap“ zwischen Schülern und Lehrern nicht zu überbrücken. Dass Bildung der entscheidende Ansatzpunkt ist, wenn es um die Bewusstseins- und Kompetenzbildung im Umgang mit digitalen Medien geht, darüber sind sich die Diskutierenden einig. Offen bleibt die Frage, wo dieses Wissen vermittelt wird. Wenn Lehrer und Lehrerinnen diese zusätzliche Vermittlung nicht leisten können, müssen außerschulische Zentren geschaffen werden, so die Überlegung einer Teilnehmerin. Vor allem der praktische Umgang und die souveräne Entscheidungsfindung hinsichtlich der eigenen Kommunikationsbedürfnisse sollten Ziele einer Medienbildung sein. Gerade die praktische Erfahrbarkeit der digitalen Medien und deren Funktionsweisen bietet Ansatzpunkte für Lernprozesse. Allerdings bleibt unklar, wie sich diese außerschulischen Zentren finanzieren und wer dort auf welcher Grundlage teilnimmt.



Die Praktiken der Digitalisierung

„Ist es denn per se schlecht, private Inhalte auf Facebook zu teilen?“, fragt eine Teilnehmerin und hebt damit auf die unterschiedlichen Nutzungsweisen der neuen Kommunikationsmittel ab. Ein Teilnehmer weist auf den Titel des Großen Konvents hin, um den Fokus auf die Praktiken zu lenken. Diese in ihrer Varianz genau zu beschreiben und in das Verhältnis zu den jeweiligen soziokulturellen Milieus zu setzen, sollte Aufgabe der Forschung sein. Gerade für die Frage nach der digitalen Souveränität ist die Beobachtung und Beschreibung der Praktiken unumgänglich. Mitunter sind ganz elementare zeitökonomische Erwägungen ausschlaggebend für die Nutzung des einen oder des anderen Dienstes. „Kann ich mir den Umstieg auf eine alternative Suchmaschine erlauben, wenn ich mich dafür zunächst durch zwanzig Seiten von Ergebnissen durchklicken muss?“, so die Frage eines Teilnehmers. Das Monopol großer Suchmaschinen zu brechen, hält eine Teilnehmende jedoch für utopisch; deren algorithmische Auswertungen von Webseiten haben schlichtweg einen nicht mehr einzuholenden zeitlichen Vorsprung.

Datenschutz als Freiheitsrecht

Alle Fragen, die sich mit dem Schutz der Privatsphäre und dem Datenschutz beschäftigen, so Ulrike Höppner, die dritte Impulsgeberin des Dialog-Cafés, setzen an der *Idee der liberalen Freiheit* an, die ursprünglich den Schutz des Individuums vor Zugriffsrechten eines übermächtigen Staates ins Zentrum der Überlegungen rückte. Das Datenschutzrecht der Bundesrepublik ist folglich als Abwehrrecht gegen den Staat konzipiert. Zentraler Bestandteil des Bundesdatenschutzgesetzes ist die Vorgabe, dass jeder Sammlung von Daten durch staatliche Organe ein Gesetz oder eine Verordnung zugrunde liegen muss, die spezifiziert, zu welchem Zweck die Daten gesammelt werden und in welchem Rahmen diese genutzt werden. Allerdings sind mittlerweile neben die staatlichen Organe eine Vielzahl von Institutionen getreten, die weitaus intensiver und zu undurchsichtigeren Verwendungszwecken Daten der Bevölkerung erheben. Hier stößt das Datenschutzrecht an seine Grenzen, zudem unterliegt die Innovationsfreudigkeit von Internetkonzernen keiner eigenen Regulierung, so dass permanent neue Nutzungen der Daten entstehen. Die Zwickmühle: Auf der einen Seite soll das Gesetz den selbstbestimmten Umgang mit den eigenen Daten gewährleisten. Auf der anderen Seite werden technische Innovationen durch die Pflicht, die Einwilligung der Nutzenden einzuholen, mitunter gehemmt, da sich spätere Nutzungsmöglichkeiten zum Zeitpunkt der abgefragten Einwilligung noch nicht abzeichnen.

Die Wirkungen von Big Data auf das Subjekt

Als zweite Überlegung führt Ulrike Höppner das Beispiel Big Data an, das aus ihrer Sicht zu oft auf den Fall des einzelnen Individuums bezogen wird. Eigentlich geht es bei Big Data nicht primär um das Individuum, sondern darum, durch statistische Aggregation Wahrscheinlichkeiten zu generieren. Problematisch wird diese Technik dann, wenn die statistischen Wahrscheinlichkeiten an der Konstruktion des Sub-

jekts mitwirken und so wirkmächtig werden. Macht über das Subjekt entfaltet sich dann nicht mehr in der ursprünglichen Variante, über einen anderen Menschen zu verfügen, sondern als diskursives Netz, das unsere Denk- und Handlungshorizonte prägt. Hier sieht Ulrike Höppner Grenzen für eine *Freiheit im Foucault'schen Sinne* gesetzt, einer Freiheit, die darauf beruht, selbst zu bestimmen, wer und wie man ist. Der Widerspruch zur liberalen Freiheit ist für die Impulsgeberin evident, ist es doch in diesem Rahmen nicht mehr möglich zu sagen, „ich mache was ich will, bis ich an Grenzen stoße“, da uns Grenzen nicht mehr als solche erscheinen. Dieser, wie sie sie nennt, „ambivalenten Freiheit“ hält sie die Idee der „republikanischen Freiheit“ entgegen. *Republikanische Freiheit* basiert auf dem Vermögen, die eigenen Lebensumstände mitzugestalten. In diesem Fall obliegt dem Individuum die Verantwortung, die nötigen Informationen zum Verständnis eines Problems oder Sachverhalts einzuholen, um auf deren Grundlage eine souveräne Entscheidung treffen zu können. Allerdings kann die Frage, wie digitale Technologien Freiheitsrechte einschränken oder verändern, aufgrund der Dynamik des Feldes immer nur provisorisch beantwortet werden. Es bedarf „Mut zur Lücke“, so Ulrike Höppner, um sich einer vorschnellen Beantwortung der Frage gegenüber zu verwehren.

Möglichkeiten politischer Regulierung

Von diesem analytischen Gerüst ausgehend, entwickelt sich eine kontrovers geführte Diskussion über das Für und Wider politischer Regulierung von digitalen Netzen auf der Grundlage staatsverpflichtender Grundrechte. Eine mehrfache Zwickmühle erkennt eine Diskutierende im Hinblick auf die Abwägung politökonomischer Interessen auf der einen Seite und dem Schutz von Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Wäre demnach die „chinesische Lösung“, also die von Seiten des Staates zur Verfügung gestellte und kontrollierte informationstechnologische Infrastruktur, ein mögliches Modell, so die Überlegung eines Teilnehmers. Ein weiterer Diskussionsbeitrag bezweifelt den Gewinn an Freiheitsrechten durch dieses Modell und weist auf jüngste Entwicklungen in Großbritannien hin, wo unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung alle Nutzungsverläufe im Netz aufgezeichnet werden. In seiner zugespitzten Form bedeutet das Versprechen von Sicherheit durch Überwachung dann den Generalverdacht gegen alle Bürger und Bürgerinnen.

Wäre als nicht so weitgehende Möglichkeit das Setzen von datenschutzrechtlichen Mindeststandards durch den Staat eine Option? Ob denn der diesen datenschutzrechtlichen Überlegungen zugrundeliegende Privatheitsbegriff überhaupt noch brauchbar ist, vor allem in Zeiten vollkommener globaler Vernetzung, fragt eine Diskutierende. Dass Unternehmen geltendes Recht nicht brechen dürfen, ist klar, so ein Teilnehmer, und auch ausländische Unternehmen müssen sich als Voraussetzung für den Marktzugang an die EU-Datenschutzverordnung halten. Allerdings müssen die Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Einwirkung auf den Gesetzgebungsprozess verbessert werden, damit Gesetze im Sinne der Verbraucher und Verbraucherinnen erlassen werden. In der gängigen Praxis wird die Entscheidungsfreiheit des Individuums jedoch dadurch eingeschränkt, dass private Informationen auf dem Weg über andere Nutzer in die Hände der Internetkonzerne gelangen, wie das genannte Beispiel „Pokémon Go“ zeigt. Um mein Recht auf Privatsphäre zu wahren, müssten dann diese anderen, üblicherweise Freunde und Bekannte, zur Rechenschaft gezogen werden. Hier stößt das Gesetz an Grenzen, denn es ist zumeist nicht die Intention des Individuums, diese Rechte gegenüber Freunden und Bekannten durchzusetzen. Genau hier, beim *Umgang mit relationalen Daten*, sieht eine Teilnehmerin die Notwendigkeit neuer rechtlicher Regelungen: Demnach dürften die Daten, die von einem Individuum bereitgestellt worden sind, nicht genutzt werden, bis alle anderen Betroffenen eingewilligt haben.

Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die *Erhöhung der Transparenz*. Wenn jeder Nutzer und jede Nutzerin des Internets am Ende des Monats sein oder ihr Datenkonto einsehen könnte, würde das zum einen für Sensibilisierung sorgen, zum anderen den Ruf nach Regulierung und Eindämmung des Sammelns von Daten erhöhen. Verlangen aber diese Regulierungsideen nicht nach einem neuen Gesetz? Der Fragende sieht die Zuständigkeiten für derart umfassende Regulierungen wie etwa einen anderen rechtlichen Umgang mit relationalen Daten sowie eine Erhöhung der Transparenz der Datenerfassung auf einem supranationalen Level angesiedelt und plädiert dafür, dass die EU-Institutionen ihre Zuständigkeit in Wirtschafts- und Wettbewerbsfragen wahrnehmen.

Vergemeinschaftung von Internetkonzernen

Einen Perspektivenwechsel schlägt ein weiterer Diskussionsteilnehmer vor und weist auf den Widerspruch zwischen dem hohen datenschutzrechtlichen Bewusstsein auf der einen und der ungebrochenen Bereitschaft, private Informationen zu teilen, auf der anderen Seite hin. Problematisch wird das vor allem deshalb, weil die entstandenen Daten von großen, monopolartig agierenden privatwirtschaftlichen Unternehmen verwaltet werden. Sein Vorschlag lautet, *die großen Internetdienstleister zu vergemeinschaften*, sie etwa in der Rechtsform einer Genossenschaft zu führen. Das würde die bestehende Dynamik der Digitalisierung nicht einschränken, sondern sie ins Positive wandeln.

Der Gedanke, Facebook, Google, WhatsApp und andere Konzerne und Geschäftsmodelle in Genossenschaften zu überführen oder durch neue Genossenschaften zu ersetzen, beflügelt die Diskussion zum Ende des Dialog-Cafés. Die Vergemeinschaftung des Internets auch in rechtlicher Form würde die Machtkonzentration bei wenigen privatwirtschaftlich geführten Internetkonzernen auflösen. Wie genau dies vonstattengehen kann und welche Herausforderungen auf dem Weg zu meistern wären, kann indes in den letzten Minuten des Dialog-Cafés nicht mehr geklärt werden, bleibt aber eine zu diskutierende Perspektive.

Resümee

Der digitalisierte Alltag geht mit massiven Veränderungen von individuellen Verhaltensweisen sowie gesellschaftlichen Strukturen einher, deren Folgen für Gesellschaft und Politik offenbar sehr ambivalent beurteilt werden. Ob man die daraus erwachsenden Möglichkeiten als positiv gestaltbar oder eher als Bedrohung wahrnimmt, hängt nicht allein von der Zugehörigkeit zu einer Generation oder Bildungsschicht ab, sondern maßgeblich von der entsprechenden Befähigung der Individuen, zum Beispiel durch eine tragfähige informatorische oder algorithmische Bildung („Code Literacy“). Auf der gesellschaftlichen Ebene kann die Digitalisierung ohnehin bestehende Probleme wie fehlende Transparenz oder Ungleichheit noch verstärken, und sie trägt womöglich zur Nachfrage nach autoritärer Führung bei.

Auch im digitalisierten Alltag basiert der Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte auf erst noch zu etablierenden gewaltenteilenden Mechanismen. Denkbar sind hier ganz verschiedene technische, rechtliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen: Dazu gehört die Dezentralisierung des Netzes zum Beispiel mittels „Smart Contracts“, die Verhinderung von Machtkonzentration durch Transparenz für die Nutzer im Hinblick auf die gesammelten Daten sowie die ökonomische Einhegung marktbeherrschender Internetunternehmen durch Genossenschaftsmodelle.



Dialog-Café 2: Optimierung versus Verwirklichung

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Thomas Damberger, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Christoph Asmuth, BMBF-Projekt „Anthropofakte“, Deutsches Hygiene-Museum Dresden

Prof. Karin Christiansen Ph.D., VIA University College, Dänemark

Begleitung: Prof. Dr. Hanns H. Seidler, Kanzler a.D. der Technischen Universität Darmstadt

Moderation: Verena Fries, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Tyll Birnbaum und Verena Fries

Im Dialog-Café 2 geht es um die Nutzung und Möglichkeiten von Human Enhancement und die damit verbundenen Folgen. Im Zentrum der Diskussion steht die These, dass Enhancement klassischen Konzepten der Bildung gegenübersteht, da das Ziel nicht länger die Verwirklichung und Verbesserung des Menschen aus seinem eigenen Potenzial heraus ist, sondern die technologisch-medizinische Optimierung des Menschen. Daraus folgt die zentrale Frage nach den Auswirkungen der Integration transhumaner Wesen in ökonomisch vernetzte Prozesse auf traditionelle Werte von Freiheit, Entfaltung und Entscheidungssouveränität.

Human Enhancement

Thomas Damberger beleuchtet in seinem Impulsvortrag die Grundfragen, Probleme und Chancen des Phänomens Human Enhancement. Der Begriff Human Enhancement bedeutet zunächst einmal das Bemühen um die Verbesserung des Menschen. Ziel dabei ist die Verbesserung mit Hilfe neuer Technologien. Durch das Wachsen und Verzahnen von Biotechnologie, Informations- sowie Kommunikationstechnologie entsteht eine Vielfalt neuer Möglichkeiten, die als revolutionär bezeichnet werden können. Allerdings gibt es verschiedene Deutungen und Einschätzungen der Möglichkeiten des Human Enhancement. So kann Gentechnik auf der einen Seite zur Optimierung des Menschen in seinen Fähigkeiten und andererseits gleichzeitig zu einem Hinzugewinn völlig neuer Fähigkeiten führen. Für die Zukunft der Menschheit bedeutet das nicht nur die Verbesserung der bestehenden, sondern die Entwicklung gänzlich neuer Fähigkeiten. *Science-Fiction* wird aktuell und in den kommenden zwanzig Jahren immer mehr zum *Science-Fact*. Ein Beispiel ist die Forschung im Bereich der synthetischen Telepathie. Ziel ist die wortlose Kommunikation allein durch Gedankenübertragung – natürlich technisch unterstützt. Denkbar wäre so zum Beispiel, dass wir in einigen Jahren mittels implantierter Chips untereinander kommunizieren. Das macht die gesellschaftliche Debatte über Human Enhancement und die damit verbundenen Möglichkeiten und Folgen notwendig.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Verbesserung menschlicher Fähigkeiten gleichzusetzen ist mit der Verbesserung des Menschen und als Konsequenz, ob der Mensch über seine Fähigkeiten definiert wird oder doch etwas anderes ist. Der Impulsgeber bündelt dies in der Frage, was den Mensch zum Menschen macht und wählt eine Herleitung dieser Frage aus der Philosophie. So bezieht sich die Verbesserung des Menschen auf die Verbesserung der Menschlichkeit mit den Mitteln der Aufklärung. Dabei können die Bildungsbegriffe unterschieden werden. Auf der einen Seite steht ein idealistischer Begriff, der den besseren Menschen zum Ziel hat, und auf der anderen Seite, bedingt durch die Überwindung des Feudalismus, ein Bildungsbegriff, der die Freiheit des Menschen zum Ziel hat. Der Impulsgeber schlägt, ausgehend von der Freiheit des Menschen, den Bogen zu der Human Enhancement-Debatte, indem er die mit der Freiheit verbundenen Notwendigkeiten als Ansatzpunkt dieses Phänomens identifiziert. Der aus allen Zwängen befreite Mensch muss seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten, um überleben zu können. Dazu stellen sich die Fragen: Was wird gesucht und was steckt in mir, das dem Gesuchten entspricht? Human Enhancement setzt aktuell an dem Punkt an, an dem es darum geht, wie diese Fragen am besten kombiniert werden können. Die Möglichkeiten der neuen Technologien versprechen, der fortgeschrittenen Verdichtung zu weniger Zeit für mehr Leistung und der Anforderung stetiger Produktivität entgegenzutreten zu können. Diese Anforderungen steigen jedoch in einem Ausmaß, dass es zunehmend darum geht, den Status quo der Leistungsfähigkeit zu erhalten, das Ziel einer weitergehenden Verbesserung aber nicht umzusetzen ist.

Aus Sicht von Thomas Damberger konzentriert sich die aktuelle Entwicklung primär auf den Bereich des neuropharmakologischen Enhancements; um sich besser zu konzentrieren, um länger zu arbeiten, um vielleicht auch besser gelaunt, in besserer Stimmung zu sein. Er sieht die Gefahr, dass der Zustand, den man durch Enhancement erreichen kann, mehr und mehr zum Status quo wird, und man immer wieder auf Mittel zur Optimierung zurückgreifen muss, um im System bestehen zu können. Dies betrifft bislang hauptsächlich die USA, allerdings warnt Thomas Damberger, dass alle Zeichen auf einen potenziell expandierenden Markt in Deutschland hindeuten. Zudem stellt er die Frage, ob Human Enhancement nicht längst betrieben wird, indem ein gesunder Zustand pathologisiert, als Krankheit dargestellt wird. Diese vermeintliche Krankheit wird dann therapiert – dabei handelt es sich um keine echte Krankheit, wie es zum Beispiel anhand von ADHS diskutiert werden könnte.

Ein Teilnehmender schließt an diesen Denkanstoß an und macht dabei vor allem darauf aufmerksam, dass spekulative Blasen entstehen können. Dies zeigt das Beispiel Ritalin. Das Mittel gegen ADHS stand im Verdacht, von den Eltern der Kinder missbraucht zu werden, um selbst die leistungssteigernde Wirkung zu nutzen. So entstand in der Öffentlichkeit das Gerücht, Ritalin sei ein gutes und leicht zugängliches Mittel zur Leistungssteigerung. Allerdings ist in diesem Medikament eine „automatische Bremse“ eingebaut: Ab einer gewissen Dosis steigt die Wirkung nicht, stattdessen wirkt es toxisch. Die tatsächliche Wirkung entsprach also nicht der erhofften.

Verbesserung: Wozu?

Anschließend an die These der Pathologisierung gesunder Zustände sieht ein weiterer Beitrag in den Schwellenwerten für Krankheiten einen zentralen Punkt: Wie wird darauf Einfluss genommen, auf welche Weise Krankheiten sowohl subjektiv als auch gesellschaftlich definiert werden? Allgemein beruht die Definition von Krankheit nicht auf einem dauerhaften Konsens und unterliegt somit gesellschaftlichen, oft auch ökonomischen Aushandlungsprozessen. Allerdings muss danach gefragt werden, welche Ziele es bei der Definition von Krankheiten gibt. Bestätigt wird dies durch den Beitrag einer weiteren Teilnehmerin, die einen fließenden Übergang zwischen Therapie und

Optimierung erkennt. So ist die plastische Chirurgie für manche Menschen als Folge eines Unfalls notwendig, während Schönheitsoperationen von anderen Menschen jenseits pathologischer Indikationen zur Optimierung ihres Äußeren genutzt werden. Doch ähnlich wie beim Doping kann auch das Verfolgen eines Schönheitsideals eine Notwendigkeit sein, der man glaubt entsprechen zu müssen. Dies zeigen für einen Diskutanten Beispiele aus Marokko, wo das Hotelgewerbe Angestellte mit europäischem Aussehen bevorzugt. Arbeitsplätze sind an ein Ideal geknüpft. Dadurch handelt es sich in erster Linie um ein gesellschaftliches Phänomen, das auch ohne Technologie existiert. Zudem stellt sich die Frage, wann eine Krankheit als geheilt gelten kann, wenn der Zustand selbst im eigentlichen Sinne keiner Krankheit entspricht. Gibt es in dieser Logik Grenzen und wie können sie definiert werden? Eine möglicherweise entscheidende Rolle spielt dabei das Berufsethos der Ärzte. Sollten diese nicht zu Dienstleistern degenerieren, haben sie am ehesten die Möglichkeit, Grenzen zu setzen. Fest steht, dass die Anforderung existiert, sich an einen sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt anzupassen, der bereits heute eine gewisse Optimierungsbereitschaft voraussetzt. Die eigentliche Frage ist, welche Dimensionen dies annehmen wird. Ein anderer Beitrag vermutet eine ähnliche Dynamik, wie sie bei Doping im Sport zu finden ist. Sobald ein Einzelner mit Doping beginnt, entsteht ein Druck auf die Konkurrenten, ebenfalls zu dopen, da sie sonst nicht mithalten können. Es handelt sich dabei folglich nicht um eine individuelle Entscheidung, sondern um einen Zwang. Wäre es also möglich, dass dieser Mechanismus nicht nur im Sport, sondern zum Beispiel auch in der akademischen Forschung auftreten kann, so die Frage eines Teilnehmers. Wenn leistungssteigernde Mittel zur Optimierung geistiger Fähigkeiten zur Verfügung stehen, muss man sich anpassen und diese Mittel einnehmen, um im harten Wettbewerb im Bereich akademischer Forschung mithalten zu können? Bedeutet dies langfristig, dass nur diejenigen, die sich „dopen“, Erfolge verzeichnen?

Demgegenüber steht das Argument, dass es für Krankheiten durch ein Klassifizierungssystem genaue Definitionen gibt, an denen sich die Diagnose orientiert. Für die Debatte entscheidend ist allerdings der Einwand, dass es sich im Falle des Human Enhancement nicht um die Kompensierung von Krankheiten handelt, sondern um eine Verbesserung im Sinne gänzlich neuer Fähigkeiten. Es geht dabei um eine Unterscheidung auf begrifflicher Ebene. Was genau Verbesserung allerdings bedeutet, bleibt unklar. Es gibt keine Zweckangabe, die vorschreibt, wofür diese neuen Fähigkeiten verwendet werden und wofür nicht. Ob eine Person Human Enhancement nutzt, um Leben zu retten oder Leben zu vernichten, ist nicht Bestandteil der Überlegungen. Der Beitrag stellt der Human Enhancement-Logik „Verbesserung – was spricht dagegen?“ eine andere Logik gegenüber: „Verbesserung – wozu?“.

Technik als Fremddisziplinierung

Wozu die Technologie genutzt werden kann, deutet eine weitere Ausführung an. Sie bietet einen alternativen Blick auf Human Enhancement im Kontext des Vier-Stufen-Modells in Kants Erziehungskonzept. Dieses Modell setzt eine Disziplinierung im Sinne der Kontrolle von Trieben und Impulsen als Ausgangspunkt einer Entwicklung, die über Kultivierung und Zivilisierung fortgeführt werden muss, um schließlich in der Moralisierung einem höheren Ziel entgegen zu streben. Entscheidend für diese Überlegung ist nun die Feststellung, dass die Disziplinierung eines Menschen immer über eine Fremddisziplinierung erfolgen muss. Der einzelne Mensch ist nicht in der Lage, dies zu leisten. Was wäre also, wenn die Gesellschaft sich dazu entscheidet, die Erziehung radikal zu vernachlässigen, zurücktritt und die ohnehin existente Fremddisziplinierung der Technik überlässt? Entspricht dies dann nicht der Logik des kantischen Vier-Stufen-Modells? Wie schwierig allerdings der Umgang mit Technik sein kann, zeigt ein Beitrag, der eine praktische Perspektive einnimmt. Dieser beschreibt eine Pfadabhängigkeit, der man sich nur schwer widersetzen kann. So unterliegt ein



Arbeitgeber bei der Entscheidung, wen er einstellt, sowohl gesellschaftlichem als auch wirtschaftlichem Druck. Handelt es sich bei dem Bewerber um einen Menschen mit körperlichem Defizit, welches aber ohne weiteres durch einen technischen Eingriff behoben werden könnte, beispielsweise durch das Tragen einer Brille, fehlt die Akzeptanz für die Weigerung. Der gesellschaftliche Trend tendiert dazu, Verbesserungen zu nutzen, wenn es sie gibt. Was fehlt, sind ethische Instanzen, die auf diesem Gebiet zwischen Natürlichkeit und Cyborg Orientierung anbieten und Begriffe besetzen können.

Verbesserung: Für wen?

Ein anderer Aspekt in der Diskussion ist die Frage, was eigentlich den Menschen ausmacht. Anhand der fortschreitenden Entwicklung auf dem Gebiet der künstlichen Implantate stellt sich die Frage im Hinblick auf die Physis des Menschen. Wenn 3D-Drucker bereits Haut, Venen oder Blutadern herstellen können und wenn innerhalb der nächsten zehn Jahre mit der Produktion von funktionierenden Herzen gerechnet werden kann, ist davon auszugehen, dass in Zukunft viele Menschen mit diesen Mitteln leben werden. Doch was passiert, wenn die künstliche Variante besser ist als die originale? Und wie geht man mit denjenigen um, die diese bessere Variante bereits nutzen, wie mit jenen, die sie ablehnen? Je nach Funktion und Anwendung müssen ethische Diskussionen zum Beispiel über Privatsphäre und Anwendungsrichtlinien geführt werden. Offen bleibt, wie definiert werden kann, ob ein Mensch noch ein Mensch ist oder als Cyborg oder ähnliches betitelt werden muss, wenn er zu nennenswerten Teilen übermenschliche Fähigkeiten besitzt. Daran wird deutlich, wie vielseitig die Folgen des Phänomens sein können, wie wenig Wissen darüber existiert und dass es bislang keine konkreten Strategien zum Umgang damit gibt. Dies befürchtet auch eine Teilnehmerin und schließt die Überlegung an, wer eigentlich Zugang zu diesen vielen Mitteln haben wird. Wer entscheidet darüber, wer von diesen Verbesserungen profitiert und wer setzt die Standards? Neben den Fragen „Verbesserung – warum nicht?“ und „Verbesserung – wozu?“ lässt sich eine weitere Frage ergänzen: „Verbesserung – für wen?“

Es fehlt der Überbau

Die positiven Seiten von Human Enhancement, verbunden mit der Frage „Warum nicht nutzen, was wir geschaffen haben?“, beschreibt der Impulsgeber im abschließenden Beitrag der ersten Session. Warum nicht die Technik nutzen, die es ermöglicht, Implantate herzustellen, die zu 100 Prozent zu den Betroffenen passen? Warum nicht die alten Mittel der Erziehung aufgeben und die neuen Möglichkeiten nutzen, die die Menschen selbst geschaffen haben? Und warum sollte man nicht einen absoluten Liberalismus ausrufen, der jedem die Möglichkeit gewährt, Human Enhancement zu nutzen, aber keinen zwingt? Diesen Fragen lässt sich damit begegnen, dass eine Umsetzung an der gemeinsamen Logik scheitert. Es fehlt ein Überbau, der die notwendige Sicherheit vermittelt, seit ein gemeinsamer religiöser Glaube dies für viele nicht länger leisten kann. Derzeit besteht die Gefahr, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Für die diskutierten Probleme, Folgen, Gefahren und Fragen müssen schnell Lösungen



gefunden werden, da bereits heute Dinge entwickelt werden und stattfinden, die nicht kontrolliert werden können und in den kommenden Jahren die Gesellschaft prägen werden. Im Gegensatz zur Aufklärung bleiben allerdings nicht zwei Jahrhunderte, um Lösungsstrategien zu entwickeln, sondern maximal wenige Jahrzehnte.

Technik geht unter die Haut

Als Ausgangspunkt für die Diskussion in der zweiten Session wählt Christoph Asmuth in seinem Impuls eine Perspektive, die sowohl beschreibt, wie sich Technik bereits entwickelt hat, als auch welche Formen diese Entwicklung noch annehmen kann. Dabei stellt er fest, dass die Technik immer näher an den Menschen heranrückt und wortwörtlich unter die Haut geht. Zur Veranschaulichung wählt er die Prothetik als Beispiel. Prothesen sind exemplarisch für die Mensch-Technik-Interaktion. Sie können Zeichen der Zerstörung sein, zum Beispiel als Erinnerung an die Schrecken des Krieges, sie können allerdings auch Zeichen der Hoffnung sein, wenn sie körperliche Funktionen wiederherstellen und Menschen ein normales Leben ermöglichen. Der Einbau von Prothesen in den Menschen bedarf einer bestimmten Technik, eines passenden Materials und des notwendigen Könnens, diesen Eingriff durchzuführen. Alle drei Faktoren haben sich im Laufe der Jahre konstant weiterentwickelt und führen aktuell dazu, dass sich die Mensch-Technik-Interaktion in die Körper verlagert – sie geht unter die Haut. Hinzu kommt die Entwicklung von der Prothese als Notwendigkeit hin zu einer Prothese als Möglichkeit. Silikon- oder Muskelimplantate sind die klassischen Beispiele für eine Nutzung der Technik, die nicht als Kompensation, sondern als Optimierung funktioniert. Allerdings, so der Impulsgeber, ist die Grenze zwischen Kompensation und Optimierung ähnlich schwer zu ziehen wie zwischen Gesundheit und Schönheit.

Prothesen werden häufig mit Technik gleichgesetzt. Sie sind durch den Zweck charakterisiert, menschliche Organe zu ersetzen, zu ergänzen oder zu erweitern. Dabei entsprechen sie Kriterien wie Funktionalität, Körperlichkeit oder Ästhetik. Durch die innovative Schöpfung neuer Organe und die Bedienung technischer Artefakte entwickeln sich prothetische Erweiterungen. Die Erweiterung des Menschen durch Technik, präziser durch Prothesen, ist in vollem Gange. Implantate aller Art besetzen die Körper der Menschen. Ziel dabei ist immer häufiger eine Weiterentwicklung oder Steigerung der Fähigkeiten. Bereits heute existiert eine Cyborg-Avantgarde, die aus einem wissenschaftlich-technischen Verständnis heraus den Körper als Ding unter Dingen begreift und versucht, diesen durch optimierende An- und Weiterbauten zu verbessern. Der Blick auf den Körper ist objektiv und positivistisch, er wird eingefügt in eine dinglich materielle Welt. Gebündelt wird dieses Verständnis im Transhumanismus, einer Vorstellung, dass der Mensch durch eine Hybridisierung mit der Technik über die menschlichen Grenzen hinaus weiterentwickelt werden soll. Die Prothetik erschüttert klassische Grenzen zwischen menschlicher Technik und technisiertem Menschen. Christoph Asmuth setzt diesem Verständnis entgegen, dass der Mensch nicht nur einen Körper hat, sondern immer auch Körper ist. Das Haben kann das Sein nicht ersetzen

und so vermutet er, dass die Suche nach körperlicher Identität eine Differenz zu den Artefakten darstellt, die nicht ohne weiteres überwunden werden kann. Die Vorstellung davon, menschliche Grenzen mit Hilfe der Technik hinter sich zu lassen, ist allerdings keineswegs neu. Dies zeigt das Beispiel von Ikarus und Dädalus aus der griechischen Mythologie, die mithilfe selbstgebafter Flügel die Insel verlassen konnten, auf der sie gefangen gehalten wurden. Die Frage muss heute lauten: Wie weit kann man gehen, ohne das Menschliche zu verlieren? Und inwieweit lässt sich Technik vermenschlichen statt den Menschen zu „vertechniken“?

Technischer Fortschritt: Chance oder Gefahr?

In der anschließenden Diskussion beleuchten verschiedene Beiträge das Thema aus weiteren Blickwinkeln. So taucht die Frage auf, inwiefern die technischen Möglichkeiten bei der Früherkennung von Krankheiten des Embryos eine Rolle spielen und welche Folgen damit verknüpft sind. Wie verändert sich das Menschenbild, wenn Behinderungen bereits während der Schwangerschaft erkannt werden und deren Abbruch zur Folge haben? Heißt das, an dieser Stelle einfach vorhandene technische Möglichkeiten zu nutzen, oder entstehen dadurch Hierarchien, die Menschen unterschiedliche Werte zuordnen? Dies dürfte es nach ethischen und moralischen Gesichtspunkten nicht geben. Durch diese Frage, so eine Ergänzung, wird ein entscheidender Punkt der aktuellen Debatte deutlich: Es gibt verschiedene Richtungen der Diskussion zum Fortschritt der Technik. Sie lassen sich in zwei grobe Kategorien unterteilen: Auf der einen Seite stehen Fragen zur Technik und deren Anwendung, wie beispielsweise in Debatten über die Gestaltung von Lebensanfang und Lebensende. Ihnen stehen utopische Debatten gegenüber, die Themen wie Unsterblichkeit oder Mind-Upload diskutieren. So werden aktuell ernsthafte gesellschaftliche Themen mit Pseudodebatten konfrontiert. Diese transhumanistischen Diskussionen weichen dabei deutlich vom klassischen Menschenbild ab.

Scheindebatten versus gesellschaftliche Debatten

Inwiefern passt nach diesen Ausführungen die Überschrift noch zu dem Dialog-Café, so die Frage eines weiteren Teilnehmers. Ergibt die Gegenüberstellung von Optimierung und Verwirklichung noch Sinn, wenn die Frage nach dem Erlaubten in rechtlicher wie gesundheitlicher oder auch eigenverantwortlicher Hinsicht nicht geklärt ist? Das Phänomen Doping ist längst dem Sport entwachsen, und wie zu vermuten ist, wird in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ein solcher Druck ausgeübt, dass eine Verwirklichung nur durch Mittel zur Optimierung erreicht werden kann. Der Teilnehmer formuliert konkret die Nachfrage, ob Optimierung und Verwirklichung tatsächlich Gegensätze sind und falls nein, auf welcher Grundlage dieses Thema diskutiert werden kann. Daran anknüpfend wird ausgeführt, dass das, was technisch möglich ist, nur im Kontext gesellschaftlicher Rahmenbedingungen wirksam wird. Daraus folgt, dass Optimierung und Verwirklichung nicht individualistisch gedacht werden können. Es werden nicht individuelle Ideale verfolgt, sondern gesellschaftliche Normierungen, da bereits das Alltagsleben als Wettbewerb konstruiert ist. Folglich müssen die Alltagspraktiken, die dazu treiben, an die Grenzen oder darüber hinaus zu gehen, in den Mittelpunkt der Analyse rücken und nicht Scheindebatten über unendliches Leben. Allerdings, so ein Einwand, gibt es einen Unterschied zwischen der Kompensation als Zwang oder Notwendigkeit und dem, was die Human Enhancement-Bewegung diskutiert. In dieser geht es nicht darum, Schwachstellen auszugleichen, sondern sich ohne Not weiterzuentwickeln.

Die gesellschaftliche Norm

Eine Teilnehmerin macht darauf aufmerksam, dass sich derzeit die Grenzen zwischen Therapie und Enhancement immer deutlicher verschieben. Das bereits erwähnte Beispiel ADHS lässt sich auch so interpretieren, dass ein eigentlich gesunder Zustand

pathologisiert wurde, um einer bestimmten Norm zu entsprechen. Dadurch wird allerdings eben jene Norm hinterfragt. Was ist normal? Die Teilnehmerin stellt die These in den Raum, dass gerade junge Menschen mit ihren Körpern experimentieren wollen und genau das auch als normal angesehen werden könnte. Folgt man dem Gedanken, stellt sich die Frage, warum dasselbe für Human Enhancement nicht gelten sollte, zumal es diese Entwicklungen bereits gibt.

Auf die Frage, ob sich die Norm immer weiter auf eine bestimmte Vorstellung verengt, wird entgegnet, dass es zwar eine Metanorm gibt; wie man diese Norm erreicht oder ihr gehorcht, bleibt jedem allerdings selbst überlassen und kann deshalb auch auf vielfältige Weise geschehen. In eine ähnliche Richtung, jedoch weitaus kritischer, geht ein weiterer Beitrag. Dieser schildert die Problematik, die entsteht, wenn durch eine Norm festgelegte Sozialleistungen auf die Technik zugeschnitten sind und nicht den möglichen Ausfall der Technik einberechnen. Deutlich wird dies, wenn die Krankenkasse einwilligt, ein Gehörimplantat zu bezahlen, das Erlernen der Gebärdensprache indes nicht genehmigt wird. Bewusste Entscheidungen für ein Leben mit Einschränkungen werden so als nicht normkonform eingestuft. Darauf bezieht sich auch ein Beitrag, der sich dafür ausspricht, die unterschiedlichen kulturellen Identitäten ernst zu nehmen und zu akzeptieren.

Ein abschließender Beitrag betont, dass diese Art zu denken durchaus interessante Seiten hat. Dabei findet man in den transhumanistischen Überlegungen religiöse Bestände, die in diese Technoblase transformiert wurden. Demnach stellt Transhumanismus eine quasi-religiöse Ideologie dar. Grundlage all dieser Debatten ist allerdings nach wie vor die Technik, und diese wurde von Menschen geschaffen. Es handelt sich also nicht um etwas gänzlich Unberechenbares oder Unkontrollierbares, sondern es ist ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess notwendig, der den Umgang mit neuen Möglichkeiten thematisiert. Verbote sind auf diesem Gebiet nicht umsetzbar, da die Entwicklungen nicht rückgängig gemacht werden können.

Medizinischer Fortschritt und seine Auswirkungen

Karin Christiansen legt in der letzten Session den Schwerpunkt ihres Impulses auf Krankheiten und den Umgang mit diesen. Ausgehend von der Prognose, dass in überschaubarer Zukunft die Genom-Medizin nicht nur Krankheiten heilen, sondern auch das menschliche Genom verändern kann, fragt die Impulsgeberin nach den Folgen dieser Entwicklung. Was passiert, wenn Menschen durch Veränderungen am Genom besser als gut werden können? Findet die Entwicklung so statt, wie sie von einigen Experten vorhergesagt wird, dann sind Arztbesuche bereits in den nächsten 30 Jahren dazu da, Risiken einer möglichen Erkrankung zu messen, statt tatsächlich behandelt zu werden. Bevor die Krankheit eintritt, kann sie durch die entsprechende Veränderung der Gene verhindert werden. Dies beschreibt allerdings nur die technische Seite der Entwicklung. Was fehlt, sind Antworten auf die Fragen, wann, wie viel oder was eigentlich behandelt wird. Auch hier ist zu klären, was als normal gilt, welches die Grundlagen und Abwägungen bei Behandlungen und der Entscheidung zur Behandlung sind. Die Erstellung eines individuellen genetischen Risikoprofils kann aus technischer Sicht bereits umgesetzt werden. Es birgt allerdings gleichzeitig eine hohe Anfälligkeit für Missbrauch. So können Versicherungsgesellschaften oder zukünftige Arbeitgeber anhand dieser Daten Menschen und deren Umfeld genau überprüfen und bei einer Abweichung von der gewünschten Norm diese Menschen benachteiligen. Entscheidend ist daher auch die Frage, wie man sich vor sozialer Ungerechtigkeit schützen kann, wenn man sich der Optimierung verweigert. Was macht man als Einzelner oder als Gruppe, wenn man sich nicht der individualisierten Selbstoptimierung unterwerfen möchte?



Biologen und Mediziner gehen davon aus, dass es in naher Zukunft möglich sein wird, genetische Krankheiten vor der Geburt zu heilen. Damit würden diese in relativ kurzer Zeit nicht mehr existieren. Allerdings ist die Vorstellung umstritten. Sie bedeutet, dass Entscheidungen für die kommenden Generationen getroffen werden, die den Vorstellungen der Eltern von einem guten Leben entsprechen. Die eigene Definition von einem guten Leben im Sinne der Selbstindividualisierung seitens der Kinder ist dadurch im Vorhinein unterbunden. Die Impulsgeberin konkretisiert diese Gedanken mit der Frage, inwiefern in Zukunft gentechnisch optimierte Menschen, die intelligent, schön, mit moralischem Habitus ausgestattet sind und mit ihrer körperlichen Kraft ein Vorbild sein können, den Maßstab für das gute Leben setzen, wenn verschiedene Gruppen von nicht verbesserten oder nur leicht verbesserten Menschen ein Gegenüber bilden und die Kultur als Grundlage ihres Handelns sehen. Spitzen sich die Unterschiede so zu, dass die jeweiligen Auffassungen inkompatibel sind und damit eine gemeinsame Lebensform nicht mehr funktioniert, oder lassen sich die Vorstellungen von einem guten Leben kombinieren?

Gesellschaftliche Debatte oder individuelle Entscheidung?

Ein Beitrag bezieht sich auf die aktuelle Ausstellung „Human Upgrade“ in der Galerie der Schader-Stiftung, indem er auf eine allgemeine Unterscheidung zwischen dem Heilen einer Krankheit und dem Verbessern von etwas, was nicht krank, sondern unerwünscht ist, hinweist. Gesellschaftlich wird die Heilung von Krankheiten eher akzeptiert als präventive Eingriffe. Daran schließt eine Teilnehmerin an und fragt, ob es sich bei Untersuchungen des Risikos, an einer Krankheit zu leiden, um Wahrscheinlichkeiten oder genaue Vorhersagen handelt. Aktuell, so die Antwort, handelt es sich nicht um absolute Gewissheiten. Es können Risiken festgestellt werden, eine sichere Prognose darüber, ob und wann eine Krankheit auftreten wird, ist aber nicht möglich.

Es gibt heute keine allgemeingültigen gesellschaftlichen Werte und Normen, auf deren Grundlage Entscheidungen über den Umgang mit dem (eigenen) Körper getroffen werden. Diese Fragen werden jeder Person selbst überlassen und folgen individualistischen Lösungen. Zu überlegen ist, wodurch eine gesellschaftliche Übereinkunft zustande kommen kann, wenn jeder für sich Entscheidungen trifft oder treffen muss. Wie kann das gute Leben definiert werden und von wem? Ähnlich wie bei dem gesamten Phänomen Human Enhancement stellt sich auch hier die Frage, inwiefern dies zu einer Teilung in der Gesellschaft führen wird. Hinzu kommt das Szenario eines Beitrags, in dem die bereits existierende Möglichkeit, bei einer privaten Firma Gentests durchführen zu lassen, weitergedacht wird. Was passiert, wenn auf günstige Gentests günstige Genmanipulation folgt? Der Einfluss privater Firmen ist auf diesem Gebiet kaum eingeschränkt, staatliche Vorgaben spielen in der gesamten Debatte keine Rolle. Droht dadurch ein weiterer Kontrollverlust? Zugriffschancen auf neue Technologie, gesellschaftlicher Druck zur Optimierung und die Definition der Norm sind nur wenige Beispiele für neu entstehende Gefahren. Die neue Dimension dieser Gefahr ist,

dass sich die Gesellschaft nicht ausschließlich sozial auseinander entwickelt, sondern genetisch. Dies wird nicht durch politische Institutionen gesteuert, sondern durch Unternehmen, die diese Technologie entwickeln und anwenden.

Strategien für die Zukunft

Ist es also vielleicht doch notwendig, Grenzen zu setzen? Wer kann das tun und wie können sie aussehen? Die Erfahrungen belegen, dass technisch Machbares auch umgesetzt wird. Die Ausformung dieser Realisierung ist offen. Grenzen an den Anfang der Entwicklung zu setzen, ist nicht zielführend, so eine Überlegung. Festgelegte rote Linien haben in der Vergangenheit nur selten gehalten. Eine mögliche Strategie ist es, einen offenen Denkprozess für gesellschaftliche Diskurse zu organisieren, der die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Konsenses einbezieht.

Ein Teilnehmer stellt fest, dass die Themen einerseits neu sind, andererseits beängstigend auf viele Menschen wirken. Entscheidend ist dabei die Frage, von welchem Standpunkt aus man die Entwicklungen betrachtet. Wenn das Alte als das einzig Wahre angesehen wird, erzeugt dies Angst. Dadurch besteht wiederum die Gefahr, dass eine positive Zukunft verstellt wird. Die Zukunft kann man in ihrer ganzen Komplexität nicht vorhersagen und das Bekannte muss immer auch in Teilen erhalten bleiben, so dieser Beitrag. Dies lässt sich erreichen, indem der Status quo als Durchgangspunkt begriffen und eine Zukunft generell offen gestaltet wird.

Eine weitere wichtige Unterscheidung ist die Trennung zwischen naturwissenschaftlicher Einsicht und Technologie. Die Technologie ist bereits vorhanden, allerdings fehlt eine Einsicht in die ganze Komplexität ihrer Anwendung. Denn das, was derzeit verhandelt wird, ist wiederum nur ein kleiner Ausschnitt von komplexen Systemen. Die Bedeutung von Eingriffen in diese Systeme kann derzeit nicht überblickt werden. Was bedeutet es für die Gesellschaft, mit unvollständigem Wissen in komplexe Systeme einzugreifen? Fest steht, so ein daran anschließender Beitrag, dass die Menschheitsgeschichte immer auch darin bestand, sich an Gegebenheiten anzupassen und ins Unbekannte hinein zu experimentieren. Planungen, Wissen oder konkrete Vorstellungen von und für die Zukunft setzen immer auch Grenzen, die der Realität häufig nicht entsprechen können. Eine umfassende Einsicht in die Komplexität von Systemen ist daher nicht möglich, allerdings ebenso wenig notwendig. Es geht vielmehr darum, sich nicht mit technischen Schwierigkeiten aufzuhalten, sondern konsequent ins Ungewisse zu gehen. Die Gefahren, die durch diese Offenheit entstehen können, müssen jedem bewusst sein. Der Gedanke der Offenheit findet Zustimmung bei den Teilnehmenden, insbesondere da häufig in der Öffentlichkeit die Zukunft als alternativlos empfunden wird. Die Schwierigkeit bei diesen Überlegungen, entgegnet eine Teilnehmerin, ist, dass Entscheidungen getroffen werden müssen, bei denen vor allem die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen mit einbezogen werden muss. Ein möglicher Weg wäre zu reflektieren, was vorhanden ist und aus dieser Perspektive das Neue in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Notwendigkeit, alles kontrollieren zu müssen oder zu können, ist allerdings eine Illusion. Vorstellungen eines perfekten Zustands werden nicht erreicht. Menschliches Leben braucht weiterhin eine endliche Dimension als Gegenüber.

Resümees

Hanns H. Seidler, stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, begleitet das Dialog-Café 2 und fasst den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse zusammen: Die Entwicklungen in Medizin, Chemie, Naturwissenschaft, Technik und Informationstechnik ermöglichen Maßnahmen und Instrumente, mit denen die Fähigkeiten von Menschen, die verlorengegangen oder originär nicht vorhanden waren, zu ersetzen beziehungsweise zu erweitern sind. Das ist in vielen Fällen nicht unumstritten: Implantate für Hörgeschädigte, Herzschrittmacher, Prothesen oder Schönheitsoperationen für Unfall-opfer sind medizinische Möglichkeiten, auf die niemand verzichten mag. Anders liegt diese Einschätzung in Grenzfällen, bei denen es im Moment zwar eine technische Realisierungsmöglichkeit, aber (noch) keine gesicherte soziale oder ethische Erkenntnis darüber gibt, ob und wie diese umgesetzt werden dürfen:

- *Sind Schönheitsoperationen auch zulässig, wenn sie dazu dienen sollen, dem Betroffenen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, weil dieser ein bestimmtes Ideal voraussetzt?*
- *Cannabis ist als Suchtmittel allenfalls in engen Grenzen rechtlich zulässig, aber darüber hinaus als Schmerzmittel bei Krankheiten hochwirksam.*
- *Für ADHS-Kinder ist Ritalin in Grenzen ein probates Mittel, es steht aber auch im Verdacht, von Eltern als Mittel zur Leistungssteigerung missbraucht zu werden.*
- *Doping wird im Hochleistungssport als Betrug angesehen und geahndet, kommt aber bei Berufssportlern flächendeckend zum Einsatz. Das bedeutet, um wettbewerbsfähig zu bleiben, gibt es für die Teilnehmer kaum eine Alternative – man kann es sich nicht leisten, nicht zu dopen.*
- *Pränatale Genomanalysen für bestimmte Krankheitsrisiken werden von Biologen und Medizinern als realistisch angesehen – kann damit eine Generation die nachfolgende Generation von gentechnisch optimierten Menschen „produzieren“?*

Antworten auf diese Möglichkeiten und diese Fragen sind mit einem hohen Unsicherheitspotenzial versehen, Risiken und Chancen können nicht seriös abgeschätzt werden. Die Grenzlínen zwischen akzeptierter Therapie und problematischer Optimierung sind unscharf und fließend, rote Linien sind nicht zu erkennen und wären auch fahrlässig im Hinblick auf weiteres Entwicklungspotenzial. Auch gibt es derzeit keine ethisch oder normativ fundierte Theorie, die ein Leitbild für die Beantwortung solcher Fragen darstellen könnte. Also besteht die Aufgabe darin, einen offenen gesellschaftlichen Diskurs zu organisieren, mit dem Annäherungen an einen Konsens erzielt werden können.



Dialog-Café 3: Kulturen der digitalisierten Ökonomie

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

PD Dr. Andreas Boes, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e.V., München

Timo Daum, 2PIR, Berlin

Prof. Dr. Jörn Lamla, Universität Kassel

Begleitung: Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, ENTEGA AG, Darmstadt

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Jens Hübertz und Dr. Tobias Robischon

Verändert die Digitalisierung der Ökonomie kulturelle Praktiken auf noch nie dagewesene Weise? Wie grundlegend und wie umfassend ist der gesellschaftliche Wandel, der mit Industrie/Dienstleistung 4.0 einhergeht? Welches Wunschdenken prägt die neuen wirtschaftlichen Realitäten? Und mit welchen neuen Praxisformen ist zu rechnen, mit welchen Konsequenzen für das Verhältnis von Ökonomie und Kultur?

Der Informationsraum als Produktivkraftsprung

Die Gesellschaft befindet sich in einer historischen Umbruchphase, die nur mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist. Grundlage dieses Umbruchs, so Andreas Boes in seinem Impuls, ist ein neuer sozialer Raum, der Informationsraum, der mit Erfindung und flächendeckender Verbreitung des Internets entstanden ist. Das Internet integriert die bereits zuvor in Unternehmen und Industrie laufenden Informatisierungs- und Digitalisierungsprozesse endgültig in den sozialen Alltag. Das Netz ist dabei nicht nur eine Technologie oder ein Medium, sondern ein Raum, der sich aus der Interaktion und Kommunikation seiner Anwender konstituiert.

Dieser Informationsraum verändert nun – im Marxschen Sinne – die Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, was zu einem Produktivkraftsprung führt. Informationen und Digitalisierung sind nicht mehr nur Anhängsel oder Ergänzung zum Zweck der Optimierung maschineller Produktion, sondern bilden die Grundlage für völlig neue Geschäftsmodelle, Produkte und Produktionsweisen. Der Informationsraum ermöglicht disruptive Technologien und Konzepte, die etablierte Märkte und Unternehmen verdrängen können. Die fieberhafte Suche vieler kleiner IT-Firmen nach „the next big thing“ in der Startup-Kultur des Silicon Valley ist Ergebnis der gleichermaßen fieberhaften Suche des diese Firmen finanzierenden Risikokapitals nach den mit erfolgreichen Disruptionskonzepten verbundenen enormen Wachstums- und Ertragsaussichten.

Angesichts der gesellschaftlichen Folgen solcher wirtschaftlichen Umwälzungen sollten europäische Unternehmen und die Zivilgesellschaft versuchen, durch Einbindung breiter gesellschaftlicher Schichten Stabilität und Disruption miteinander zu vereinbaren. In Europa findet Innovation meist im Kontext vorhandener Kunden- und Sozialbeziehungen statt, neue Geschäftsmodelle entstehen nicht völlig losgelöst auf der grünen Wiese. Aber auch hier drohen Arbeitsformen, die die Menschen bis hin zu ihrem Verhalten gewissermaßen selbsttätig in digitale Zwangsmaschinen integrieren. Zudem droht eine soziale Spaltung. Trotz solcher klar erkennbaren negativen Tendenzen besteht die Möglichkeit, den Informationsraum und die damit zusammenhängende Digitalisierung der Gesellschaft positiv zu gestalten, so Andreas Boes.

Politisches Reaktionsdefizit wegen unverstandenen Paradigmenwechsels?

Der Verweis auf die Gestaltbarkeit der Digitalisierung wird in der anschließenden Diskussion positiv aufgenommen, stand das Internet doch zu seinem Beginn für eine verwirklichte Utopie individueller Freiheit und kollektiver Vernetzung. Kritisiert wird, dass Digitalisierung zu oft von einer technischen Seite betrachtet wird, der Diskurs vernachlässigt dabei normative Ideen und Leitbilder. Es muss überprüft werden, welche Leitbilder der technischen Entwicklung zugrunde liegen, da sich Ideen und Technologie nur gemeinsam zu gesellschaftlich wirksamen Regimen vereinen. Im Übrigen sollte die Gestaltung und die Lenkung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wieder in den Fokus der Betrachtung gerückt werden.

Der Umgang mit der fortschreitenden Beschleunigung der Lebenswelt, die die Technologie ermöglicht, ist unzureichend. Im privaten Bereich wird vor allem wegen der Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit eine Verdichtung von sozialen Räumen und Rollenerwartungen erlebt. Ihrer kulturellen Einbettung und wissenschaftlichen Durchdringung ist die technische Entwicklung jedoch stets voraus. Dies verhindert eine fundierte politische Debatte und macht es unmöglich, frühzeitig sinnvolle Rahmenbedingungen zu setzen.

Ursache dieses selbstkritisch diagnostizierten Reaktionsdefizits von Wissenschaft und Politik auf die Digitalisierung ist aber nicht die Beschleunigung. Vielmehr wird der mit dieser neuen Form von Produktion einhergehende grundlegende Paradigmenwechsel ignoriert. Kapitalistische Produktion wird immer noch nach dem alten Paradigma der großen Industrie als Konglomerat zusammenwirkender Maschinensysteme verstanden. Die neuen Entwicklungen, welche mit dem Informationsraum entstehen, lassen sich hiermit jedoch nicht erklären. Der angesprochene Produktivkraftsprung ist in erster Linie ein kommunikativ-sozialer und kein technischer. Die Technologie bietet lediglich die Basis, auf deren Grundlage neues und komplexes soziales Handeln ermöglicht wird. Dies führt zu einer Vervielfältigung der geistigen Produktivkräfte allgemein, des menschlichen Wissens und Information im Speziellen. Dadurch werden andere Formen von Produktion, andere Produkte und ein anderer Konsum dieser Produkte ermöglicht.

Es gibt weiterhin politische Gestaltungsmacht

Ein positives Beispiel für die Neuorganisation von Wissensbeständen durch Vernetzung ist die globale Nachverfolgbarkeit gefährlicher Produktionsstoffe. Geschäftsmodelle, die darauf setzen, Gefahren der Produktion oder der Konsumption ihrer Produkte zu verschleiern, können angesichts der im Netz hergestellten Transparenz nicht auf Dauer bestehen. Risikowissen wird so demokratisiert. Doch Transparenz zeigt zugleich die innere Widersprüchlichkeit der Informatisierung: Einerseits kann ein Mehr an Transparenz zur Demokratisierung von Wissen und mehr gesellschaftlicher Teilhabe führen, andererseits ermöglicht sie aber auch die weitreichende Überwachung von Individuen und damit eine zunehmende Berechenbarkeit und Kontrolle ihres Handelns.

Eine gemeinsame Vorstellung davon, wie das Internet und dessen Nutzung in einem positiven Sinne beeinflusst werden kann, besteht nicht. Einige Teilnehmer geben nationalstaatlichen Regulationsbemühungen bei einem derart globalen Phänomen nur geringe Erfolgchancen. Dagegen weist Impulsgeber Andreas Boes darauf hin, dass auch im Zeitalter der Digitalisierung weiterhin nationale „varieties of capitalism“ existieren, und somit eine Gestaltungsmacht staatlicher und überstaatlicher Akteure.

Mit Technologie und freiem Unternehmertum für eine bessere Welt

Die Vorreiter der digitalen Ökonomie verfolgen in ihren Unternehmungen auch den Anspruch, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Das „Mission Statement“ von Google klingt wie eine informationskommunistische Utopie: Das Wissen der Welt zu organisieren und es für alle Menschen jederzeit zugänglich und nutzbar zu machen. In der zweiten Session gibt Timo Daum einen Einblick in das „Mindset“ des Silicon Valley und beleuchtet drei kulturelle Versprechungen des digitalen Kapitalismus.

Das Denken in den führenden IT-Firmen und Start-Ups ist von einer libertären Ideologie geprägt, deren Kernelemente ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Staat, die radikale Befürwortung freier Märkte und ein blindes Vertrauen in die innovative Kraft von Unternehmerpersönlichkeiten sind. Dies verbindet sich mit einem ausgeprägten Technologieglauben. Gute Ingenieure und freies Unternehmertum, so die gängige Vorstellung, können komplexe Probleme der Welt effizienter lösen als staatliche Akteure, aber auch besser als die Vertreter der „alten“ industriellen Ökonomie. Der Onlinekommunikation werden demokratisierende, bildungs- und partizipationsfördernde Eigenschaften zugesprochen, welche die individuelle Autonomie stärken. Auch gesellschaftliche Probleme von gerechter Verteilung, Teilhabe oder ökonomischer Effizienz werden als technisch lösbare Probleme angesehen, die von Ingenieuren behoben werden können.

Ein digitales Prekariat als Erfüllung kultureller Verheißungen

Auf dieser Grundlage stehen auch die kulturellen Versprechungen des digitalen Kapitalismus, die Timo Daum mit den drei Stichwörtern mehr Nachhaltigkeit, selbstbestimmte Arbeit und mehr Teilhabe zusammenfasst. Mehr Nachhaltigkeit verspricht die „Share-Economy“ durch die optimierte Nutzung von Ressourcen wie Wohnungen, Privatfahrzeugen und vielfältigen anderen Gütern, ermöglicht über die Vermittlungsdienstleistungen von Internetplattformen. Die Plattform AirB’n’B vermittelt weltweit die Vermietung von privaten Wohnungen an Touristen. Auch das Fahrten-Vermittlungsunternehmen Uber ist international aktiv. Es wirbt damit, durch die Standortbestimmung von Kunden und Fahrern eine besonders schnelle Vermittlung zu ermöglichen. Für die Anbieter sind so zwei bis drei Fahrten pro Stunde durchführbar, während konventionelle Taxis im Schnitt auf eine Fahrt kommen.

Diese Plattformen ermöglichen es dem Individuum, sich scheinbar selbstbestimmt und in freier Zeiteinteilung als Mikrounternehmer zu betätigen und nebenher als Taxifahrer, Händler oder Hotelier Geld zu verdienen. Dabei löst der Typus des Freelancers den des festangestellten Arbeitnehmers beziehungsweise des investierenden Unternehmers ab. Die Internetplattformen beschränken sich auf die digital automatisierte Vermittlung und belassen die unternehmerischen Risiken der Leistungserbringung bei den Nutzerinnen und Nutzern ihrer Plattform. Diese sind meist keine Unternehmen, sondern Individuen, die damit sich selbst und ihre unmittelbar gegebenen Ressourcen kapitalisieren, wie ihr privates Fahrzeug oder ihren Wohnraum. Ihre Abhängigkeit vom Plattformunternehmen ist eher größer als die eines Arbeitnehmers, zumal keine soziale Absicherung besteht. Zugleich ist ihre unternehmerische Freiheit beschränkt. Sie sind dem Grunde nach Franchisenehmer, zahlen für die Nutzung der Plattform und müssen sich nach deren Vorgaben und Richtlinien verhalten. Tim O’Reilly prägte hierfür den Begriff „Franchise of One“.



Die Versprechungen des digitalen Kapitalismus führen zu einer neuen Form des digitalen Prekariats, fasst Timo Daum zusammen. Kennzeichnend dafür sind schlechte soziale Absicherung sowie verschiedene Formen der Scheinselbstständigkeit, verbunden mit hohen Leistungs- und Flexibilitätsanforderungen.

Sind neue Modelle sozialer Absicherung machbar?

Im Mittelpunkt der Diskussion steht das Spannungsfeld von selbstbestimmter Arbeit und sozialer Absicherung sowie die Frage, wie eine digitale soziale Marktwirtschaft aussehen kann. Allerdings wird betont, dass der digitale Kapitalismus keine grundsätzlich neuen Arbeitsverhältnisse geschaffen hat. Vielmehr wird der Trend zu Werkverträgen und Freelancertum verstärkt, der schon seit den 1990er Jahren besteht. Das scheint jedoch vornehmlich für junge Menschen attraktiv zu sein. Denn übereinstimmend berichten die Teilnehmer von einem starken Bedürfnis nach einem sozial abgesicherten Anstellungsverhältnis unter Menschen mittleren Alters, die oft schon geraume Zeit als Freelancer tätig sind. Geschäftsmodelle wie jenes des Unternehmens Uber sind in einer sozialen Marktwirtschaft systemfremd, da sie sich in keiner Weise am gesellschaftlichen Ganzen beteiligen. Sie zahlen weder Steuern noch Sozialabgaben und erbringen auch keine verlässliche Leistung. Die Kritik, dass Arbeitnehmer im digitalen Kapitalismus von etablierten Institutionen zurückgelassen werden, da diese kein Konzept im Umgang mit den neuen Geschäftsmodellen haben, wird zurückgewiesen. Im Prinzip könnten Tätigkeiten wie die eines Uber-Fahrers sozialstaatlich reguliert werden – doch ist dies meist auch von Seite der Beschäftigten nicht gewollt. Positiv wird hier die Initiative des Bundesarbeitsministeriums hervorgehoben, das Ende 2016 die Ergebnisse des zweijährigen Dialogprozesses „Arbeiten 4.0“ in einem Weißbuch veröffentlichen wird.

Die Digitalisierung der Wirtschaft setzt die Finanzierung der Sozialversicherungen unter Druck, wenn eine Vielzahl von Arbeiten automatisiert werden kann und der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung an der verbleibenden Arbeit rückläufig ist. Die Globalität der Unternehmen ermöglicht ihnen zudem effektive Steuervermeidungsstrategien, die die Finanzierung klassischer Wohlfahrtsstaaten in Frage stellen kann. Unternehmen und Vertreter des digitalen Kapitalismus propagieren ein bedingungsloses Grundeinkommen als zukünftige Form der sozialen Absicherung. Dies wird jedoch auch als ein Versuch wahrgenommen, Verantwortung für soziale Absicherung von den Unternehmen an den Staat zu delegieren. Es bleibt weitgehend unklar, welches Grundeinkommensmodell geschaffen und wie dieses finanziert werden soll. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob Grundeinkommensmodelle mit klassischen Wertvorstellungen von Arbeit und Beschäftigung kompatibel sind.

Ratlosigkeit über Möglichkeiten und Fähigkeiten des Staates

Mit einer gewissen Ratlosigkeit wird über die ausschließlich reaktive Rolle der Politik gesprochen. Die Ursache wird in einem grundlegenden Vorsprung derjenigen



vermutet, die neue Geschäftsmodelle und Technologien entwickeln und verwenden. Timo Daum wendet dagegen ein, dass die Unternehmen des Silicon Valley keinem Masterplan folgen, sondern nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum operieren. Die politische Öffentlichkeit, so eine Forderung, muss sich stärker mit der Gestaltung des digitalen Wandels befassen. Es ist die Frage zu stellen, welche digitalen Infrastrukturen auf welche Weise reguliert werden müssen und ob bestimmte Infrastrukturen nicht besser in die öffentliche Hand gehören.

Als noch unzureichend entwickelt gelten die konzeptionellen Vorstellungen von den Möglichkeiten und Fähigkeiten des Staates in diesem neuen Kontext. So wird am Beispiel Irlands, das sich jüngst weigerte, von der EU verordnete Steuernachzahlungen von Apple einzutreiben, thematisiert, welche Rolle Staaten im Umgang mit global agierenden Unternehmen einnehmen können und welchen Grenzen einzelstaatliches Handeln dabei unterliegt. Es stellt sich die Frage, welche Institutionen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene gestärkt oder geschaffen werden müssen, um politischen Gestaltungsansprüchen Geltung verleihen zu können.

Digitalisierte Ökonomie: Das Experimentierfeld des kulturellen Kapitalismus

Jörn Lamla fragt im dritten Impulsvortrag nach dem Verhältnis von Kultur und Ökonomie und beleuchtet dieses aus einer Perspektive, die den Konsumenten stärker in den Fokus rückt. Er spricht nicht von einem digitalen Kapitalismus, sondern von einer digitalisierten Ökonomie, die er als Experimentierfeld eines „kulturellen Kapitalismus“ begreift.

Die Ökonomie ist in vielen Bereichen auf die Kultur angewiesen. So ermöglicht erst die soziale Einbettung von Märkten, das zu deren Funktionieren notwendige Vertrauen zu schaffen. Auf der Ebene der Produkte und Dienstleistungen ist die Ökonomie darauf angewiesen, dass durch kulturelle Praktiken beständig neue „Gebrauchswertfaktionen“ geschaffen werden. Schließlich braucht die Ökonomie ständig Zukunftserwartungen auf Innovationen, die ebenfalls zu großen Teilen aus der Kultur gespeist werden. Kultur und Ökonomie stehen insofern in einem dialektischen Verhältnis. Jörn Lamla nennt dies symbiotisch-antagonistisch, da die Kultur einer gewissen Eigenlogik folgen muss, um diese Leistungen zu vollbringen und sich daher zumindest partiell einer ökonomischen Effizienz- und Profitlogik entzieht. Indem die Ökonomie jedoch beständig versucht, kulturelle Praktiken der wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen, stört sie damit automatisch deren Reproduktionslogik.

Verführung durch Selbstbestimmung

Inwieweit Ökonomie und Kultur jeweils autonom oder in Abhängigkeit voneinander agieren, und welcher Bereich über einen höheren Grad an Autonomie verfügt, hängt von den Ressourcen ab, welche die Bereiche in den einzelnen sozialen Räumen zur Verfügung haben und mobilisieren können. Wesentlich für das Verhältnis sind dabei

„Forminvestitionen“, Investitionen in jene Formen, die Handlungen und soziale Beziehungen auf einer Internetplattform gestalten. Forminvestitionen umfassen dabei nicht nur soziale Konventionen oder Regelwerke, sondern gestalten auch über die technische Architektur von Angeboten das Verhalten von Nutzern. Jörn Lamla erläutert, dass die Plattformen der digitalen Ökonomie über Forminvestitionen bei den Konsumenten ein Gefühl der Eigenbestimmung und Partizipation erzeugen wollen, damit sie das soziale und kulturelle Handeln der Plattform-Nutzer wirtschaftlich verwerten können. Dies nennt er eine „Verführung durch Selbstbestimmung“.

Diese These illustriert Jörn Lamla am Beispiel einer Produktbewertungsplattform, deren Autoren sich als eine Gemeinschaft von Kulturschaffenden erleben, die für andere Verbraucher hilfreiche Produktrezensionen verfassen und damit einer gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit nachgehen – nahezu ohne Entgelt. Dazu fördert die Plattform Engagement in der Community systematisch („Goldstatus für 1.000 Rezensionen“) und betreibt mittels Rezensionsrichtlinien eine Standardisierung der Texte. Die Intention der Plattformbetreiber ist es indes, die Resultate dieser kulturellen Praktik zu monetarisieren, sei es als Marktforschungsdaten, als Werbefläche oder an andere Webangebote vermarktbarer Content. Dies ist ein wiederkehrendes Muster: Viele andere Unternehmen, etwa soziale Netzwerke, versuchen ebenfalls, kulturelle Praktiken im weitesten Sinne zu etablieren, um diese anschließend zu monetarisieren. Auch der Google-Algorithmus basiert letztlich darauf, die kulturelle Praxis von Relevanzzuweisung technisch zu erfassen und wirtschaftlich nutzbar zu machen. Dabei sind die Plattformbetreiber nur solange an diesen kulturellen Praktiken interessiert, wie diese sich monetarisieren lassen. Andererseits ist die Pflege der Community und ihrer Kultur unbedingte Voraussetzung für deren wirtschaftliche Nutzbarkeit, denn schwindende Motivation und Abwanderungsbewegungen können das Unternehmen gefährden.

Für den Gesamtmarkt ist es jedoch unproblematisch, wenn sich zulasten einzelner Unternehmen das Peer-Group-Prinzip als kulturelles Ordnungsprinzip durchsetzt und kulturelle Praktiken quasi von selbst in eigene Parzellen gruppieren. Indem in diesen Special-Interest-Parzellen Anwendungsmöglichkeiten von Produkten entwickelt und verbreitet werden, produzieren sie die zu deren Vermarktung notwendigen Gebrauchswertfiktionen. Die sich daraus ergebende Wertschöpfung ist somit Resultat der kulturellen Praktiken, sie ist „crowdgesourct“.

Kultureller Kapitalismus schafft und verwertet Subjektivität

Als besonderes Charakteristikum des kulturellen Kapitalismus wird die Gleichzeitigkeit der Kreation von Subjektivitäten durch die digitalen Unternehmen *und* der Landnahme ihrer kulturellen Praktiken identifiziert. Die digitale Plattform ist gleichzeitig das Feld individueller kultureller Entfaltung und das Mittel zu dessen wirtschaftlicher Ausbeutung. Allerdings untergräbt die Ökonomie durch ihre Landnahme zugleich auf Dauer die kulturellen Praktiken und zerstört damit eventuell deren wirtschaftliche Verwertbarkeit. Insofern ist die Ökonomie stets auf ein Außen angewiesen, dessen Grundlage sie im gleichen Moment bewusst ignoriert. Ein Beispiel hierfür sind Marketingstrategien, die gezielt persönliche Kommunikation in sozialen Netzwerken und Foren simulieren, um auf Produkte oder Unternehmen aufmerksam zu machen. Diese versteckte Werbung wirkt, weil sie sich das auf der Vergemeinschaftung gleichartiger Interessen basierende Vertrauen im Netz zu Nutze macht. Doch zugleich untergräbt sie ihre eigene Funktionsbasis, indem sie dieses Vertrauen missbraucht und damit auf Dauer zerstört.

Mit Bezug auf eine Zerstörung kultureller Werte wird angemerkt, dass bei Kulturgütern wie Texten, Musik oder Filmaufnahmen eine materielle Entwertung der in diesen Produkten enthaltenen Arbeit beobachtbar ist. Das Urheberrecht hat angesichts der



technischen Möglichkeiten zur unbegrenzten Vervielfältigung von Daten eine zentrale Stellung bekommen. Zusätzlich sind Rechtsverletzungen durch die weltweite Vernetzung zu einem großen Problem geworden.

Staatliche Forminvestitionen in die Architektur des digitalen Raums?

Die Reaktionen des Staates und der Öffentlichkeit auf Fehlentwicklungen in der digitalen Ökonomie haben stets reaktiven Charakter und führen zu unbefriedigenden Ergebnissen, so eine Kritik. Die Neuregelung der Verbreitungsrechte von Texten im universitären Lehrbetrieb korrigiert zwar eine Fehlentwicklung im Urheberrecht, bleibt aber insgesamt hinter den technischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zurück. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn Politik und Zivilgesellschaft eigene Forminvestitionen tätigen und somit Architektur und Grenzen des digitalen Raums nicht der Ökonomie überlassen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage des zukünftigen Umgangs mit dem Feld der digitalen Ökonomie insgesamt. Sind die Konzepte einer sozial verträglichen und nachhaltigen Digitalisierung schon vorhanden und es fehlt lediglich an öffentlicher und politischer Mobilisierungskraft und am Gestaltungswillen? Oder braucht es zunächst eine intensivere und vor allem stärker interdisziplinäre wissenschaftliche Anstrengung, um mögliche Entwicklungspfade erst zu entdecken und aufzuzeigen?

Diskutiert wird, welche nationalstaatliche oder regionale Ausprägung eine solche Gestaltung des Digitalen annehmen kann. Je nach Stärke der Zivilgesellschaften und vorherrschenden politischen Präferenzen würden dann die digitalen Angebote und deren Nutzungsweisen unterschiedlich gestaltet werden. Eine gezielte „Reterritorialisierung“ des digitalen Raumes gilt als prinzipiell möglich. Offen bleibt indes, inwieweit die Nutzerinnen und Nutzer den Informationsraum in relevantem Maße selbst gestalten können, oder ob das Internet durch Forminvestitionen großer Unternehmen in „gated communities“ aufgeteilt ist, die aufgrund von Lock-In- und Netzwerkeffekten dauerhaft stabil sind.

Das diskutierte, spezielle Verhältnis von Kultur und Ökonomie im digitalen kulturellen Kapitalismus ist offenbar international verallgemeinerbar, wenn nicht sogar universell. Die globale Verbreitung von Facebook, Twitter und ähnlichen Plattformen liegt nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen kulturelle Besonderheiten länderspezifisch berücksichtigen können, ohne dabei ihr Geschäftsmodell in Frage stellen zu müssen.

Resümee

Die gesellschaftliche Absicherung von Lebensrisiken und der normative Wert menschlicher Arbeit sind die zentralen Themen in der künftigen Kultur der digitalen Ökonomie, so Marie-Luise Wolff-Hertwig, die dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung angehört und das Dialog-Café begleitet. Die Zweifel an den Gestaltungsfähigkeiten des Staates und die Ratlosigkeit über politische Gestaltungsoptionen in einer digitalisierten Ökonomie haben diese grundlegenden Fragen in der Diskussion überdeckt.

Kann in Zukunft, trotz umfassender Automatisierung in der Produktion und vieler anderer Lebensbereiche, flächendeckende Beschäftigung zu vernünftigen Bedingungen sichergestellt werden? Wie ist mit Formen von Arbeit umzugehen, bei denen die Grenzen zwischen kultureller Praktik und prekären Lohnarbeitsverhältnissen fließend sind? Wie kann der Wunsch nach mehr Teilhabe und Selbstbestimmung in der Arbeit verwirklicht werden? Kann die digitale Ökonomie ihre Versprechen einlösen, oder geben sich Arbeitnehmer nur einer Illusion von Autonomie hin, die Scheinselbstständigkeit und Selbstausbeutung zur gesellschaftlichen Norm verfestigt? Wie kann soziale Absicherung in einer Ökonomie gestaltet werden, in der nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitnehmer über Staatsgrenzen hinweg agieren?

Diese Phänomene, die mit dem Begriff Arbeit 4.0 bezeichnet werden, werfen eine Vielzahl technischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und normativer Fragen auf, die Gegenstand eines breiten gesellschaftlichen Diskurses sein sollten.



Dialog-Café 4: Integrationspotenziale im digitalen Zeitalter

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

PD Dr. Uwe Hunger, Universität Siegen

Mustafa Isik, Bayerischer Rundfunk, München

Astrid Raith, Stadt Witten

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Natascha Riegger, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Elena Albrecht und Natascha Riegger

Innerhalb von Informations- oder Mediengesellschaften findet die Integration von Migrantinnen und Migranten auch über die Einbindung in den medialen Informations- und Kommunikationsprozess statt. Wie sieht die aktive Nutzung der Neuen Medien aus und können sie die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe befördern? Wie lassen sich unterschiedliche Nutzungsverhalten der Migranten und der Aufnahmegesellschaft miteinander vereinbaren? Und wie können Gesellschaftswissenschaften diese Fragen aufgreifen, um Aufschlüsse über medial vermittelte Integrationsprozesse von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft zu geben? Das Dialog-Café 4 beleuchtet Integrationspotenziale im digitalen Zeitalter.

Politische Internetnutzung

Die Internetnutzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zeigt hohe Relevanz, so Uwe Hunger von der Universität Siegen im ersten Impulsvortrag. Im Zuge der Fluchtbewegungen der Gegenwart hat sich herausgestellt, dass Smartphones ein eigenes Instrument bei der Flucht darstellen. Aber auch die Internetnutzung von Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen muss im Zeitalter der Digitalisierung beleuchtet werden. Hier stellen sich, so der Impulsgeber, in erster Linie zwei Fragen: Sind Menschen mit Migrationshintergrund bezüglich der Digitalisierung abgehängt? Und wie werden Radikalisierungstendenzen durch das Internet beeinflusst? Offenbar weisen Menschen mit Migrationshintergrund ein anderes Internetnutzungsverhalten auf als Menschen ohne Migrationshintergrund. Der größte Unterschied liegt in der Nutzungsmotivation, die bei Migranten oft darin besteht, sich nicht alleine fühlen zu wollen. In diesem Zusammenhang stellt Uwe Hunger ein Forschungsprojekt der Universität Münster vor, das in einer explorativen Studie die politische Internetnutzung aus Sicht von Migrantinnen und Migranten untersucht. Einbezogen waren Migrantengruppen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, aus der Türkei und kurdischstämmige Migranten. Im Verlauf der Untersuchung zeigte sich Uwe Hunger zufolge, dass diese Gruppen unterschiedliche Nutzungsverhalten des Internets aufweisen.

So ist bei Migranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken die Internetnutzung zur Bildung transnationaler politischer Online-Gemeinschaften besonders stark ausgeprägt. Hierbei spielt die gemeinsame russische Sprache eine große Rolle, wichtige Motive der Nutzung sind geteilte Erinnerungen. Insgesamt kultiviert diese Gruppe durch die Internetnutzung ein Leben im transnationalen Raum.

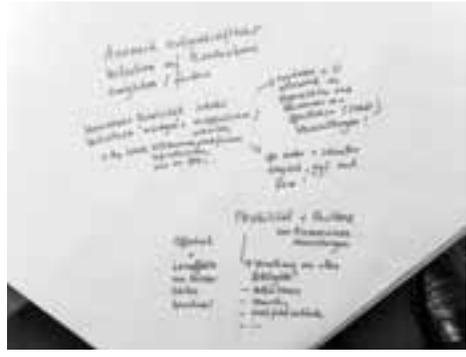
Die Gruppe der türkischstämmigen Menschen stellt eine politische Online-Öffentlichkeit her. Die Untersuchung zeigt, dass sich diese Migrantengruppe in den deutschsprachigen Medien häufig nicht vertreten fühlt, weil die Darstellung ihrer Gruppe aus ihrer Sicht vielfach mit Klischees belegt ist. Das Internet wird deshalb vor allem genutzt, um eine alternative transnationale Öffentlichkeit herzustellen, in der Themen aus der Türkei und Deutschland gleichberechtigt dargestellt werden. Die Studie lässt den Rückschluss zu, dass die türkische Sprache teilweise bewusst als ausschließender Faktor gegenüber nicht-türkischstämmigen Menschen verwendet wird.

Deutsche Kurden lassen sich nach dem Ergebnis der Untersuchung in einem Diaspora-Netz zusammenfassen, welches international aufgebaut ist. Dem Impulsgeber zufolge weist die Gruppe der Kurden, als größte autochthone ethnische Volksgruppe ohne eigenen Nationalstaat, eine starke politische Ausrichtung auf, wobei das Internet als beeinflussendes Instrument genutzt wird. So wird ein „virtuelles Kurdistan“ aufgebaut, was sich beispielsweise an den verwendeten Nationalfarben erkennen lässt. Darin könnte der Versuch liegen, im virtuellen Raum eine Art „nationales Archiv“ zu etablieren.

Uwe Hunger verdeutlicht anhand der Studie, dass das Internet stark zur Selbstverwirklichung von Migrantinnen und Migranten eingesetzt wird. Dabei sind abhängig von der Migrationsgeschichte unterschiedliche Ausprägungen zu beobachten. Als gefährlich bezeichnet der Impulsgeber in diesem Zusammenhang das Potenzial der Verführung. So werden Online-Debatten vielfach durch Social Bots manipuliert, wodurch das öffentliche Meinungsbild verzerrt wird. Hierbei handelt es sich nicht um ein migrationspezifisches Kommunikationsproblem, da Internetnutzende unabhängig vom Migrationshintergrund Ziel unterschwelliger Meinungssteuerung durch maschinengesteuerte Profile werden können. Mittelfristig stellt sich die Frage, in welcher Richtung die Potenziale des Internets genutzt werden. Der Impulsgeber appelliert hier an die Aufnahmegesellschaft: Fehlende Anerkennung von Seiten der Einwanderungsgesellschaft kann Tendenzen der Abkapselung oder Radikalisierung fördern. Dem gilt es langfristig entgegenzuwirken. Eine Vernetzung von deutschen Internetangeboten und solchen, die vorwiegend von Migrantinnen genutzt werden, sieht Uwe Hunger als wichtige Grundlage hierfür an. Dieser Ansatz würde auch der Entstehung von sogenannten Filterblasen entgegensteuern, in denen Internetnutzende sich stets in ihren eigenen Ansichten und Einstellungen bestätigt sehen. Langfristig kann dieser Effekt negative Auswirkungen auf die Diskurse in der Gesellschaft haben und eine zunehmende Spaltung herbeiführen.

Vernetzung

In der anschließenden Diskussion befürworten die Teilnehmenden eine Vernetzung deutscher und von Migranten genutzter Internetangebote. Es wird thematisiert, dass viele Migrantinnen und Migranten Kontakt zu globalen Communities haben. Kritisch wird dabei hinterfragt, ob die Menschen sich dadurch nicht von der Aufnahmegesellschaft abwenden beziehungsweise fernhalten. Eine Teilnehmerin stellt die Frage in den Raum, wo in solchen Communities die Öffnung nach außen geschieht. Uwe Hunger verweist auf die Ablehnungserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die das Entstehen solcher Communities überhaupt erst begünstigen. Er sieht es als entscheidend an, gegen solche Erfahrungen anzugehen und gleichzeitig auf die



Communities zuzugehen; so kann ein Austausch ermöglicht werden. Anzustreben ist auch eine Vernetzung mit politischen Seiten der Aufnahmegesellschaft. Hierdurch kann die Möglichkeit zur Partizipation ausgebaut werden, was die Selbstbestimmung als hohes demokratisches Potenzial unterstützt.

Internetnutzung von Geflüchteten

Es besteht Konsens darüber, dass der vermehrte Zuzug von Geflüchteten eine neue Relevanz des Themas Internetnutzung aufzeigt. Mehrere Teilnehmende schließen sich der Meinung an, dass das Internet die vorrangige, wenn nicht die einzige Möglichkeit ist, um Geflüchteten Informationen über das Aufnahmeland zu vermitteln. Ein Teilnehmer entgegnet, dass auch analoge Angebote bisher eine große Rolle in der Informationsvermittlung spielen. So gibt es beispielsweise eine deutsche Flüchtlingszeitung in arabischer Sprache, die bislang eine Auflage von 80.000 Stück hat, wobei der Absatz stark ansteigt. Diese Zeitung wird durch mehrere große Unternehmen finanziert, zu denen unter anderen MoneyGram, ein Geldüberweisungsdienst, gehört. Vorteilhaft bewertet der Teilnehmer an diesem Angebot, dass auch nicht-technikaffine Menschen dadurch angesprochen werden, was auf einen Großteil der geflüchteten Frauen zutrifft. Digitale Kommunikation ist für die unmittelbare Integration von Geflüchteten nicht in jedem Fall ein wesentlicher Faktor, merkt ein weiterer Teilnehmer an. Unterbringung, Sprachkurse und Bildung spielen seiner Meinung nach in diesem Kontext eine relevantere Rolle. Durch die Arbeit von Ehrenamtlichen findet außerdem eine Vernetzung zwischen Geflüchteten und Zivilgesellschaft statt, die förderlich für Integrationsprozesse sein kann.

App „Ankommen“

Als Beispiel für die digitale Unterstützung Geflüchteter stellt Mustafa Isik die App „Ankommen“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vor, die er für den Bayerischen Rundfunk mitentwickelt hat. Obwohl der Rundfunk staatsfern ist, hat sich in diesem Fall eine Zusammenarbeit von Landesrundfunkanstalt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit und dem Goethe-Institut ergeben, um der Integration Geflüchteter als gesamtgesellschaftlicher Herausforderung gerecht zu werden. Dabei ist ein Anliegen der Betreiber, eine große Reichweite zu gewährleisten. Die App wurde innerhalb von nur sieben Wochen auf Grundlage einer qualitativen und quantitativen Nutzerbefragung von Flüchtlingen entwickelt. Intention der App ist es, gezielt die erste Ankommensphase von Geflüchteten zu begleiten und ein digitales Angebot für analoge Bedürfnisse zu schaffen. Um dies zu ermöglichen, beinhaltet die App drei Kernelemente: Im Bereich „Leben in Deutschland“ werden allgemeine Fragen zu Themen wie Einkaufen und Wohnen, Mobilität oder Leben mit Kindern beantwortet. Der zweite Schwerpunkt widmet sich dem Asylverfahren sowie Ausbildung und Arbeit. Diese Informationen werden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt, während das Goethe-Institut Online-Sprachkurse in fünf Sprachen anbietet.

Der Bayerische Rundfunk hat sich auf die Einrichtung der App beschränkt und sie mittlerweile an das Bundesamt übergeben. Aus der besonderen Situation Geflüchteter ergibt sich, dass die Datenlage zur Auswertung der Nutzung nicht vollständig ist. Um die Geflüchteten nicht mit der gezielten Analyse ihrer Daten zu irritieren, haben die Entwickelnden der App darauf verzichtet, zusätzlich zu den Daten der App Stores weitere Nutzungsdaten zu erheben. Mustafa Isik bezieht sich hier vor allem auf negative Erfahrungen Geflüchteter, die in ihren Herkunftsländern staatlich überwacht wurden. Die Downloadzahlen sind jedenfalls innerhalb eines knappen Jahres auf 200.000 angestiegen, die tatsächliche Nutzungsfrequenz kann allerdings nicht abgebildet werden. Zusätzlich zur App können die Inhalte von „Ankommen“ auch im Internet abgerufen werden.

Bei der anschließenden Diskussion erfährt die App positive Resonanz. Öffentlich-rechtliche Medien übernehmen eine wichtige Rolle bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, so die überwiegende Meinung im Dialog-Café. Diese Aufgabe kann allerdings nicht alleine durch Medien oder Bundesinstitutionen übernommen werden, sondern stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar.

Unterstützung Geflüchteter

Die Integration Geflüchteter kann nur dann gelingen, so ein Teilnehmer, wenn man Angebote auf diese Zielgruppe zuschneidet. So müssen die Menschen dort abgeholt werden, wo sie sind – und nicht, wo man sie haben will. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Teile von Unterstützungsprogrammen wie „Ankommen“ auch in Bildungsinstitutionen zu integrieren; vor allem das dialogische Vorgehen bei der Informationsvermittlung erscheint sinnvoll. Weiterhin ist es notwendig, schließt sich eine Teilnehmerin an, neben der App auf Bundesebene auch Informationen auf Landes- und kommunaler Ebene bereitzustellen, wie dies bereits in Nordrhein-Westfalen durch die App und Internetseite „Willkommen in NRW“ praktiziert wird. Dem fügt ein weiterer Teilnehmer hinzu, dass die extremen Bildungsunterschiede der unterschiedlichsten geflüchteten Menschen eine strategische Informationsvermittlung zusätzlich erschweren. Eine Umfrage der Hochschule Darmstadt zeigt, dass formal höher gebildete Geflüchtete sich Informationen auf Englisch selbst beschaffen. Weniger gebildete Menschen hingegen brauchen vielfach Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen. Verschiedenen Erfahrungen zufolge sind besonders Frauen durch einen schlechteren Zugang zu Informationen eingeschränkt. Solche besonderen Problemstellungen lassen sich leichter auf lokaler Ebene lösen. Auch medizinische Fragen, die oft mit kulturellen Fragen einhergehen, brauchen regional spezifische Antworten. Die Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten gestaltet sich unterschiedlich, erklärt Mustafa Isik auf Nachfrage. Dabei spielt der Grad der Digitalisierung eine gewisse Rolle. So verfügt der Bayerische Rundfunk über eine ausdifferenzierte Abteilung für Softwareentwicklung. Darin sieht er eine wesentliche Grundlage für die Gestaltungskraft der öffentlich-rechtlichen Medien.

Darüber hinaus regt eine Teilnehmerin eine landesübergreifende App für Ehrenamtliche an, um die Vernetzung zwischen verschiedenen Programmen und Erfahrungen zu unterstützen. Regional gibt es viele verschiedene Angebote, die so besser genutzt werden können. In Schleswig-Holstein besteht bereits ein solches Internetportal, wie eine Teilnehmerin berichtet.

Geflüchtete als Produzenten

Astrid Raith von der Stadt Witten berichtet im dritten Impulsvortrag, wie Geflüchtete selbst als Produzenten im Internet auftreten können. Ausgangspunkt für ihre Arbeit war eine Broschüre, die Adressen und Ansprechpartner für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Stadt Witten auflistet. Um diese digital aufzubereiten, wurden die

Informationen in eine Touristik-App der Stadt integriert. Im Verlauf der Arbeit stellte sich heraus, dass dieses Programm nicht passgenau für die Zielgruppe war, denn viele Ehrenamtliche besaßen keine Smartphones. Schließlich entwickelte die Stadt Witten eine Web-App, die gleichermaßen Geflüchtete und Ehrenamtliche ansprechen soll. Diese App enthält Informationen zu verschiedenen Fragen, die etwa Weiterbildungsangebote oder die Asylgesetzgebung betreffen.

Auch in dieser App konnten nicht alle Fragen von Geflüchteten beantwortet werden. Das zeigte sich, als Betroffene selbst den Kontakt zu den Verantwortlichen suchten. Alltägliche Sachverhalte, die lange Zeit in Deutschland lebende Menschen als selbstverständlich betrachten, stellen für Geflüchtete eine große Herausforderung dar, so die Erfahrung von Astrid Raith. Verschiedene alltägliche Fragen, etwa nach der Funktionsweise von Pfandautomaten, dem Erwerb preisgünstiger SIM-Karten oder der Identifizierung kohlenensäurehaltigen Wassers am Etikett, beschäftigen Menschen, die neu nach Deutschland einreisen. Um auf diesen Klärungsbedarf zu reagieren, haben geflüchtete Frauen und Männer in Witten angefangen, Themen für das Internet aufzubereiten. Sie schreiben Texte und drehen Videos, die zunächst in englischer und arabischer Sprache veröffentlicht wurden und inzwischen auch auf Deutsch zur Verfügung stehen. Auf diese Weise ist die Internetseite „Witten in our eyes“ entstanden, die mittlerweile auch auf Facebook präsent ist. Ein wichtiger Bestandteil der Webseite ist der Versuch, Hürden gegenüber staatlichen Stellen abzubauen und Geflüchteten die Orientierung im deutschen Alltag zu erleichtern. Auch „Deutsch für die Straße“ mit Alltagsvokabeln, etwa aus der Fußballsprache, die von Sprachkursen nicht abgedeckt werden, ist in die Webseite integriert. Die Impulsgeberin zeigt auf, dass auch ohne professionellen Anspruch hilfreiche Programme etabliert werden können. So werden neu entstandene Videos innerhalb der ersten Stunden zwischen 80- und 250-mal angesehen. Dieses Programm läuft nach der Anfangsphase selbstbestimmt unter der Regie von Geflüchteten, wobei die Vortragende nur noch eine beratende und betreuende Rolle einnimmt. Zwar kontrolliert sie weiterhin die eingestellten Inhalte, allerdings aus einer ehrenamtlichen Funktion heraus. Eine Kontrolle von städtischer Seite ist nicht mehr gegeben. Ehrenamtliche Helfer erhalten benötigte Informationen weiterhin auf der städtischen Webseite. Auch die Trennung zwischen städtischer und eigener Webseite der Geflüchteten bietet Vorteile, so Astrid Raith, denn verschiedene Themen, wie etwa die Empfehlung einzelner Supermärkte mit Halal-Produkten, dürfen nicht von einer städtischen Webseite kommuniziert werden.

Aus diesen Erfahrungen heraus betont die Impulsgeberin die Notwendigkeit der Orientierung an der Zielgruppe. Dazu zählt auch, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur als Konsumierende von Integrationsprogrammen wahrzunehmen, sondern ihnen die Chance zu geben, als Produzentinnen und Produzenten aktiv zu werden und das für sie bestimmte Angebot mitgestalten zu dürfen. Das Internet bietet verschiedene neue Formen der Integrationsunterstützung, die es im analogen Zeitalter nicht gab. Dies bestätigt auch die Rückmeldung von Migrantinnen und Migranten der ersten Generationen, die sich solche Möglichkeiten rückblickend ebenfalls gewünscht hätten.

Kontrollverlust als Risiko?

Insgesamt zeigt sich, dass das Internet als Möglichkeitsraum für Selbstbestimmung oder sogar als Selbstverwirklichungsinstrument verwendet werden kann. Eine Teilnehmerin führt Online-Studiengänge als Beispiel für Selbstbestimmung durch Internetnutzung an. Geflüchtete nutzen diese Angebote, wenn die eigene Studienaufnahme durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch nicht genehmigt ist. Das Beispiel von „Witten in our eyes“, bei dem Geflüchtete weitestgehend selbstbestimmt arbeiten, lässt allerdings auch die Frage nach staatlicher Kontrolle aufkommen. Wie ist sicherzustellen, dass solche Seiten nicht politisch instrumentalisiert werden? Wie



viel staatliche Kontrolle brauchen selbstbestimmte Programme? Astrid Raith unterstützt die Produzierenden der Internetseite nur in ihrer Funktion als Ehrenamtliche, es besteht also keine staatliche Kontrolle. Eine Teilnehmerin befürchtet, dass solche Programme auch von Migrantinnen und Migranten der ersten Generation negativ beeinflusst werden können, indem sie dort eigene politische Ziele verbreiten. Dem wird entgegnet, dass der Verfassungsschutz in Deutschland digitale Entwicklungen breitgefächert und unbemerkt kontrolliert, demnach das Instrumentalisierungsrisiko zwar allgegenwärtig, aber dennoch abgrenzbar ist. Insgesamt gilt es, so der Konsens der Diskussion, einen praktikablen Mittelweg zwischen Selbstbestimmung und Kontrolle für digitale Integrationsprozesse zu finden.

Resilienz von Städten und Kommunen

Im Verlauf der folgenden Diskussion wird auf ein weiteres Problem aufmerksam gemacht: Wie belastbar sind die Städte in unvorhergesehenen Situationen? Verschiedene Beiträge zeigen auf, dass Ehrenamtliche und auch Geflüchtete während des Flüchtlingszuwachses des letzten Jahres digital besser organisiert waren als die Kommunen. Astrid Raith stellt dem entgegen, dass Städte und Gemeinden untereinander, aber auch gemeinsam mit Bundesinstitutionen gute Kooperationsnetze aufgebaut haben, um einen Informations- und Erfahrungsaustausch zu gewährleisten. Ihrer Erfahrung nach können auf diese Weise unterschiedliche Träger des öffentlichen Sektors durchaus voneinander profitieren. Allerdings ist die Notfallkompetenz von Städten deutlich gesunken, so ein Teilnehmer. Er berichtet, dass viele Arbeitsplätze abgebaut wurden und gleichzeitig auf die Implementierung von Notfallplänen verzichtet wurde und stellt die Forderung in den Raum, dass nun auf die Erfahrungen des letzten Jahres reagiert werden muss. Ein anderer Teilnehmer schließt sich dem an und hebt vor allem den Stellenabbau als dramatisches Problem hervor. Die Koordinierung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer konnte von staatlichen Stellen nicht geleistet werden. In Frankfurt entstand ein Büro mit zwei Mitarbeitern, das von elf Stiftungen für vier Jahre finanziert wurde, um ehrenamtliches Engagement zu koordinieren. Anhand dieses Beispiels zeigt sich, so ein weiterer Beitrag, dass staatliche oder kommunale Aufgaben vermehrt von der Zivilgesellschaft oder von Stiftungen übernommen werden. Doch können Städte nicht für alle Notfallsituationen Stellen vorhalten, wirft ein anderer Teilnehmer ein. Vielmehr kommt es darauf an, Notfallstrukturen zu schaffen, um bei Bedarf Helferinnen und Helfer schneller zu erreichen. Er verweist auf das Beispiel der Städte mit Hochwasserproblemen, die deutlich besser auf die Flüchtlingsfrage reagiert haben als andere Städte. In erster Linie ist es wichtig, so ein Ergebnis der Diskussion, dass die Kommunen sich nicht weiter vor der Digitalisierung verschließen. Es gilt aus vergangenen Fehlern zu lernen und Erfahrungen als Chance zu nutzen, um Städte besser auf unvorhergesehene Situationen vorzubereiten. Auch öffentlich-rechtliche Medien müssen aus solchen Gründen digitalisiert werden, ergänzt ein Beitrag. Denn diese sind Grundpfeiler der Demokratie, weshalb es besonders wichtig ist, dass sie im Zeitalter der Digitalisierung weiter bestehen können und eine angemessene Reichweite behalten.



Verführung oder Selbstbestimmung?

Die drei Runden des Dialog-Cafés zu Integrationspotenzialen im digitalen Zeitalter zeigen, wie stark Selbstbestimmung durch Internetnutzung unterstützt werden kann. Im Zusammenhang des ersten Inputs wird das Internet als Möglichkeitsraum für die Eröffnung transnationaler Räume im Sinne von Selbstverwirklichung beleuchtet. Integration kann demzufolge über drei Faktoren, nämlich Kommunikation und Gemeinschaftsbildung, Partizipation in der Aufnahmegesellschaft und Informationsaustausch gestärkt werden. Von den Teilnehmenden wird dies auch als demokratisches Potenzial des Internets und digitales Empowerment charakterisiert. Hervorgehoben wird, dass es keine sinnvolle Trennung von digitalen und analogen Bereichen geben kann. Vielmehr bedingen sich die beiden Bereiche gegenseitig, wobei digitale Angebote für analoge Bedürfnisse geschaffen werden müssen.

Die Inputs zur Integration Geflüchteter mithilfe digitaler Medien zeigen auf, wie relevant der Zuschnitt von Programmen auf die Zielgruppe ist. Dazu gehört auch, so ein Konsens der Diskussionsrunden, Programme auf kommunaler, regionaler und bundesweiter Ebene anzubieten und miteinander zu vernetzen. Insgesamt zeigt sich schon heute, wie hilfreich das Internet für die Integration von neu zugezogenen Menschen sein kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre, die im Zusammenhang des Zuzugs Geflüchteter gemacht wurden, bieten außerdem die Chance, aus anfänglichen Fehlern zu lernen: Kurzfristig können verbesserte digitale Strategien für Geflüchtete und Ehrenamtliche entwickelt werden. Dazu zählt auch die Anpassung und Weiterentwicklung von bereits etablierten Tools. Langfristig müssen sich Städte besser auf Notfallsituationen vorbereiten. Benötigt wird eine fortschreitende Digitalisierung in den Kommunen, um in unvorhergesehenen Situationen schneller reagieren zu können.

Resümees

Gabriele Abels, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, fasst die Ergebnisse des Dialog-Cafés zusammen: Die Digitalisierung bietet Migrantinnen und Migranten viele Möglichkeiten. Digitale Medien sind dabei Hilfsmittel, um auf analoge Bedürfnisse reagieren zu können. Sie können einerseits zum Kontakt innerhalb ethnischer Gemeinschaften und für die Kontaktpflege zu den Herkunftsländern beitragen, andererseits Informationsangebote und Integrationspotenziale in der neuen Heimat zur Verfügung stellen.

Migrantinnen sind dabei nicht nur Konsumentinnen von digitalen Medien, wie beispielsweise Apps, sondern sie können auch als Produzentinnen aktiv werden. Es ist wichtig, aus den Fehlern der Integrationspolitik in der Vergangenheit zu lernen und aktive Strategien der Einbindung in die Ankunftsgesellschaft zu gestalten. Digitale Angebote müssen auf unterschiedliche Adressatenkreise im Hinblick auf ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und Bildungsstand zugeschnitten sein, damit sie genutzt werden und Integrationsprozesse unterstützen können. Digitale Medien können aber auch Probleme mit sich bringen. Sie können zur politischen Instrumentalisierung oder als Medium zur Radikalisierung missbraucht werden. Damit im Internet keine von der Aufnahmegesellschaft abgeschlossenen Räume entstehen, gilt es verschiedene Internetseiten und Communities zu vernetzen. Auch benötigt es eine gewisse Kontrolle und ausreichend Aufklärungsangebote, um Gefahrenpotenzialen wie der politischen Instrumentalisierung vorzubeugen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass das Internet als wichtiges Medium zur Förderung von Integrationsprozessen mit neuen Potenzialen bewertet werden kann. Gesellschaftliche Teilhabe und Informationsaustausch werden durch digitale Medien befördert. In Zukunft wird es darum gehen, diese Potenziale weiter auszubauen, ohne die Risikofaktoren des digitalen Zeitalters auszublenden.



Dialog-Café 5: Nachhaltigkeit in der „Smart City“

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Jens Libbe, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Christoph Stroschein, GESI Deutsche Gesellschaft für Systeminnovation mbH, Berlin

Hilmar von Lojewski, Deutscher Städtetag, Berlin

Begleitung: Prof.-Ing. Julian Wékel, Deutsche Akademie für Städtebau, Berlin

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Marc Pirogan und Peter Lonitz

Neue Technologien auch in der Stadtplanung: Im digitalen Zeitalter streben „Smart Cities“ nach kontinuierlicher Selbstoptimierung. Dabei sind die Städte einerseits in einem globalen Wettbewerb untereinander, andererseits in der sozialen Verantwortung gegenüber ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. In diesem Spannungsfeld kommt Aspekten wie Nachhaltigkeit, ökonomische Anreize und Gemeinwohl eine tragende Rolle zu.

„Smart City“ – ein schwammiger Begriff

Jens Libbe beginnt seinen Impulsvortrag mit einer Erläuterung zum Begriff „Smart City“ und gibt anschließend einen Einblick in die derzeitige Umsetzung bereits bestehender Konzepte. Der Begriff „Smart City“ ist ungefähr so alt wie das Internet, wird aber erst seit Anfang des Jahrzehnts durch die Wissenschaft verwendet. Private Dienstleister gehen mit eigenen Produkten unter diesem Label auf Städte zu, sodass eine zunehmende Dynamik entstanden ist. Eine abschließende Bestimmung des Begriffs existiert nicht. Vielmehr lässt sich umschreiben, was darunter zu verstehen ist. Im Großen und Ganzen umfasst „Smart City“ die Wirkung von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien auf Prozesse in Städten, auf die Steuerung von städtischen Systemen sowie auf Fragen der Stadtentwicklung an sich. Damit werden vielfache Gestaltungsvorstellungen verbunden – aber kein allgemein akzeptiertes Leitbild. So geht es darum, die Innovationskraft von Städten zu stärken, damit sie sich als zukunftsfähige Produktionsstandorte etablieren können. Die Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz in verschiedenen städtischen Bereichen steht insbesondere in Deutschland weit oben auf der Agenda. Mit „Smart City“-Konzepten geht unter bestimmten Umständen eine Überwindung städtischer Funktionstrennung einher. Außerdem soll die urbane Sicherheit gestärkt sowie die soziale Teilhabe, Versorgung und Lebensqualität in Städten verbessert werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Koordinationsprozesse zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu optimieren. Je nach Gesprächspartner und Interessenlage dominieren unterschiedliche Aspekte dieser Gestaltungsvorstellungen. Jedes dieser

Ziele ist verknüpft mit der Erwartung eines Ausbaus digitaler Infrastruktur, nicht nur von Breitbandnetzen, sondern auch der stärkeren Verbreitung von Geräten zur Datenerhebung und -übertragung.

Räumliche Wirkung und Umsetzung in der Praxis

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob mit der Implementierung der neuen Technologien eine Stärkung oder Schwächung bestimmter städtischer Räume, auch unter dem Blickwinkel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, einhergeht. Findet eine Zentralisierung oder Dezentralisierung von Städten statt? Zu diesen Fragen gibt es momentan noch keine Forschungsbefunde. Derzeit werden „Smart City“-Projekte nur in wachsenden Großstädten und nicht in „abgehängten“ Kommunen realisiert. Im internationalen Vergleich finden sich die wirklich großen Projekte im asiatischen Raum, präziser im Fernen Osten und in den Golfstaaten. Dort werden neue Quartiere und Städte am Reißbrett entworfen und anschließend umgesetzt. Die zwei bekanntesten Beispiele hierfür sind Masdar City in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Songdo in Südkorea. Der Fokus liegt dort auf dem Einsatz von Technologien, denen mit einer sehr optimistischen Haltung begegnet wird. Blickt man in die USA, so liegt dort das Augenmerk primär auf prozessoptimierender Verwaltung, dem sogenannten „Smart Government“. In Deutschland stehen Ökologie und Nachhaltigkeit als Hauptthemen auf der Agenda: Wie lassen sich im Zuge der Energiewende erneuerbare Energien in die Versorgungssysteme integrieren, um energie- und ressourceneffizienter zu werden? Hierzulande entwickeln vor allem Städte ab einer Größenordnung von etwa 250.000 Einwohnern eigene „Smart City“-Konzepte, verbunden mit dem Thema Wirtschaftsförderung und mit dem Anwerben von Start-Ups und Spin-Offs. Verbreitet finden sich Projekte, die Konversionsflächen neu bespielen und die Entwicklung von Wohnquartieren beispielsweise mit Elektromobilität, mit intelligenter Gebäudesteuerung und neuen Versorgungsdienstleistungen kombinieren. Generell zeichnet sich jedoch ab, dass sich umso weniger „Smart City“-Ansätze und eher überschaubare Projekte finden, je kleiner die Gemeinden sind.

Daten als Rohstoff der „Smart Cities“

Kommunen müssen sich dem zentralen Thema Big Data stellen: In welchem Umfang werden Daten erhoben und wer ist dafür zuständig? Sollen die Kommunen vielleicht auch stärker selbst aktiv werden, oder überlässt man dies doch besser anderen Akteuren? Konkret ist zu entscheiden, ob kommunale Unternehmen zukünftig Daten-Clouds bereitstellen, ein Bereich, in dem sich bisher nur IT-Dienstleister betätigen. Mit der Frage, wie Daten gesammelt, interpretiert und aggregiert werden, kommt ein normativer Faktor ins Spiel, der sich konkret auf die Stadtentwicklung auswirkt. Dient etwa die Sammlung und Aggregation von Daten im Bereich Mobilität der Förderung von elektrischer Automobilität oder ist es der Versuch, Mobilität insgesamt, und damit alle Formen von Mobilität in Städten, besser zu koordinieren? Die digitale Vernetzung hat außerdem immense Folgen für die Zivilgesellschaft. Bürger organisieren sich heutzutage verstärkt in den sozialen Netzwerken. Das hat auch Auswirkungen auf den physischen Raum und damit auf Stadtentwicklungsprozesse. Die Sharing Economy sowie neue Versorgungs- und Nachbarschaftsformen, die im Internet organisiert werden, sind Beispiele dafür.

Womit sollte sich die Wissenschaft befassen?

Abschließend eröffnet Jens Libbe eine Perspektive in die Zukunft und stellt Fragen an Wissenschaft und Forschung. Zum einen braucht es ein stärker systemisches Verständnis von „Smart Cities“. Was bedeutet Digitalisierung für Stadtentwicklung überhaupt? Themen wie (De-)Regulierung, Sicherheit, Vernetzung sowie die Chancen und Risiken fortschreitender infrastruktureller Kopplungen müssen näher betrachtet werden. Geht die Entwicklung in Richtung einer Pluralisierung oder einer Uniformierung von Versor-

gungsformen? Wer sind die Verlierer, wer die Gewinner in den städtischen Quartieren? Integrierte Lösungen werden oft versprochen, in der Praxis wird jedoch häufig noch in Funktionsteilungen gedacht. Ist die „Smart City“ überhaupt schon angekommen in der kommunalen Planung? Welche Folgekosten neuer Technologien sind in den Geschäftsmodellen der Unternehmen enthalten? Zum anderen fordert Jens Libbe ein Gegengewicht zu den durch große IT-Dienstleister vorangetriebenen Prozessen durch eine stärkere normative Verortung auf Seiten der Städte. Wohin will man eigentlich in Zukunft? Städte dürfen nicht nur reagieren, sondern müssen sich ihrer Ziele vergewissern und diese anschließend auf die einzelnen Handlungsfelder herunterbrechen. Wo kann die Digitalisierung den Städten nützlich sein, wo vielleicht auch nicht? Problematisch ist aus wissenschaftlicher Perspektive zudem, dass viele Forschungsgesellschaften an die Industrie gebunden sind. Deshalb ist mehr unabhängige Forschung dringend notwendig. Reallabore wären der Ort, um die angesprochenen planerischen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen eingehender zu untersuchen und gerade auch unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten anzugehen.

Normative Selbstvergewisserung oder Technokratie

In der anschließenden Diskussion wird thematisiert, inwieweit eine normative Orientierung im Handlungsfeld „Smart Cities“ notwendig ist. Auf der einen Seite steht das Plädoyer für eine aufgeschlossene Haltung, was einschließt, die Experimente aus der Wirtschaft zu begrüßen. Andere fordern a priori einen kritischen Blick. In Songdo, Südkorea, wurde beispielsweise, bei starker Konzentration auf technologische Aspekte, der Faktor Mensch zu wenig in die Stadtplanung miteinbezogen. Normative Fragen bezüglich der sozialen Kommunikation und des Miteinanders von Menschen sind völlig ignoriert worden. Die Möglichkeiten der Technik wurden in positiver Erwartung ausgereizt. Stadtplanerische Fehler der 1960er und 70er Jahre wiederholen sich derzeit. Dennoch werden die komplett digital vernetzten Städte in der Öffentlichkeit als „tomorrow's cities“ bezeichnet, so auch in den westlichen Medien. Im Zuge der Digitalisierung gerät der „human scale“ wieder aus dem Blick und die Betitelung von Städten als „smart“ verführt dazu.

Europa und Asien im Vergleich

Am – von der Deutschen Telekom unterstützten – „Smart City-Projekt“ in Friedrichshafen lassen sich die beiden Zugänge zu dem Thema verdeutlichen. Einerseits gibt es die technokratisch-technikverliebte Herangehensweise. Andererseits können die Unternehmen mit den Städten in einen Dialog treten und erörtern, was dort überhaupt gewünscht und benötigt wird. Ein Beispiel: Im Fall der technikaffinen asiatischen Großstädte führen die installierten Sensoren im Wesentlichen zu mehr Überwachung, Steuerung und Kontrolle. In Europa hingegen, zum Beispiel in Wien, verhindern kritische zivilgesellschaftliche Akteure, alles technologisch Mögliche unhinterfragt anzuwenden. Die Bevölkerung muss sich gegen die großen Konzerne wehren, die diese Prozesse in erster Linie antreiben. Städte und Gemeinden sind für diese Auseinandersetzungen zu stärken. Weiter wird in der Runde festgestellt, dass es im (west-)europäischen Raum, anders als in Asien, keine einzige Großstadt mit über zehn Millionen Einwohnern gibt. In Fernost, wo die meisten „Smart City“-Projekte entstehen, teilen sich die acht führenden Technologieunternehmen den Markt auf. Die dortigen Städte fungieren als Entwicklungslabore. Technische Standards der „Smart City“ werden gesetzt, um die fertigen Konzepte anschließend auf dem europäischen Markt „ausrollen“ zu können. Der Markt umfasst einen geschätzten Wert von mehreren Tausend Milliarden Euro. Bei diesen Beträgen ist es kein übertriebener Pessimismus, die Lage für Bürgerinteressen und mittelständische Unternehmen als bedrohlich wahrzunehmen. Auf der anderen Seite, wird entgegnet, ist dieser ökonomisch getriebene, globale Prozess „normal“ und auch in der Vergangenheit schon so abgelaufen. Deutsche Unternehmen wie Siemens sind mit im Spiel, und es liegt im Eigeninteresse der großen Unterneh-



men, den Markt zu besetzen und Normen festzulegen. Die entscheidende Frage ist, wie eine Gesellschaft damit umgeht, ohne zu sehr in Alarmstimmung zu verfallen.

„Smart and Sustainable Cities“ als Gefäß

Jens Libbe plädiert dafür, die Entwicklungen in Asien nicht per se zu verdammen. Dort geschehen durchaus potentiell wichtige Innovationen, die adaptiert werden können. Dazu muss eine stärker vergleichende Perspektive angelegt werden, was bisher in der Forschung kaum der Fall ist. Interessant ist außerdem, dass in Europa, insbesondere in den kleineren Ländern, sehr spielerisch mit dem Begriff umgegangen wird. Unter dem Label „Smart City“ wird beispielsweise in Wien integrierte Stadtentwicklung betrieben, um so lukrative EU-Fördergelder zu erhalten.

Hilmar von Lojewski erinnert an die UN-Habitat-Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung, die im Oktober in Quito stattfand. Im Abschlussbericht fiel der Begriff „Smart City“, wie er erfreut feststellt, nur ein Mal. Ein vom Deutschen Städtetag eingebrachtes Inputpapier zum Thema „Urban Services and Technologies“ fand Eingang in die beschlossene „New Urban Agenda“. Dort wurde festgehalten, dass man das Thema entweder den Technokraten und Ingenieuren überlassen kann oder eine integrierende und inklusive Stadtentwicklung betreibt, die mit ersterem schwer vereinbar ist. Bisher wurde auf UN-Ebene eine stark technologisch konnotierte Linie gefahren. Nun wird häufiger von „Smart and Sustainable Cities“ gesprochen – letztlich ein Gefäß, das eine Stadt beliebig füllen und somit auch integrierte Stadtentwicklung betreiben kann.

Christoph Stroschein, der den Vorsitz des DIN/DKE-Lenkungsgremiums Smart Cities innehat, fügt hinzu, dass die Europäer eine schlechte Lobby-Arbeit leisten. An Treffen, beispielsweise in Singapur, nehmen dann beispielsweise 20 Asiaten und nur drei Europäer teil. Auch er bestätigt, dass die meisten Städte beim Thema „Smart City“ keine klaren Zielvorstellungen haben. Europäische Städte verfügen über eine viel länger gewachsene Infrastruktur als die asiatischen. Entscheidungsträger in Europa müssen sich noch stärker über die eigene Funktionsweise der Städte und die damit verbundenen Probleme und potentiellen Ziele Klarheit verschaffen. Erst so können sinnvolle Lösungen gefunden werden, mit denen sich die Bevölkerung identifizieren kann. Die Frage, ob und mit welchen Technologien Städte Geld sparen können, muss mehr in den Vordergrund rücken, zumal viele jetzt schon nicht mehr in der Lage sind, ihre Infrastruktur zu erhalten.

Akteure, Interessen und Unsicherheit

Christoph Stroschein führt die zweite Runde des Dialog-Cafés mit einem Perspektivwechsel in die Praxis fort. Im DIN/DKE-Lenkungsgremium Smart Cities befasst er sich mit dem Schnittstellenmanagement der neuen Technologien. Wie funktionieren diese zukünftig zusammen? Welche Standards und Normen werden dafür gebraucht? Wie



sich überblickend feststellen lässt, wird das Thema auch nach mehreren Jahren nicht produktiv angegangen. Die Kommunen weisen darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Stadtentwicklung bei ihnen liegt. Unternehmen finden jedoch keine geeigneten Ansprechpartner und wenn doch, dann mangelt es am Verständnis für die Denk- und Vorgehensweise der anderen Seite. Es fehlt ein Technologie-Monitoring. Die Technologizeyklen einerseits und die Innovationszyklen der Städte andererseits klaffen zudem immer stärker auseinander. Es bestehen grundlegende methodische und konzeptionelle Unsicherheiten. Die Industrie betreibt nicht einfach nur Lobbyarbeit. So entwickelt die deutsche Autoindustrie mittlerweile Strategien, um in Zukunft weniger Autos zu produzieren. Das Lenkungsgremium Smart Cities vermittelte den Kontakt zwischen Kommunen und Vertretern der Automobilunternehmen, damit diese sich über die Ziele der Stadtentwicklung informieren konnten. Wie sich dabei herausstellte, ist der Industrie die Komplexität der Städte nicht bewusst. Doch wenn Unternehmen den Städten maßgerechte Lösungen anbieten, kommen oft politische Probleme ins Spiel. Man will eine CO₂-ärmere Stadt und konzipiert integrierte Verkehrslösungen, die einen Wegfall von Parkplätzen bedeuten. Dagegen sträubt sich in der Praxis dann der amtierende Dezernent, weil er um seine Wiederwahl fürchtet.

Politische Vermittlung als Problem

Wenn die Politik reguliert und feste Größen einführt, kann auch die Industrie in neue Produkte investieren, sodass eine Win-win-Situation entsteht. Politiker monieren allerdings, dass sie komplexe Entwicklungsprozesse nicht mehr transparent kommunizieren und politisch verankern können. Für alle Beteiligten vorteilhafte Lösungen sind der Wählerschaft aufgrund dieser steigenden Komplexität nicht mehr zu vermitteln. Die Städte, mit denen Christoph Stroschein zusammenarbeitet, berichten außerdem von Problemen im Bereich der Bürgerbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger wollen mittlerweile nicht mehr nur beteiligt werden, sondern selbst mitentscheiden, was das Beste für ihre Stadt ist. Die Selbstorganisation der Bürger, auch unter Einsatz der neuen Medien, nimmt zu. Die Politik gerät immer mehr in einen Reaktionsmodus und kann selbst nicht mehr proaktiv handeln.

„Smart Cities“-Konzepte betreffen zudem ein viel weiteres Feld als bisher diskutiert wird. So sind etwa die Veränderungen in der Arbeitswelt miteinzubeziehen. Wie viele Aspekte in der Diskussion über „Smart Cities“ zu berücksichtigen sind, demonstriert Christoph Stroschein an einem Beispiel aus dem Bereich des Gesundheitswesens. Krankentransporte chronisch kranker Patienten aus dem ländlichen Raum zu Untersuchungs- und Behandlungsterminen erzeugen hohe Kosten, die auf Dauer nicht finanzierbar sein werden. Hier ist ein intelligentes nachhaltiges Transportkonzept zu entwickeln, zum Beispiel auf Grundlage eines koordinierten Systems der Vergabe von Arztterminen. Die dafür notwendige holistische Methodik wird bisher nur bei Google und vergleichbaren Unternehmen aus dem Silicon Valley angewandt. Nur diese sehen die Zusammenhänge. Die Stadt hat die Aufgabe, sich diesem systemischen Gesamt-

komplex zu stellen, um so tragfähige, digitale Konzepte zu entwickeln. Es wird gefragt, ob die vertikale Organisation von Stadt in Zukunft noch sinnvoll ist. Hier müssen stärker horizontale Lösungen und neue Managementkonzepte für die Schnittstellen zwischen verschiedenen Bereichen erprobt werden.

Löst Technologie die Probleme der (Stadt-)Gesellschaft?

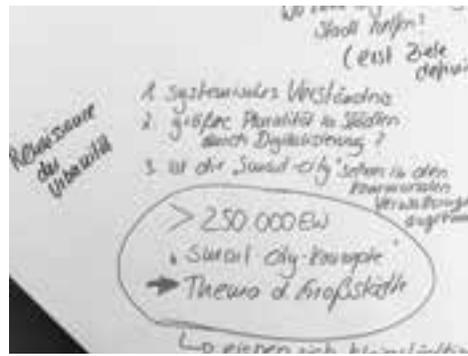
Auf den Vortrag folgt der Einwurf, dass es eine Vielzahl technischer Probleme gibt, wie etwa im Bereich der Versorgung mit Gas und Wasser, der Verkehrsinfrastruktur und auch des kommunalen Managements, die sicherlich durch neue Technologien effizienter gelöst werden können. Prozesse der Bürgerbeteiligung jedoch lassen sich nicht unbedingt technologisch optimieren. Digitale Bürgerbeteiligung ist erheblich aufwendiger und erreicht nur einen bestimmten Ausschnitt der Bevölkerung. Soziale Probleme sind nicht auf technischem Weg zu beheben, und dass die Wirtschaft neue Methoden und Verfahren entwickeln wird, die sich zur Lösung sozialer Probleme eignen, ist zu bezweifeln. Ein ehemaliger Bürgermeister spricht die Motive an, die nach seiner Erfahrung Städte veranlassen, sich um „Smart City“-Lösungen zu bemühen. Oft werden damit Marketing-Strategien verfolgt, um die Stadt im internationalen Kontext für Investoren und Start-Ups attraktiv zu machen. Zusätzlich besteht die Hoffnung, Start-Up-Konzepte verwaltungsintern zur Modernisierung der Prozesse einsetzen zu können. Diese Erwartungen werden allerdings oft enttäuscht, wenn auf Phasen der enthusiastischen Implementierung die große Ernüchterung folgt. Es sind die Beschäftigten der kommunalen Verwaltungen, die darauf vorbereitet werden müssen, Herausforderungen anzugehen. Zudem müssen neue Wege der Bürgerbeteiligung erschlossen werden. Die Start-Up-Konzepte sind keine Drehbücher, die einfach übernommen werden können. Probleme der Urbanität betreffen die ganze Stadtgesellschaft und sind sozialer Natur. Das ist der Punkt, an dem dringend wieder stärker anzusetzen ist. Diese Einschätzung findet bei weiteren Teilnehmenden der Runde Zustimmung.

Wer beteiligt sich eigentlich an der Stadtentwicklung und in welchem Maß?

Jens Libbe warnt davor, ausschließlich die Sichtweise der Nutzerinnen und Nutzer kommunaler Infrastruktur zu berücksichtigen. Planungsverfahren mit diversen Akteuren und interdisziplinärer Perspektive sollten ermöglicht werden, um gemeinsam über städtische Entwicklung nachzudenken. Die Bürger interessieren sich primär für Fragen der Daseinsvorsorge und die Versorgung mit Dienstleistungen. Ihre Bedürfnisse sollen selbstverständlich auch Eingang in die Umsetzung finden, jedoch haben sie Ressourcen- und Finanzierungsfragen nur selten im Blick. Dafür müssen die jeweils zuständigen Akteure sorgen. Christoph Stroschein weist noch einmal darauf hin, dass die Distanz zwischen Bürgern und Staat in dramatischem Ausmaß wächst. Dies drückt sich in den jüngsten politischen Entwicklungen aus. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, wie die Interessen der Bürger Beachtung finden. Stadtentwicklung muss künftig unbedingt integriert gedacht werden, um Interessenskollisionen möglichst zu vermeiden. Es wird eingewandt, dass gute Stadtentwicklung auch bisher integriert gedacht wurde. Wenn anstehende Fragen nicht angemessen gewichtet und nur noch vernetzt betrachtet werden, „landen“ am Ende alle an der Spitze der Hierarchie, also in der Regel beim Oberbürgermeister. Es sollte jedoch darum gehen, die zuständigen Entscheidungsträger auf allen Ebenen auch zum Entscheiden zu befähigen. Noch wird möglicherweise zu viel in Hierarchien gedacht; Digitalisierung könnte zur Problemlösung beitragen.

Lobbyismus versus Innovationsfähigkeit der Wirtschaft

Die Frage an Christoph Stroschein, ob aufgrund der aktuellen Unklarheit und Unwissenheit bezüglich des Themas auch viel „Unsinn“ an Städte verkauft wird, sowie einige kritische Bemerkungen zur Geschäftspraxis der Unternehmen aus dem Silicon Valley werden in der Runde als industrie-feindlich kritisiert. Julian Wékel weist darauf



hin, dass es unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven, verknüpft mit ihren jeweiligen Rollen, gibt. Die Privatwirtschaft und unternehmerisches Handeln haben in der vergangenen gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder folgenreiche Innovationen angestoßen. Das Auto hat beispielsweise Veränderungen in der Stadtentwicklung ausgelöst, die sich mittlerweile mit einigem Abstand als nicht nachhaltig herausgestellt haben. Durch eine rein auf Digitalisierung angelegte Stadtentwicklung lassen sich Nachhaltigkeitsziele nicht unbedingt erreichen. Dennoch sollte dieser Weg beschritten werden, da er Lösungsprozesse beschleunigen kann. Die seitens der Privatwirtschaft vorangetriebenen Veränderungen, die Nachhaltigkeits- und Stadtentwicklungszielen nicht gerecht werden, müssen auf einen normativen Austausch hin reguliert werden.

Christoph Stroschein plädiert für eine Versachlichung der Diskussion. Die Perspektive der Industrie, jene der Bürgerinnen und Bürger und die der Stadtentwicklung sind nicht deckungsgleich. Es muss ein neuer Umgang, eine neue Methodik der konstruktiven Lösungsfindung gesucht werden. Innovationen entstehen heute so schnell, dass Städte kaum noch reagieren können. Um Bürgerinteressen geltend zu machen und Stadtentwicklung sinnvoll zu gestalten, sind neue Wege zu erschließen, die zeitoptimierter ablaufen. Ob der Einsatz neuer technologischer Produkte im Einzelnen sinnvoll ist, müssen die Kommunen genau prüfen. In der Industrie besteht nach seiner Einschätzung allerdings die Bereitschaft, sich auf die Bedarfsträger einzulassen, sofern sie denn artikulationsfähig sind.

Finanzierungsprobleme der Kommunen

Hilmar von Lojewski berichtet in seinem Impulsvortrag von Erfahrungen in seiner Funktion als Beigeordneter des Deutschen Städtetags. Demnach bietet die Industrie unter dem „Label Smart City“ nicht nur Lösungen an, die auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Städte zugeschnitten sind. Es ist eher der Fall, dass ein globaler Roll-Out von Technologien stattfindet. Das von Christoph Stroschein geforderte Gespräch auf Augenhöhe zwischen Industrie und Kommunen hält er für den richtigen Weg. Wenn die Entwicklung in Richtung Digital Urban Governance in den Städten nur zögerlich vorankommt, liegt das nicht an deren Unfähigkeit, sondern daran, dass öffentliche Investitionen seit 1970 in den deutschen Städten kontinuierlich abnehmen. Das Verhältnis von Investitionen zu Sozialausgaben beträgt mittlerweile, je nach Kommune, eins zu fünf bis eins zu zehn. Die Kommunen haben, bis auf diejenigen in den beiden südlichsten deutschen Bundesländern, größtenteils eklatante Finanzierungsprobleme. Soll also technologischer Wandel im Kontext integrierter Stadtentwicklung betrieben werden, gilt es, die Kommunen dazu in die Lage zu versetzen. Die Industrie fordert permanent einen staatlichen Infrastrukturausbau. Daran muss sie sich jedoch stärker beteiligen. Städte sind durchaus interessiert an technologischem Wandel und sie setzen auch ganz pragmatisch den Terminus „Smart City“ für ihre Zwecke ein.

Standardisierung und Normung als Problem

Normung und Standardisierung von „Smart Cities“ auf globaler, europäischer und nationaler Ebene engen den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden massiv ein, wogegen diese sich wehren. Es gibt immer noch und wird auch weiterhin nicht-netzaffine Menschen geben. Deshalb muss eine duale Struktur, sowohl virtuell als auch physisch, erhalten bleiben, was mit einem Mehraufwand für die Kommunen verbunden ist. Zudem findet dieser Normungsprozess weitestgehend ohne kommunalen Einfluss statt. Mit der Festlegung auf interessenfokussierte Indikatoren geht eine „Form von Fremdbestimmung zu Beschaffungsmustern“ einher. Schlechte Rankings führen zu schlechtem Image der Städte und haben so direkten Einfluss auf das Investitionsverhalten in globalen Märkten. Hilmar von Lojewski kritisiert die Praxis der EU, die vor acht Jahren beim Start der Vergabe von Fördermitteln im Bereich „Smart Cities“ Public Private Partnerships zwischen Städten und Unternehmen zur Voraussetzung machte. In der Explorationsphase mussten sich Städte damit bereits an ein Unternehmen binden. Dies hält er für einen „europapolitischen Sündenfall“ unter Beteiligung der EU-Kommission. Im Gegensatz zur Industrie waren die Kommunen an der Konzeption solcher Programme nicht beteiligt, obwohl die technologische Revolution bei ihnen stattfindet.

„Smart Cities“ sind nicht per se nachhaltig

Um durch den Einsatz digitaler Technologien Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, ist es erforderlich, sich an bestehenden, weltweit gültigen UN-Zielen zu orientieren. In diesen Vereinbarungen sind alle Indikatoren zur Prüfung von „Smart City“-Investitionen enthalten. Problematisch ist es hingegen, wenn auf globaler und europäischer Ebene „Smart Cities“-Konzepte und Nachhaltigkeit per se „in einen Topf geworfen“ werden. Städte sollen sich den Begriff „Smart“ durchaus zu eigen machen, aber die Inhalte auf demokratisch legitimiertem Weg selbst bestimmen können. Normungen und Standardisierungen gefährden dies.

Suffizienz ist Hilmar von Lojewski zufolge ein intelligenter Maßstab für Effizienz. Die angebotenen Technologien sind jedoch oft nicht suffizient, sondern „over-engineered“, überfrachtet mit unnötigen Funktionen. Kommunen sind aufgrund von Standards und Normvorgaben in vielen Fällen aber gezwungen, diese Produkte zu beschaffen und zu unterhalten. Ein Beispiel: Signaltechnik im Bereich der Verkehrsinfrastruktur veraltet schnell und kann oft nicht modular, sondern nur komplett ausgetauscht werden. Nachhaltige Lösungen setzen voraus, Suffizienz und Technologie zusammen zu denken.

„Open Data“ – Chance oder Problem für die Städte?

Im folgenden Gespräch fordert Christoph Stroschein, dass Industrie und Politik gemeinsam messbare Zukunftsziele festlegen, die an konkrete Fristen gekoppelt sind. Nur so ist gewährleistet, dass sich politische Entscheidungsträger auch immer wieder ihrer Verantwortung stellen. In der Runde wird auf das Stichwort Gemeinwohl Bezug genommen. Für den Bereich „Open Data“, der sehr eng mit dem Thema „Smart Cities“ verbunden ist, wurden die wesentlichen Entscheidungen über Standards auf EU-Ebene bereits getroffen. Damit sind Marktzutritts-Barrieren für mittelständische Unternehmen entstanden, aber auch Bürgerinnen und Bürger können nur noch eingeschränkt Einfluss nehmen. Gefragt wird, welche Spielräume überhaupt noch vorhanden sind. Was im Vertrag von Maastricht 1992 noch als Transparenz und Bürgerfreiheit betitelt war, wurde in den Folgejahren immer technologielastiger und im Interesse der Wirtschaft modifiziert. Das deutsche Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen von 2006 erleichtert weltweit den Zugriff auf öffentliche, in Deutschland erhobene Daten. Niemand weiß, welcher enormer Aufwand damit auf die Verwaltung, die bestimmte Daten erheben muss, zeitlich und finanziell noch zukommen wird. 2007 wurde von der EU

beschlossen, dass jedes Land kostenfrei jährlich aktualisierte Daten bereitstellen muss. Deren Erhebung bereitet besonders den krisengeplagten südeuropäischen Ländern massive finanzielle Probleme.

Hilmar von Lojewski stimmt zu, dass ein vollständiger Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Vor etwa zehn Jahren hatten die deutschen Städte noch in Erwägung gezogen, ihre Geodaten gemeinsam über eine zentrale Geschäftsstelle zu vermarkten. Dieses Modell wurde verworfen. Geodaten sind in vielen Städten bereits unter Verzicht auf jegliche Einnahmen frei zugänglich. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass Nutzer aus der Industrie einen volkswirtschaftlichen Mehrwert erzeugen, zum Beispiel durch Applikationen für die Mobilität. Auch wenn dies teilweise zutrifft, wird dafür plädiert, politisch wieder verstärkt auf den Aspekt „Dateneigentum“ zu setzen. Hier ist zukünftig eine ausgesprochen aktive Auseinandersetzung notwendig.

Resümee

Die erste Session, so fasst Julian Wékel als Begleiter des Dialog-Cafés seitens des Kleinen Konvents zusammen, verdeutlicht einerseits die weite Spanne unterschiedlicher Interpretationen des „Smart-Begriffs“ in der aktuellen Stadtentwicklungspolitik – vom rein werbewirksamen Stadtmarketing-Terminus bis zum differenziert um den Einsatz digitaler Technik ergänzten Anspruch integrierter, nachhaltiger Planung.

Die zweite Runde thematisiert vor allem den absehbar umfassenden Einfluss der Digitalisierung auf alle Handlungsbereiche städtischer Entwicklung und problematisiert die hierbei nahezu ausschließlich privatwirtschaftliche Initiative in der technologisch ermöglichten Neugestaltung von bisher der öffentlichen Daseinsvorsorge vorbehaltenen Dienstleistungen und Ausstattungen mit sozialen wie technischen Infrastrukturen.

Das dritte Gespräch sucht pragmatisch nach Potenzialen des Einsatzes der neuen Technologien für nachhaltige Entwicklungen. Es ist fokussiert auf den an die Gesellschaft gerichteten Auftrag, einen ganzheitlichen Lernprozess zum Umgang mit den Chancen und Risiken des Digitalen zu initiieren. Teilnehmende fragen nach öffentlicher Einflussnahme auf Ziele und postulieren eine demokratische Prozessgestaltung der Einführung von Digitalanwendungen, auch im Hinblick auf Themen wie Daten- und Persönlichkeitsschutz.



Dialog-Café 6: Medien und Journalismus zwischen Digitalisierung und Ökonomisierung

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Ulrike Röttger, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Anke Domscheit-Berg, Netzpolitikerin und Unternehmensberaterin, Fürstenberg

Prof. Dr.-Ing. Arnd Steinmetz, Hochschule Darmstadt

Begleitung: Wiebke Drews, European University Institute, Florenz

Moderation: Sebastian Fellner, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Alena Widder und Sebastian Fellner

Im Bereich der Medien und des Journalismus ist ein Wandel festzustellen, welcher maßgeblich durch eine voranschreitende Digitalisierung und Ökonomisierung gekennzeichnet ist. Wo liegen in diesem Zusammenhang Herausforderungen und Risiken für das Berufsbild des Journalisten? Wie gestalten sich neue Finanzierungsmöglichkeiten? Wie können Bürgerinnen und Bürger in diesen Veränderungsprozess mit einbezogen werden? Welche Potenziale bergen die neuen Mittel der Wissensverbreitung und welche Veränderungen gehen damit einher?

Medien und Journalismus – eine krisenhafte Situation?

Vorrangig durch Rückgänge in den Auflagen und im Anzeigengeschäft im Bereich der Printmedien wird ein steigender Ökonomisierungsdruck auf Medien und Journalismus immer sichtbarer. Dieser existenzielle Wandel wirkt sich maßgeblich auf die journalistische Arbeit aus, so der Konsens der Diskussionsrunden. Die schwindende Auflagenzahl der Printmedien und die vermehrte Nutzung alternativer Informationskanäle, abseits von Tageszeitungen und Fernsehen, sind nur einige Beispiele, die diesen Wandel belegen und die etablierten Medien vor eine immer größer werdende, teilweise existenzbedrohende Herausforderung stellen.

Ulrike Röttger referiert in ihrem Impulsvortrag in der ersten Session des Dialog-Cafés über die aktuelle Situation der deutschen Medien- und Presselandschaft. Fehlende Offenheit für zukunftsorientierte Schritte und ein mangelhaftes Engagement der deutschen Verlagshäuser kommen dabei zur Sprache. In dieser negativ konnotierten Debatte wird oft vergessen, dass der Veränderungsprozess auch Chancen und Potenziale mit sich bringt, die Raum für neue kreative Ansätze schaffen, so Ulrike Röttger. Demnach können vor allem andere journalistische Darstellungsformen und eine ideenreiche Herangehensweise dem Journalismus zu mehr gesellschaftlicher Bedeutung verhelfen. In diesem Kontext wird als Schlagwort der „konstruktive Journalismus“ genannt, der

problemlösungsorientiert über Entwicklungen und Zusammenhänge berichtet. Es wird festgehalten, dass diese neuen Ansätze eine großflächige Debatte erfordern, die nicht populistischen Akteuren und gewinnorientierten Konzernen überlassen werden darf. Des Weiteren werden Fragen nach der Sicherung von Qualität und der Verursachung von Qualitätsproblemen thematisiert. Eine Teilnehmerin spricht die Zunahme von boulevardesken Beiträgen in klassischen Qualitätsmedien und gezieltes Clickbaiting an. Dadurch sollen im Online-Bereich hohe Klickzahlen generiert werden, die wiederum als Finanzierungsinstrument dienen. Müssen hier neue Wege der Finanzierung gefunden werden, um einem Qualitätsverlust, der durch steigenden wirtschaftlichen Druck zu entstehen scheint, entgegenzuwirken?

Zudem wird diskutiert, ob es ein Recht auf geprüfte Informationen geben kann und welche Rolle Informationen und Medien für die Demokratie spielen. Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts und der unzähligen neuen Möglichkeiten, auf Wissen zuzugreifen sowie dieses zu verbreiten, schließt sich die Problematik der Ausgestaltung der neuen Strukturen an. Wenn Informationen denselben Stellenwert wie Bildung haben, sollte dann Qualitätsjournalismus auch in derselben Weise, mit Blick auf die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, gefördert werden und kann somit Journalismus zu einem Auftrag der Gesellschaft werden?

Alternative Finanzierungsmodelle

Diese Überlegungen werfen bei den Teilnehmenden zahlreiche Fragen zur Finanzierung des Journalismus auf. Insbesondere im Bereich des Online-Journalismus wird die Tragfähigkeit existierender Finanzierungsmodelle in Frage gestellt. Bei der Diskussion über Chancen und Risiken neuer Wege der Finanzierung wird die Vielfalt alternativer Finanzierungsvorschläge deutlich. Diskutiert werden unter anderem staatliche Subventionen, die Gründung von Stiftungen, Gebührenfinanzierung sowie Crowdfunding. Eine Finanzierung, die ausschließlich auf Abonnements basiert, scheint nicht mehr zeitgemäß zu sein. Auch eine Öffnung in Richtung Merchandising wird bereits von einigen Anbietern praktiziert und als alternatives Modell vorgeschlagen. Im Gespräch über verschiedene Finanzierungsmodelle stellt sich für die Teilnehmenden die Frage, ob das öffentlich-rechtliche System beibehalten werden soll oder überhaupt beibehalten werden kann? Sollte es beibehalten werden, so die Meinung einer Reihe von Teilnehmenden, ist eine entsprechende Weiterentwicklung und Modifizierung unabdingbar. Als eine weitere Facette in dieser Debatte wird ein möglicher Konkurrenzgedanke unter den öffentlich-rechtlichen Medien angesprochen. Entsprechendes Konkurrenzverhalten angesichts des steigenden Ökonomisierungsdrucks kann sich unter Umständen kontraproduktiv auf die eigentlichen Aufgaben dieser Medien, nämlich Zusammenhänge herzustellen und Sachverhalte zu erklären, auswirken.

Es wird klar, dass es wichtig ist, in der Diskussion zwischen Medien, Journalisten und Journalismus zu unterscheiden. Medien stehen, wie bereits aufgeführt, vor allem durch die zunehmende Ökonomisierung unter Umsatzdruck. Im Bereich des Journalismus ist tendenziell das Problem einer abnehmenden inhaltlichen Tiefenschärfe zu verzeichnen, was nach Auffassung einiger Teilnehmenden insbesondere für den Online-Bereich zutrifft. Die Verbreitung bestimmter Themen dient gezielt dem Stimmenfang und allein durch das Sammeln von Likes sowie das vermehrte Teilen von Inhalten erfahren diese Beiträge eine bessere ökonomische Verwertbarkeit. Damit geht zunehmend eine Einbuße hinsichtlich der Pluralität von Meinungen einher, wie eine Teilnehmerin des Dialog-Cafés anmerkt. Diese Entwicklung und diese Problematik werden nicht an einem Mangel an Kompetenzen seitens der Journalistinnen und Journalisten festgemacht, sondern sie können zu einem Teil auch durch prekäre Arbeitsverhältnisse erklärt werden. Diese sind durch Kurzzeitverträge und eine Bezahlung gekennzeichnet, die sich vor allem an Abrufzahlen orientiert. Zu den angesprochenen Lösungsansätzen

für dieses Problem gehören zu einem besseren Arbeitsbedingungen von Journalisten und das Angebot sicherer Arbeitsplätze. Ein weiterer Vorschlag der Teilnehmenden ist es, unterhalb der nationalen Ebene im Bereich des Lokaljournalismus anzusetzen und schon hier mit der Stärkung des Berufsbildes zu beginnen, um eine Verbesserung „von unten“ zu erreichen. Eine Überlegung hierzu bezieht sich auch auf die Adressaten des Lokaljournalismus. Denkbar sind eine weitere Verschlechterung und ein möglicher Zusammenbruch der lokalen Berichterstattung. Dies kann wiederum auf Seiten der Leserschaft eine Entfremdung und das Gefühl, nicht mehr ernstgenommen zu werden, hervorrufen. An dieser Stelle bedarf es nach Auffassung einer Teilnehmerin des Dialog-Cafés einer gezielten Unterstützung. Schließlich geht es in diesem Zusammenhang auch um die Frage, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf demokratische Prozesse haben können. Gerade weil Journalismus und Information eine zentrale Stellung in der Gesellschaft einnehmen und eine informierte Beteiligung der Menschen für die Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, wird betont, wie wichtig es ist, das Berufsbild der Journalistin zu erhalten, zu schützen und zu fördern.

Fragen der Qualität

Ein besonders relevanter Aspekt im Zusammenhang mit journalistischer Kompetenz ist die Sicherstellung von Qualität. Während bei etablierten Medien seltener von einem Kompetenzverlust die Rede ist, wird diese Kritik bei Online-Medien häufiger laut. Subjektivität im Journalismus wird von einer Teilnehmerin als Problem neuer Medien identifiziert. An dieser Stelle werden Fragen nach Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufgeworfen. Dabei ist man sich einig, dass es keine hundertprozentige Objektivität geben kann. Wem die Leserschaft schlussendlich ihr Vertrauen schenkt, liegt immer noch in ihrer eigenen Verantwortung. Deutlich wird, dass Qualitätsjournalismus die Finanzierung einer vielschichtigen und intensiven Ausbildung voraussetzt, zu welcher Disziplinen wie Recherche, Bewertung von Informationen, Schreiben und Moderation gehören.

Ein weiteres Thema ist die schon zuvor angesprochene Geschwindigkeit der Veränderungen einer technologisierten Welt und deren Auswirkungen auf die Medien. Diese Geschwindigkeit kann als Chance, aber auch als Gefahr wahrgenommen werden, so die Überlegung einer Teilnehmerin. Im Veröffentlichenden von Neuigkeiten sind digitale Medien den Printmedien, bezogen auf den Faktor Schnelligkeit, um einiges überlegen. Damit besteht zugleich ein höheres Risiko für die Verbreitung von nicht ausreichend recherchierten beziehungsweise geprüften Informationen und von Falschmeldungen. Für die Printmedien kann dies auch als Chance angesehen werden, denn sie stehen nicht unter einem vergleichbaren Reaktionszwang. Gegenüber vielen digitalen Medien verfügen Zeitungsjournalisten in der Regel noch über mehr Möglichkeit der Recherche, bevor eine Meldung veröffentlicht wird. Durch die Veränderung der Ausspielkanäle, also weg vom Print und hin zu Online, findet eine maßgebliche Verschiebung im Verständnis des Journalismus statt. Wurden Journalistinnen früher als fachlich ausgebildete Personen angesehen, die Inhalte recherchieren, prüfen und Hintergründe aufzeigen, so fungieren sie heute vielmehr als Moderatorinnen und Navigatorinnen durch die Medienlandschaft.

Ökonomisierungsdruck

Anke Domscheit-Berg spricht in ihrem Impulsreferat das Problem des Alleinstellungsmerkmals journalistischer Arbeit an. Dadurch, dass heutzutage immer mehr Menschen über Zugang zum Internet verfügen und es eine Vielzahl an Plattformen und Kommunikationswegen gibt, steigt als Konsequenz die Anzahl an vermeintlichen Reportern oder Publizistinnen im Internet. Dadurch ist es einfacher, Gedanken und Meinungen zu veröffentlichen und sie gleichzeitig mit einem großen Publikum zu teilen. Dies führt zu der Schwierigkeit, den Beruf des Journalisten klar zu definieren und bewirkt eine unvermeidliche Beeinflussung und Veränderung des Selbstverständnisses von



Journalistinnen. Da es immer mehr Möglichkeiten der Beteiligung gibt, stellt sich im Zusammenhang mit partizipativen Beteiligungsformaten, beispielsweise dem Bürgerjournalismus, die Frage, ob auch ein Blogger, der genauso ein großes Publikum erreichen kann, als Journalist zu bezeichnen ist. Welche Rolle kommt „Live-Reporterinnen“ zu, die zufällig vor Ort sind und bei einem Ereignis mit ihren Smartphones Aufnahmen machen und diese im Internet veröffentlichen? Hier wird überlegt, ob es für diese Veröffentlichungen nicht auch eine Form rechtlicher Regulierung der Edition, Moderation und Verwaltung der Inhalte geben muss.

Interaktion

Wie kann man den Leserinnen genug Raum für Kommentare bieten, ohne dass dieser zu einer Bühne für Hasskommentare und Entgleisungen wird? In manchen Fällen überschreiten solche Kommentare auch die Schwelle zur Strafbarkeit. Bietet die Möglichkeit, die Kommentarfunktion zu sperren oder diesen Kommentarbereich bei spannungsgeladenen Themen gleich wegzulassen, wie es schon von manchen Medienanbietern gehandhabt wird, eine Lösung für dieses Problem? Oder bedarf es einer grundlegend anderen Form der Moderation? Eine Teilnehmerin wirft nochmals die Frage ein, ob es im Online-Bereich auch einer rechtlichen Aktualisierung und Anpassung bedarf. Instrumente wie der Presserat werden als eine Form der Regulierung erwähnt.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Themenfindung unter dem Schlagwort Hashtag-Journalismus. Themen werden immer öfter von außen vorgegeben. Eine besondere Rolle spielen Inhalte, die sich in den sozialen Medien verbreiten. Allein durch die Dominanz der Inhalte in den Neuen Medien kann den klassischen Medien eine Berichterstattung über diese Inhalte aufgezwungen werden. Daran schließt die Frage an, ob dies als eine Fremdsteuerung oder als Bereicherung anzusehen ist. Außerdem wird darüber diskutiert, welche neuen Formen des Journalismus durch diese Veränderungen entstehen können.

Als eine neue Methode, den Journalismus zu öffnen und eine verbesserte Interaktion mit der Leserin herzustellen, wird der Crowd-Reporter genannt. Über im Voraus gezahlte Jahresbeiträge oder Mitgliedschaften werden Journalistinnen für die Recherche zu Themen bezahlt, die von den Abonnenten favorisiert werden. Als eine weitere Möglichkeit, die Interaktionen zwischen Nutzern und Produzentinnen zu pflegen, wird die Praxis der Crossmedialität, die medienübergreifende Kommunikation von Nutzern, angesprochen. Crossmedialität bezieht sich auf die Vernetzung von Printmedien, Onlinemedien und TV-Angeboten, welche sich im Idealfall ergänzen können.

Umgang mit Informationen

Zur Frage der Beeinflussung von Meinungsbildung wird die aktuelle Debatte über Social Bots aufgegriffen. Social Bots sind selbstständig agierende Programme, die Meinungen sammeln und diese als täuschend echte Nachrichten in sozialen Netzwer-



ken weiter verbreiten. Social Bots können so gezielt die Meinungsfindung in Kommentarspalten beeinflussen, indem sie zum Beispiel durch Beiträge Meinungsmehrheiten suggerieren. Hier geht die Unterscheidungsmöglichkeit sowohl für Medienanbieter als auch für die Leserschaft verloren.

Die Verbreitung von Informationen und das Weiterreichen von Dokumenten sind heute, technologisch gesehen, um vieles einfacher. Mit einer weiteren Überlegung zur Arbeitsweise von Journalisten wird unter dem Stichwort „whistleblowing“ und „leaking“ die Frage nach dem richtigen Umgang mit Enthüllungen verbunden. Wie sollte eine Journalistin mit nicht öffentlichen Dokumenten, Informationen und sensiblen Inhalten umgehen? Hat ein Journalist die Pflicht, Inhalte vor ihrer Veröffentlichung zu sortieren und zu filtern? Welches sind die Konsequenzen einer ungefilterten und nicht moderierten Verbreitung?

Vor dem aktuellen Hintergrund der US-Präsidentenwahlen wird gefragt, wie ein Journalist mit zugespielten Informationen, die von öffentlichem Interesse sind, umzugehen hat, wenn er oder sie sich gleichzeitig darüber bewusst ist, gezielt als Sprachrohr eingesetzt zu werden. Es ist offensichtlich, dass auch Journalistinnen als Instrument benutzt werden können. Wie kann man vor diesem Hintergrund mit dem Wissen über bestimmte Inhalte verantwortungsvoll umgehen? Daran anschließend werden auch Fragen der Sicherheit im Journalismus besprochen. Die effektive Verschlüsselung von Daten und die Fähigkeit, Spionage abwehren zu können, sind nach Auffassung von Anke Domscheit-Berg notwendige Aspekte in der journalistischen Ausbildung.

Mensch vs. Maschine

In der dritten Session erklärt Arnd Steinmetz, wie technologische Entwicklungen zu computergenerierten Nachrichten und Informationen führen können. Er skizziert dabei, dass das bekannte Berufsbild des Journalisten tendenziell an Bedeutung verlieren wird. Die Bedeutung maschinengenerierter Texte wird in Zukunft zunehmen. Es existiert bereits eine Vielzahl von Firmen, die sich mit Technologien für automatischen Journalismus beschäftigen und deren Programme beispielsweise für die Verbreitung von automatisierten Sport- und Börsennachrichten eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund diskutieren die Teilnehmenden die Chancen, Grenzen und Folgen von automatisiertem Journalismus.

Die Geschwindigkeit und die kostengünstige Bereitstellung von maßgeschneiderten Nachrichten, welche losgelöst von Emotionen unter Umständen eine hohe Faktentreue aufweisen können, werden als Chance des automatisierten Journalismus angeführt. Eine automatisierte Berichterstattung unterliegt jedoch auch Grenzen, die bisher nicht überwindbar sind. So kann ein Computer zwar Fakten generieren, in gewisser Weise auch Emotion imitieren, ist allerdings heutzutage noch nicht dazu in der Lage, investigativ zu arbeiten, wie ein Teilnehmer zu bedenken gibt. Die Qualität der automatisch

generierten Nachrichten ist noch verbesserungswürdig. Arnd Steinmetz erläutert, dass die Technik in diesem Bereich in nur wenigen Jahren maßgeblich aufholen wird. Als Beispiel wird eingeworfen, dass in zehn Jahren 80 Prozent der dpa-Meldungen automatisiert sein werden.

Werden auf lange Zeit gesehen Journalistinnen und Journalisten überhaupt noch benötigt, wenn doch auch Computerprogramme ihre Arbeit übernehmen können? Fungieren Journalisten dabei noch als Produzenten von Nachrichten oder sind sie in Zukunft nur für die Einordnung von Inhalten und die Hintergrundrecherche zuständig? Automatisierter Journalismus wird von Journalistinnen selbst eingesetzt, um sich die Arbeit zu erleichtern und schneller produzieren zu können. Eine der Überlegungen in dieser Diskussion ist, ob sich der Journalismus damit auf lange Sicht selbst überflüssig macht, wenn Programme schneller und günstiger und eventuell auch fehlerfreier arbeiten.

Zuletzt wird die Kategorie des Vertrauens erneut angesprochen und die Frage gestellt, ob Menschen computergenerierte Nachrichten annehmen werden? Wie weit fortgeschritten ist die Technologie? Können Algorithmen Journalismus machen? Arnd Steinmetz gibt zu bedenken, dass Computer bereits jetzt über eine Art Weltwissen verfügen. Dies wirft wiederum die Frage nach der Sicherheit und Manipulierbarkeit von Algorithmen auf. Ist es überhaupt möglich und realistisch Algorithmen zu kontrollieren und birgt dies eventuell die Möglichkeit eines völlig neuen Berufsbildes? Die Teilnehmenden des Dialog-Cafés sind sich einig, dass es einer forcierten gesellschaftlichen Debatte bedarf, um das Ausmaß der Veränderungen in diesem Bereich einschätzen und mit adäquaten Antworten darauf reagieren zu können.

Resümee

Wiebke Drews, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, die das Dialog-Café begleitet, fasst den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse der drei Sessions abschließend zusammen. Sie stellt fest, dass die Medien zum einen unter Umsatzdruck leiden, weil alte Finanzierungsmuster in Zeiten von Digitalisierung nicht mehr greifen. Zum anderen konstatiert sie eine Verschiebung der nötigen Kernkompetenzen von Journalisten, die sich im „digitalen Dschungel“ beweisen müssen. Über einschlägige Ausbildung und Fachkenntnisse hinaus fungieren Journalisten heutzutage besonders auch als Navigatorinnen und Moderatoren, die Informationen im Internet sortieren und aufbereiten und die Diskussionen strukturieren. Damit die Qualität des Journalismus im digitalen Zeitalter nicht leidet, bedarf es einer gesunden Arbeitsumgebung für Journalistinnen, was sich beispielsweise in sicheren Arbeitsplätzen mit adäquater Honorierung ausdrückt.

Damit einher geht die Frage, wie sich die Arbeitsweise und das Selbstverständnis des Journalismus in Zeiten der Digitalisierung verändern. Exemplarisch werden Herausforderungen bei der Themenfindung im digitalen Zeitalter und der sogenannte „Hashtag-Journalismus“ angesprochen. So ist es neu, dass Themen für Veröffentlichungen zunehmend von außen geliefert werden. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob dies denn eine Bereicherung oder Störung für den Journalismus darstellt und welche Formen der Kommunikation sich am besten eignen, um mit dem Publikum in Kontakt zu treten. Als Beispiele hierfür gelten crossmediale Ansätze, in denen analoge und digitale Medien gekoppelt werden und interagieren. Kritisch betrachtet wird die öffentliche Meinungsbildung im Internet, insbesondere mit Blick auf die von sozialen Medien und Suchmaschinen verwendeten Algorithmen und Social Bots. Darüber hinaus wird die sich durch die Digitalisierung verändernde Rolle des investigativen Journalismus thematisiert. Wie kann man die Sicherheit von Quellen garantieren und mit ihnen kommunizieren, wenn lückenlose Überwachung möglich ist? Wie verarbeitet eine Journalistin Informationen, die ihr zugespielt werden?

Letztlich geht es auch um Chancen, Grenzen und Folgen des automatisierten Journalismus. Als Chance wird dabei besonders die Schnelligkeit, mit der computergenerierte Nachrichten erstellt werden, angesehen. Die Faktentreue der automatisierten Nachrichten wird sowohl als Chance, aber auch als Grenze diskutiert. So können Computer nicht investigativ arbeiten, keine emotionalen Geschichten erzählen und sind demnach der Arbeit eines Journalisten – noch – qualitativ unterlegen. Was die Folgen betrifft, stellen sich mehrere Fragen: Wird der Journalismus als Beruf überflüssig? Wer kontrolliert die Algorithmen, mit denen Informationen erstellt und verbreitet werden? Inwiefern wird die dem Journalismus eigene Interpretationsvielfalt unter der Digitalisierung und Automatisierung leiden? Welche Folgen hat dies für die Meinungsbildung, die so zentral für demokratische Prozesse ist? Wiebke Drews stellt abschließend fest, dass drei Themen eine zentrale Rolle im Dialog-Café einnehmen und in jeder Session des Dialog-Cafés angesprochen werden: Finanzierungsmöglichkeiten, um Qualitätsjournalismus zu ermöglichen, die sich verändernde Rolle der Journalistin hin zur Navigatorin und Moderatorin sowie die öffentliche Meinungsbildung im Zeitalter von Social Media, Social Bots und Facebook-Algorithmen.

6

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Seit 2011 ist sie Jean-Monnet-Professorin. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und war von 2012 bis 2015 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Heik Afheldt, geboren 1937, ist freier Publizist, Wirtschaftsberater und Honorarprofessor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg. Afheldt war Mitglied und Vorsitzender der Geschäftsleitung sowie später Mitglied des Verwaltungsrats der Prognos AG. In der Zeit von 1988 bis 2002 war er Herausgeber der Wirtschaftswoche, des Handelsblatts und des Tagesspiegel. Von 2003 bis 2008 war Afheldt Vorsitzender des Kuratoriums der Schader-Stiftung.



Elena Albrecht, geboren 1991, war Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie studiert an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er studierte Neuere Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster. Altmeyen war Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2014 ist er Sprecher des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Jürgen Aring, geboren 1961, ist seit 2015 Vorstand des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Er studierte in Münster und Oslo Geographie und promovierte 1999 an der Universität Oldenburg zum Thema Suburbanisierung. Von 2005 bis 2012 war Aring als Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel tätig. Es folgte eine Gastprofessur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und eine Vertretungsprofessur an der Technischen Universität Dortmund. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit gründete er 2002 das Büro für angewandte Geographie.



Prof. Dr. Christoph Asmuth, geboren 1962, leitete für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Projekt „Anthropofakte. Schnittstelle Mensch“. Er studierte Philosophie, Germanistik, Pädagogik und Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, wo er 1995 auch promoviert wurde. 2003 habilitierte er sich an der Technischen Universität Berlin. Seit 2009 ist er außerplanmäßiger Professor an der Technischen Universität Berlin. Dort leitete er das BMBF-Projekt „Translating Doping - Doping übersetzen“. Asmuth ist außerdem Mitglied im Center for Critical Philosophy in Gent.



Dr. Ingo Augustin, geboren 1962, ist Physiker und arbeitet gegenwärtig als Stabschef der wissenschaftlichen Geschäftsführung der Anlage für Anti-protonen und Ionen Forschung (FAIR) in Darmstadt. Augustin studierte und promovierte an der Technischen Universität Karlsruhe. Danach forschte er an den Universitäten Siegen und Mainz als Teilchenphysiker. Nach einem siebenjährigen Forschungsaufenthalt am europäischen Kernphysik-Zentrum CERN trat er 2004 dem FAIR Project bei.



Prof. Dr. Dirk Baecker, geboren 1955, ist seit 2015 Professor für Kulturtheorie und Management an der Universität Witten/Herdecke. Er studierte Soziologie und Nationalökonomie in Köln und Paris, promovierte und habilitierte sich im Fach Soziologie an der Universität Bielefeld. Nach einer Gastprofessur und Lehraufträgen an den Universitäten Wien und Basel lehrte er von 1996 bis 2007 als Professor an unterschiedlichen Lehrstühlen der Universität Witten/Herdecke und ab 2007 am Lehrstuhl für Kulturtheorie und -analyse der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.



Tim Bartel, geboren 1976, ist Director of Community Development des Unternehmens Wikia, Anbieter einer offenen Plattform für gemeinschaftlich erstellte Beiträge, darunter auch die Internet-Plattform GUTTENPLAG Wiki. Er studierte Wirtschaftsinformatik an der Universität zu Köln. Anschließend baute er die freie Enzyklopädie Wikipedia wie auch den Verein Wikimedia Deutschland mit auf, als dessen Vorstandsmitglied er tätig war. Seit 2008 arbeitet Bartel für Wikia. Ehrenamtlich erfasst er Daten für das Projekt OpenStreetMap und ist Mitgründer des Quantified Self Meetups Cologne.



Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen an der Universität Göttingen und Leiter zahlreicher Evaluations- und Forschungsprojekte. Er studierte Sozialpädagogik, Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre, war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und promovierte an der Goethe-Universität Frankfurt über den von ihm koordinierten ersten Frankfurter Sozialbericht. Er koordiniert das bundesweite Netzwerk Sozioökonomische Berichterstattung und leitet ein Sozialmonitoring der Flughafenregion Frankfurt.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California in Berkeley, USA. Seit 2007 ist Andrea Bartl für das START-Schülerstipendienprogramm für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund, eines der größten Projekte der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verantwortlich.



Prof. Dr. Benjamin Benz, geboren 1973, ist seit 2011 Professor für Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum. Nach seinem Studium der Sozialarbeit war er zunächst als Sozialarbeiter tätig. 2004 promovierte er an der Universität Gießen. Anschließend war er Referent eines familienpolitischen Fachverbandes und von 2007 bis 2011 Professor für Politikwissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Armut und soziale Ausgrenzung sowie Europäische Integration und internationaler Vergleich.



Monika Berghäuser, geboren 1955, ist freie Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen war sie als Korrektorin für wissenschaftliche Texte tätig. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich innovative Wohnkonzepte und gemeinschaftliche Wohn-Pflegeformen.



Prof. Dr. Helmuth Berking, geboren 1950, ist Permanent Fellow der Fachgruppe Planungs- und Architektursoziologie an der Technischen Universität Berlin. Nach Stationen in Evanston, Chicago, Freiburg und Berlin war er von 2002 bis 2016 Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierungstheorien, kulturelle Globalisierung und Urban Anthropology. Berking ist unter anderem Mitherausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“.



Tyll Birnbaum, geboren 1990, ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert an der Universität Hamburg den Masterstudiengang Soziologie. Zuvor absolvierte er an der Technischen Universität Darmstadt den Bachelorstudiengang Soziologie.



Martin Blach, geboren 1975, ist seit 2008 Vorstand und derzeit Vorsitzender der Stiftung Kloster Eberbach in Hessen. Er studierte Katholische Theologie, Medien und öffentliche Kommunikation an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main und in Boston. Anschließend arbeitete er unter anderem in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden und der Hessischen Landesvertretung in Berlin. Blach ist darüber hinaus Mitglied im Kuratorium des Rheingau Musik Festivals und Mitglied des Aufsichtsrates des Weingutes Kloster Eberbach.



Dr. Claudia Blöser, geboren 1980, ist seit 2013 Akademische Rätin auf Zeit am Institut für Philosophie der Goethe-Universität Frankfurt. Sie studierte Physik und Philosophie an den Universitäten Frankfurt am Main und St. Andrews in Schottland. 2005 schloss sie ihr Physikstudium mit dem Diplom ab und promovierte 2012 im Fach Philosophie an der Universität Frankfurt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der praktischen Philosophie, mit einem besonderen Fokus auf der Philosophie Immanuel Kants, und in der Moralpsychologie, insbesondere Theorien der Hoffnung und des Verzeihens.



Dr. Andreas Boes, geboren 1959, ist Sozialwissenschaftler, Vorstandsmitglied am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF), Mitglied des Direktoriums des Munich Center for Internet Research (MCIR) und Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt, wo er sich 2006 mit seiner Arbeit „Informatisierung und gesellschaftlicher Wandel“ habilitierte. Seine Forschungen fokussieren sich auf das Thema „Informatisierung der Gesellschaft und Zukunft der Arbeit“. Hierzu hat er seit 2007 am ISF München ein Wissenschaftlerteam aufgebaut.



Rainer Bohne, geboren 1951, studierte in den siebziger Jahren Stadt- und Regionalplanung in Berlin. Der Diplom-Ingenieur ist seit zwanzig Jahren Geschäftsführer des Berufsverbands Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) und gibt als verantwortlicher Redakteur die Zeitschrift „Planerin“ heraus. Bohne war über zehn Jahre Mitglied des Vorstands der Berliner Architektenkammer und hat seit der Gründung den ASAP, den Akkreditierungsverbund für Studiengänge der Architektur und Planung, maßgeblich begleitet.



Dr. Claudia Bolte, geboren 1984, ist Fachbereichsleiterin für Raumentwicklung beim Kreis Bergstraße. Von 2004 bis 2009 studierte Claudia Bolte Raum- und Umweltplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern. Im Anschluss daran war sie drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern tätig. Von 2012 bis 2014 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schader-Stiftung im Forschungs-Praxis-Projekt „Integrations- und Entwicklungspotenziale in strukturschwachen ländlichen Regionen“.



Anna Braam, geboren 1988, studierte Politikwissenschaft und Professional Public-Decision-Making an den Universitäten in Duisburg, Essen, Turku, und Bremen. Derzeit arbeitet sie in der Verwaltung einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 2017 beginnt sie ihre Promotion an der Universität Oldenburg im Themenbereich „Nachhaltigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse“. Braam ist Vorstandsmitglied und Pressesprecherin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, UN-Jugenddelegierte und Mitglied im Jugendbündnis Zukunftenergie.



Prof. Michael Braum ist Diplom-Ingenieur, Geschäftsführender Direktor der Internationalen Bauausstellung Heidelberg und derzeit beurlaubter Professor am Institut für Städtebau und Entwerfen der Universität Hannover. Er studierte Stadtplanung und Städtebau an der Technischen Universität Berlin. Braum war Mitglied der Expertenbeiräte „Bau“ und „IBA“ der Bundesregierung, hat als Städtebauer und Stadtplaner über 30 Jahre praktiziert und war bis 2012 Vorsitzender der Jury des Deutschen Städtebaupreises. Von 2008 bis 2013 war er Gründungsvorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.



Dr. Bettina Brohmann ist seit 1984 als Projektleiterin und Senior Researcher beim Öko-Institut e.V. tätig. Von 1988 bis 1996 hatte die promovierte Sozialwissenschaftlerin und Regionalwissenschaftlerin Lehraufträge an der Hochschule Darmstadt sowie an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt inne. Seit 2012 ist sie als Forschungskordinatorin im Bereich Transdisziplinärer Nachhaltigkeitswissenschaften für verschiedene Aspekte transformativer Prozesse zuständig. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Themen wie nachhaltiger Konsum, Energiepolitik und die Evaluierung von Beteiligungsverfahren.



Prof. Dr. Thorsten Bürklin, geboren 1964, ist Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der Fachhochschule Münster, Münster School of Architecture (MSA). Er studierte Architektur und Philosophie in Karlsruhe und Florenz 1992 mit einem Diplom in Architektur ab. 1997 promovierte er in Karlsruhe zum Doktor der Philosophie. Von 1994 bis 2002 lehrte Bürklin an der Technischen Hochschule Karlsruhe sowie während eines Gastaufenthalts an der Universität Padua. Anschließend war er an der Fachhochschule Frankfurt tätig.



Prof. Dr. Karin Christiansen ist Senior Researcher an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften, VIA University College, Dänemark. Sie promovierte in Philosophie an der University of Melbourne. Ihre Forschungsfelder sind Gesundheitsphilosophie, Philosophie und Ethik der Biotechnologie mit Schwerpunkt auf den Themen Human Enhancement, prädiktive DNA-Diagnostik, Screening und Prävention wie auch die Rolle von Unsicherheit in neuen Technologien, ethische Rationalität und Narrativität.



Prof. Dr. Thomas Damberger, geboren 1979, ist seit Oktober 2016 Vertretungsprofessor für Neue Medien in Lehr-Lernkontexten am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Pädagogik und Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt. 2012 promovierte er zum Dr. phil. am Institut für Humanwissenschaften der Technischen Universität Darmstadt. Seine Forschungsgebiete sind Philosophie der Bildung und Erziehung, Human Enhancement, Emerging Technologies, Transhumanismus sowie Medienpädagogik.



Timo Daum, geboren 1967, ist seit 2001 freiberuflicher Online-Designer und arbeitet unter anderem als Dozent, Entwickler und Medienkünstler. Er studierte Physik an den Universitäten Karlsruhe und Hamburg und schloss sein Studium 1994 mit dem Diplom ab. Seit 2004 arbeitet er als Dozent in den Bereichen Online, Informatik und Digitale Ökonomie an Fachhochschulen im In- und Ausland. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt ist die Analyse und Kritik des digitalen Kapitalismus.



Prof. Dr. Thomas Döbler ist Professor für Medienmanagement an der Macro-media Hochschule für Medien und Kommunikation am Campus Stuttgart. Er studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte in Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hohenheim. Nach wissenschaftlichen Tätigkeiten an der Universität Hohenheim und der Forschungsstelle für Medienwirtschaft und Kommunikationsforschung wechselte er 2005 zur Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg. Er ist Mitinhaber des Fachverlags edition 451.



Prof. Dr. Gerd Doeben-Henisch, geboren 1948, ist seit 2004 Professor für Informatik an der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Theologie und Philosophie an der Hochschule für Philosophie München sowie der Hochschule Sankt Georgen Frankfurt; er war auch als Jugendsozialarbeiter tätig. In einem weiteren Studium der Wissenschaftstheorie an der Ludwigs-Maximilians-Universität München promovierte er 1989. 1990 gründete er eine EDV-Beratung und war an diversen Lehrstühlen als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. 2014 startete er sein Forschungsprojekt „Emerging Mind“.



Anke Domscheit-Berg, geboren 1968, ist Unternehmerin, Publizistin und politische Aktivistin. Sie engagiert sich insbesondere in den Bereichen Geschlechtergerechtigkeit, Digitalisierung und Open Government. Sie studierte Textilkunst an der Fachschule für Angewandte Kunst in Schneeberg und Internationale Betriebswirtschaft in Bad Homburg und an der Northumbria University in Newcastle. Domscheit-Berg war 14 Jahre in IT-Unternehmen tätig. Derzeit ist sie Geschäftsführerin der ViaEuropa Deutschland GmbH, die offene Marktplätze für kommunale Glasfasernetze in Deutschland anbietet.



Wiebke Drews, geboren 1989, ist Ph.D.-Anwärterin am European University Institute, Department of Political and Social Sciences, in Florenz. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen und absolvierte 2013 den Erasmus Mundus Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security, University College London, und Master of Arts Social Sciences, Universität Tartu. Von 2014 bis 2015 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München. Seit 2015 ist Drews Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Der Jurist war von 1985 bis 2003 parteiloser Bürgermeister in Isny im Allgäu und Reutlingen sowie Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Anschließend war er in der Geschäftsleitung der Bertelsmann-Stiftung und darauf folgend in der gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war er Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Seit 2016 gehört Eichert dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dr. Christoph Ewen ist seit 2003 Inhaber von team ewen – Konflikt- und Prozessmanagement. Er studierte Bauingenieurwesen mit Schwerpunkt Umwelt- und Raumplanung an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte dort. Von 1985 bis 1999 war er am Öko-Institut e.V., zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer und wissenschaftlicher Koordinator, tätig. Er leitete Dialog- und Mediationsverfahren für mehrere öffentliche Infrastrukturprojekte. Schwerpunkte des systemischen Beraters sind Konfliktmanagement, Wissenschaftskommunikation sowie Großgruppenmoderation.



Sebastian Fellner, geboren 1988, ist seit 2013 studentischer Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Er studiert an der Technischen Universität Darmstadt den Masterstudiengang Governance und Public Policy. Zuvor absolvierte er ein Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg.



Prof. Mareike Foeking, geboren 1966, ist freie Fotografin und seit 2009 Professorin, zunächst an der Hochschule für Künste Bremen und der Fachhochschule Dortmund, seit 2014 als Professorin für Fotografie und Interdisziplinäre Bildkonzepte am Fachbereich Design der Hochschule Düsseldorf. Sie studierte von 1987 bis 1994 an der Kunstakademie Düsseldorf. Foeking beschäftigt sich in ihrer künstlerischen Arbeit, ausstellend und in Buchprojekten, konzeptionell und visuell mit Bildern im medialen Wandel sowie dem Verhältnis von Privatem und Öffentlichem wie auch Politischem in der Fotografie.



Verena Fries, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt tätig, seit 2013 als Assistentin des Stifters. Inhaltlich ist sie derzeit verantwortlich für die Themen Enhancement sowie Soziologie in der Schule. Verena Fries studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtslehre und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt und leitet dort die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia). Er promovierte und habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und war für das Öko-Institut e.V. tätig. Von 2008 bis 2015 war er von der Europäischen Kommission ernannter Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur. 2016 bestellte ihn der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum juristischen Sachverständigen zum „Diesel-Skandal“.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorsitzender des Vorstands und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Gemeinhardt studierte Religionspädagogik, Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften in Marburg, Frankfurt, Darmstadt und Magdeburg. Er war von 2000 bis 2003 Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau. Von 2004 bis 2013 war er Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim.



Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, geboren 1944, lehrte von 1984 bis 2010 Soziologie mit dem Schwerpunkt sozialstruktureller und kultureller Wandel am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main. Er studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik und war zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschung tätig. 1979 promovierte er an der Universität Mannheim. Hauptthemen seiner Forschung sind Lebensqualität, Sozialstaat und Haushaltsproduktion mit Schwerpunkten auf Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung.



Ronald Grätz, geboren 1958, ist seit 2008 Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart. Er studierte Germanistik, Katholische Theologie und Philosophie in Tübingen und Frankfurt am Main. Von 1989 bis 1992 war er als Programmlehrkraft der Internationalen Organisation für Migration in Sao Paulo sowie als Vizedirektor einer UNESCO-Projektschule tätig. Er arbeitete als Sprachlehrer, Leiter der Programmarbeit und Referent des Vorstands an verschiedenen Standorten des Goethe-Instituts. Außerdem war Grätz von 2006 bis 2008 Leiter des Goethe-Instituts Portugal.



Prof. Dr. Marion Großklaus-Seidel, geboren 1957, ist Präsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Evangelische Theologie und Pädagogik in Bochum und an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Von 1985 bis 1990 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Erwachsenenbildung der Universität Bochum. Anschließend war sie Pastorin im Kirchlichen Dienst der Polizei und Ethikdozentin an der Polizei-Führungsakademie in Münster. Seit 1995 ist sie Professorin für Ethik und Erwachsenenbildung an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Dr. Franz Grubauer ist Oberkirchenrat und leitet das Referat für Sozialforschung und Statistik der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit Oktober 2015 ist er außerdem ehrenamtlicher Leiter der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt. Zuvor war Grubauer Generalsekretär des Verbands Evangelischer Akademien in Deutschland. Er gehörte der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an und war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Dieter Hackler, geboren 1953, ist Mitglied des Bundesvorstands der Evangelischen Kranken- und Alten-Hilfe e.V. Er studierte Evangelische Theologie und Rechtswissenschaften an der Universität Bonn. Anschließend war er Pfarrer der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde Bonn und Vorsitzender des Evangelischen Gemeindeverbandes Bonn. Von 1991 bis 2006 war er Bundesbeauftragter für den Zivildienst. Außerdem war Hackler von 2006 bis 2014 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Leiter der Abteilung Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik.



Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht, geboren 1955, ist seit 2002 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Agaplesion Elisabethenstift in Darmstadt. Er studierte Psychologie und Medizin an den Universitäten Freiburg, Hamburg, Rhode Island, USA, und Mannheim und habilitierte sich 1995. Hambrecht war Leitender Oberarzt und von 1999 bis 2002 Professor für psychiatrische Prävention an der Universität Köln. Er ist Mitglied zahlreicher Fachgesellschaften. Sein besonderes Anliegen ist der Dialog zwischen Wissenschaft und klinischer Praxis.



Dr. Claudius Härpfer, geboren 1981, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Soziologie, Philosophie und Politologie an den Universitäten Würzburg, Frankfurt am Main und Zürich. 2012 promovierte Härpfer mit einer netzwerksoziologischen Studie über Georg Simmel und die Entstehung der Soziologie in Deutschland. Seine Arbeitsgebiete umfassen die Geschichte der Soziologie, Allgemeine Soziologie, Wissenschaftstheorie der Soziologie, Wissenschaftssoziologie, Netzwerkforschung, Kulturosoziologie und Musiksoziologie.



Dr. Ulrich Hatzfeld, geboren 1953, leitete seit 2006 verschiedene Unterabteilungen im Bundesbauministerium und ist aktuell Leiter der Unterabteilung Grundsatzangelegenheiten und planungsrelevante Rechtsetzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Er studierte Stadt-, Regional- und Landesplanung an der Universität Dortmund. Hatzfeld war Inhaber des Büros „Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung“. Von 1996 bis 2006 war er Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



Michael Herfert, geboren 1965, ist Diplom-Informatiker und seit 1995 am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT) tätig. Er leitet aktuell die Abteilung Cloud Computing, Identity and Privacy. Herfert hat an einer Vielzahl nationaler und internationaler Sicherheitsprojekte mitgewirkt. Der von ihm geleitete Forschungsbereich initiierte das Projekt „Volksverschlüsselung“, welches das Ziel verfolgt, Verschlüsselung so selbstverständlich zu machen wie das Anschnallen im Auto. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Cloud-Computing, Datenschutz und Public-Key-Infrastrukturen.



Prof. Dr. Michael Hermann, geboren 1966, leitet den Bereich Religionsangelegenheiten/Staatskirchenrecht im baden-württembergischen Kultusministerium und ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er studierte Soziologie, Rechts-, Politik- sowie Verwaltungswissenschaften und Journalistik. Hermann hatte Lehraufträge und eine Professur für Medienwissenschaft und politische Kommunikationsforschung in Friedrichshafen inne. Er ist Honorarprofessor in Nischni Nowgorod, Russland.



Prof. Dr. Friederike Herrmann, geboren 1960, ist seit 2012 Professorin für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Volkskunde an der Universität Hamburg und war wissenschaftliche Assistentin im Fach Medienwissenschaft der Universität Tübingen. Von 2006 bis 2012 lehrte und forschte sie als Professorin an der Hochschule Darmstadt. Vor ihrer wissenschaftlichen Laufbahn arbeitete sie als Redakteurin und war für verschiedene überregionale Hörfunksender und Printmedien tätig.



Dietmar Hexel, geboren 1949, war bis 2014 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach einer Ausbildung zum Chemielaboranten war er in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig und studierte Sozialarbeit in Frankfurt. Vor dem Wechsel zum DGB war er bei der IG Chemie und als Organisationschef der IG Metall tätig. Er gehörte von 2007 bis 2011 dem SPD-Parteivorstand und von 2011 bis 2013 der Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und zwölf Jahre der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex an.



Katja Hintze, geboren 1971, ist Gründerin und Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Bildung mit Sitz in Berlin sowie ehrenamtliche Vorsitzende des Landesverbandes Schulischer Fördervereine Berlin-Brandenburg e.V. (lsfb). Sie hat Philosophie, Kommunikationswissenschaften, Publizistik, Gender Studies und Wirtschaftsethik an der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Langjährig arbeitete sie als Kooperationsmanagerin in der freien Wirtschaft.



Dr. Anna Hofmann leitet in der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius den Förderbereich Wissenschaft und Forschung. Sie verantwortet Nachwuchsprogramme der Stiftung in den Bereichen Transformations-, Migrations- und Metropolenforschung. Von 2003 bis 2008 war sie als Projektleiterin in der Stiftung Genshagen – dem Berlin-Brandenburgischen Institut für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa – tätig. Hofmann studierte Wirtschaftswissenschaften und Internationale Beziehungen in Krakau und Freiburg und promovierte im Fach Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, arbeitet an einem Forschungsprojekt über Vernetzte Identitäten. Sie studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo sie 2011 auch promovierte. Anschließend forschte sie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und an der Freien Universität Berlin zu Fragen von Governance, Macht und Transparenz. 2013 war sie Sprecherin des Lenkungskreises des Internet und Gesellschaft Co:llaboratory e.V. Ulrike Höppner war bis 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin.



Jens Hübertz, geboren 1991, studiert an der Goethe-Universität Frankfurt den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat und feministische Theorie. In der Hochschulpolitik und in verschiedenen Initiativen setzt er sich für eine stärkere studentische Selbstverwaltung des Universitätsgeländes ein. Derzeit ist er Praktikant in der Schader-Stiftung.



Dr. Konrad Hummel, geboren 1951, ist Konversionsbeauftragter der Stadt Mannheim und Geschäftsführer der Mannheimer Wohn- und Stadtentwicklungsgesellschaft. Er studierte Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main und promovierte in Tübingen. Von 1990 bis 2002 arbeitete Hummel in der Leitplanung der Geschäftsstelle Bürgerengagement im baden-württembergischen Sozialministerium in Stuttgart. Es folgte von 2002 bis 2008 eine Anstellung als Sozialdezernent der Stadt Augsburg. Von 2008 bis 2010 war er Abteilungsleiter Politik beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung in Berlin.



Dr. Uwe Hunger, geboren 1970, ist Privatdozent für Deutsche und Europäische Sozialpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Von 2012 bis 2014 war er Vertretungsprofessor für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück. Hunger ist Sprecher des Arbeitskreises „Migrationspolitik“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er studierte von 1991 bis 1997 Politikwissenschaft, Wirtschaftspolitik, Soziologie, Philosophie und Germanistik an der Universität Münster. Forschungsaufenthalte führten ihn in die USA sowie nach Indien und Japan.



Norbert Irsfeld, geboren 1966, ist Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensberatung Prudentes Management GmbH. Prudentes berät Unternehmen im In- und Ausland in ihrer Wachstums- oder Restrukturierungsphase und stellt Interims- oder Projektmanager, so in der Automobilbranche, in der Bauwirtschaft sowie in Non-Property-Companies. Irsfeld studierte Betriebswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) sowie Immobilienökonomie an der European Business School in Oestrich-Winkel. Er ist Lehrbeauftragter für Automobilwirtschaft an der HfWU.



Mustafa Isik, geboren 1980, ist seit 2015 Leiter der Abteilung Softwareentwicklung und Plattformen im Bayerischen Rundfunk. Er studierte Informatik an der Hochschule München und an der Technischen Universität München. Nach dem Studium arbeitete er unter anderem für das BMW Forschungs- und Innovationszentrum sowie für Google Inc. und verschiedene Startups. Neben der Softwareentwicklung beschäftigt sich Isik mit Cybersecurity, den Herausforderungen durch Big Data und dem Aufbau von unabhängigen Podcasts.



Prof. Dr. Gisela Jakob ist Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Darmstadt. Sie studierte Erziehungswissenschaft in Marburg und promovierte 1990 an der Fernuniversität Hagen. Von 1991 bis 1999 war sie an der Universität Bremen und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Anschließend arbeitete sie für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement.



Prof. Dr. Dirk Jörke, geboren 1971, lehrt seit 2014 Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Jörke studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Kiel und Hamburg. 2002 promovierte er an der Universität Greifswald und wurde 2009 durch die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald habilitiert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Ideengeschichte, der Demokratietheorie und der Populismusforschung.



Imke Jung-Kroh, geboren 1978, ist Diplom-Sozialpädagogin und Bürgerbeauftragte der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft und Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Imke Jung-Kroh erarbeitete von 2014 bis 2015 Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, die derzeit umgesetzt und wissenschaftlich begleitet werden. Sie ist Beraterin des Magistrats und der Verwaltung bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten mit Bürgerbeteiligung. Zudem ist sie im Anliegen- und Beschwerdemanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt tätig.



Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, geboren 1943, war von 1982 bis 2011 Professor für Empirische Kommunikationsforschung an der Universität Mainz. Er studierte Psychologie, Publizistik, Rechtsphilosophie, Politikwissenschaft und Geschichte in Mainz, München und Berlin. Kepplinger war Gastwissenschaftler an der University of California, Berkeley, der Harvard University, der University of Illinois und den Universitäten in Tunis, Lugano, Luzern und Zürich. Als Mitherausgeber der „International Encyclopedia of Communication“ war er verantwortlich für den Schwerpunkt „Effects of Mass Media“.



Jürgen Kerwer, geboren 1956, ist Ständiger Vertreter des Direktors und Leiter des Referats Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek und Versand der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Er studierte Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt. Zudem ist Kerwer systemischer Supervisor und Organisationsberater.



Dr. Silke Kleihauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) an der Hochschule Darmstadt. Sie bearbeitet transdisziplinäre Forschungsprojekte, entwickelte den Masterstudiengang „Risk Assessment and Sustainability Management“ und ist Mitbegründerin der Initiative Nachhaltige Entwicklung. Sie studierte Biologie und Chemie, sammelte praktische umweltpolitische Erfahrungen im Europäischen Umweltbüro in Brüssel und promovierte in Tübingen zu einem Thema an der Schnittstelle von Ökologie, Biotechnologie, Wissenschaftstheorie und Recht.



Prof. Dr. Jürgen Kohl, geboren 1946, ist emeritierter Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg mit Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Politische Soziologie. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt und Bielefeld und promovierte an der Universität Mannheim. Kohl war wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zudem Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und Gastprofessor an der Northwestern University in Evanston, USA.



Michael Kolmer, geboren 1970, leitet seit 2005 das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Geographie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach beruflichen Stationen an der Technischen Universität Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg wurde er 2000 stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung. Kolmer vertritt die Stadt Darmstadt bei der Organisation des gemeinsam mit der Schader-Stiftung veranstalteten „Runden Tisches Wissenschaftsstadt Darmstadt“.



Dr. Martin Kraushaar, geboren 1968, ist Hauptgeschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen. Er studierte Jura, Politik und Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Tübingen und promovierte an der Universität Bremen. Nach seinem Studium arbeitete er als Lehrbeauftragter für Zivil- und Urheberrecht an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, Referent für Arbeitsmarktpolitik und Europa des Deutschen Führungskräfteverbands, Geschäftsführer bei VAA – Führungskräfte Chemie sowie als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Zivil-, Arbeits- und Baurecht.



Dr. Svenja Kriebel, geboren 1967, ist seit 2009 Kuratorin am Museum Pfalz-galerie Kaiserlautern. Von 2002 bis 2005 war sie am Städel Museum in Frankfurt am Main tätig und von 2004 bis 2009 Inhaberin der agentur kunstsprünge. Sie studierte Kunstgeschichte in Hamburg, Venedig und Marburg, wo sie 2011 promovierte. In ihren Ausstellungsprojekten geht sie Veränderungen der Gesellschaft und dem damit verbundenen, sich wandelnden Kulturbegriff nach. Für 2017 bereitet sie die Ausstellung „(Ohne) Schlüssel und Schloss? Chancen und Risiken von Big Data“ vor.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt. Nach Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und anschließend Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Seit 2013 ist er Mitglied der Stiftungsratsleitung der Schader-Stiftung, seit 2016 deren Vorsitzender.



Christoph Kulenkampff, geboren 1947, ist Hessischer Staatssekretär a.D. und Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. Er studierte Rechtswissenschaften in München und Gießen. 1975 trat er als Staatsanwalt in die Hessische Justiz ein, 1978 erfolgte seine Abordnung in das Hessische Ministerium der Justiz. 1986 wurde er zum Generalstaatsanwalt des Landes Hessen ernannt, 1991 zum Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern. Von 1993 bis 2000 leitete er als Vorstand einen wohnungswirtschaftlichen Verband. Danach war er bis 2007 Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung.



Eva Susanna Kunze, geboren 1986, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im NRW Fortschrittskolleg „Gestaltung flexibler Arbeitswelten (Arbeit 4.0)“ der Universitäten Bielefeld und Paderborn. Sie ist dabei im Arbeitsbereich Sozialstruktur und soziale Ungleichheit sowie im Forschungsinstitut für Kognition und Robotik der Universität Bielefeld tätig. Sie forscht zur gesellschaftlichen Einbettung von Beschäftigungsbeziehungen in digitalisierten Arbeitswelten. Eva Susanna Kunze studierte Soziologie, Kulturanthropologie sowie Wirtschafts- und Sozialpsychologie in Göttingen und Padua, Italien.



Prof. Dr. Jörn Lamla, geboren 1969, ist Professor für Soziologische Theorie an der Universität Kassel. Er studierte Politikwissenschaft, Mathematik, Psychologie und Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. 2012 habilitierte er an der Universität Jena. Er ist Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kassel und Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums für Informationstechnik-Gestaltung an der Universität Kassel. Lamla ist Mitglied des Netzwerks Verbraucherforschung beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.



Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Religion und Normativität“ an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 arbeitete Latzel zunächst als Vikar und anschließend als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land. Er war von 2005 bis 2012 im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland als Oberkirchenrat tätig, seit 2007 leitete er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.



Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Leggewie, geboren 1950, leitet das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen und das Centre for Global Cooperation Research in Duisburg. Er studierte Soziologie und Geschichte in Köln und Paris, promovierte und habilitierte an der Universität Göttingen und lehrte in Gießen, Paris, New York und Wien. Leggewie ist seit 2008 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen. Er ist Herausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Seit 2015 bekleidet er die Ludwig Börne-Professur an der Universität Gießen.



Dr. Bettina Lelong, geboren 1971, ist seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund und Aachen. Sie studierte Architektur mit dem Schwerpunkt Städtebau an den Technischen Universitäten Berlin und Delft und an der ETH Zürich und war einige Jahre als Planerin in den Niederlanden und Deutschland tätig. 2013 promovierte Bettina Lelong an der HafenCity Universität Hamburg zur politischen Durchsetzung städtebaulicher Großprojekte. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Netzwerkforschung, Urban Governance und Stadtentwicklung.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, studierte Geschichte, Klassische Philologie, Historische Hilfswissenschaften und Philosophie in Frankfurt und Heidelberg. Er war Generalsekretär des Goethe-Instituts und Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Leonhard ist Honorarprofessor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und war Gründungspräsident der Von-Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg. Von 2008 bis 2013 war Leonhard Vorsitzender des Kuratoriums sowie von 2013 bis April 2016 Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 2004 bis 2014 lehrte er an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. Im Sommersemester 2016 war er Gastprofessor an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Antwerpen. Lessenich ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Jens Libbe, geboren 1962, ist seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Er studierte Volkswirtschaft und Sozialökonomie an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Libbe promovierte an der Universität Leipzig zum Thema „Transformation städtischer Infrastruktur – Perspektiven und Elemente eines kommunalen Transformationsmanagements am Beispiel Energie“. Am Difu war er zuletzt verantwortlich für das Forschungsfeld Infrastruktur und Daseinsvorsorge und leitet seit August 2015 den Bereich Infrastruktur und Finanzen.



Dr. Kai Lindemann, geboren 1968, ist seit 2008 beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds in der Grundsatzabteilung tätig. Er absolvierte eine Ausbildung zum Industriekaufmann und studierte anschließend Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er 2005 zum Thema Politische Korruption promovierte. Außerdem war Lindemann wissenschaftlicher Assistent der amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer und von 2003 bis 2008 Gewerkschaftssekretär beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, zuletzt im Referat Politische Planung und Koordination.



Michael Lobeck, geboren 1965, ist freiberuflicher Moderator und Berater sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter des Geographischen Instituts der Universität Bonn. Der Diplom-Geograph und Wirtschaftsmediator moderiert Stadtentwicklungsprozesse und berät Kommunen zum Thema Chancen und Risiken der Digitalisierung. In Forschung und Beratung beschäftigt er sich vor allem mit guter Kommunikation in der Stadtentwicklung und sinnvollen Aspekten von Smart Cities.



Hilmar von Lojewski, geboren 1961, ist seit 2012 Beigeordneter des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr. Er studierte Raum-, Stadt- und Regionalplanung in Dortmund und Ankara und wurde 1991 Bauassessor. Lojewski arbeitete als freier Planer, als Planungsberater in Nepal und als Abteilungsleiter im Stadtplanungsamt Dresden sowie in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin. Von 2007 bis 2010 hat er für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit das Programm „Sustainable Urban Development“ in Syrien geleitet.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen. Er betreut vorrangig Projekte im Bereich Kommunikation, Publizistik und Stadtforschung.



Andrea Lück, geboren 1966, ist Gründerin und Geschäftsführerin der Nachhaltigkeitsberatung kap N. Die Diplom-Dolmetscherin studierte Italienisch, Englisch und Wirtschaft in Mainz-Germersheim. Andrea Lück ist Expertin für Corporate Social Responsibility und Nachhaltigkeit, Corporate Communications und Campaigning. Nach Stationen bei McKinsey & Company Inc. und NRW Medien leitete sie mehrere Jahre das Kölner Büro der Kommunikationsagentur AM Communications. Sie berät Kunden aus dem öffentlichen Bereich sowie der Finanzbranche zu Fragen der Nachhaltigkeitskommunikation.



Dr. Michael Mangold, geboren 1962, ist Diplom-Soziologe und freiberuflich im Schwerpunkt Open Data und Demokratietheorie tätig. Nach dem Studium der Soziologie und Politikwissenschaft war er wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen. Er gründete und leitete das Institut für Medien, Bildung und Wirtschaft am ZKM – Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe. Danach wechselte er zur Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und war am Aufbau der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul beteiligt.



Prof. Dr. Andrea Maurer, geboren 1962, ist seit 2013 Professorin für Arbeits-, Organisations- und Unternehmenssoziologie an der Universität Trier. Nach einer kaufmännischen Ausbildung studierte sie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg, wo sie 1991 promovierte und 1997 habilitierte. Maurer war von 1998 bis 2013 Professorin für Wirtschafts- und Organisationssoziologie an der Universität der Bundeswehr München. Sie war 1995 Fellow an der Universität Pittsburgh und 2008 an der Universität Oxford sowie 2013 Gastprofessorin an der Universität Eichstätt.



Matthias Mayer, geboren 1962, ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg, für die er seit 1996 tätig ist. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin. Mayer ist Mitglied im MINT-Forschungsrat Hamburg für Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften. Er war in der Hamburger Kulturpolitik aktiv, unter anderem als Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Seine Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. 1999 wurde sie promoviert. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung sind Projekte zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.



Silja Metz, geboren 1981, ist seit 2014 Leiterin des Wahlkreisbüros des Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann. Sie studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg. Von 2013 bis 2016 war sie Gastdozentin im Berufsfeld Politik an der Universität Mannheim.



Prof. Dr. Verena Metze-Mangold, geboren 1946, ist seit 2014 Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, deren Vizepräsidentin sie seit 1996 war. Die Publizistin und Medienforscherin leitete zwölf Jahre die Evangelische Medienakademie und war von 1987 bis 2011 Bereichsleiterin in der Intendanz des Hessischen Rundfunks. Sie ist Vorsitzende des Beirats Stiftung Digitale Chancen und Mitglied im Forschungsbeirat des Instituts für Auslandsbeziehungen. Sie hatte mehrere Lehraufträge im In- und Ausland und ist aktuell Honorarprofessorin an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.



Prof. Dr. Anja Mihr, geboren 1969, ist Programmdirektorin am Center on Governance through Human Rights der Humboldt-Viadrina Governance Platform in Berlin. Sie studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Mannheim und Salamanca und promovierte 2001 an der Freien Universität Berlin. Mihr war unter anderem Associate Professor for Human Rights an der Universität Utrecht und Leiterin des Rule of Law Programme am Institute for Global Justice in Den Haag. Derzeit ist sie außerdem Gastprofessorin an der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt.



Prof. Dr. Wiebke Möhring, geboren 1970, lehrt und forscht am Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund. Nach dem Studium des Medienmanagements und der Philosophie in Hannover arbeitete sie am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung in Hannover, dann an der Hochschule Hannover. Ihre Forschungsaktivitäten liegen in den Bereichen Journalismusforschung, Prozesse und Inhalte öffentlicher Kommunikation mit dem Schwerpunkt lokaler Kommunikation sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.



Dr. Helmut Müller, geboren 1952, ist Geschäftsführer des Kulturfonds Frankfurt RheinMain. Er studierte Volkswirtschaftslehre in München, war dort als Assistent tätig und promovierte 1982 in Passau. Ab 1984 war er als Berater im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl tätig, bis er ab 1986 als persönlicher Referent von Walter Wallmann arbeitete. Danach leitete er die Büros von Rita Süßmuth und Roland Koch. Ab 2002 war Müller Stadtkämmerer, Wirtschaftsdezernent und Bürgermeister der Stadt Wiesbaden. Von 2007 bis 2013 war Müller Oberbürgermeister von Wiesbaden.



Oliver Müller, geboren 1987, ist Mitarbeiter am Stadtforschungsinstitut Open Urban Institute (OUI) in Frankfurt am Main. Er studierte Europawissenschaften, Kulturanthropologie und Humangeographie an den Universitäten Maastricht, Wien und Frankfurt am Main. Er ist Mitherausgeber von Publikationen zum Thema Urbanistik. 2016 war Müller Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie sowie Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftsrat der Bundesregierung und im Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2014 wurde sie in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Alice Pawlik, geboren 1980, ist Kustodin für Visuelle Anthropologie und Leiterin der Bild-, Film- und Medienabteilung am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main. Von 2014 bis 2016 koordinierte sie als Referentin für Bildung und Vermittlung das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie, Kulturanthropologie und Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Roswitha Pioch, geboren 1963, ist seit 2009 Professorin für Politische Zusammenhänge der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Kiel. Sie studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und promovierte 1999 in Leipzig. Pioch war wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Leipzig und Göttingen sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und vertrat Professuren in Duisburg-Essen und Kassel. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität Kiel und Sprecherin des Arbeitskreises Migrationspolitik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.



Marc Pirogan, geboren 1993, ist Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert seit 2013 Soziologie und Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Higher School of Economics in Moskau mit dem Schwerpunkt Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie.



Prof. Dr. Thomas Pleil, geboren 1967, ist seit 2004 Professor für Public Relations an der Hochschule Darmstadt und hat dort den Studiengang Onlinekommunikation (B.Sc.) aufgebaut. Zudem ist er Sprecher des Direktoriums des Instituts für Kommunikation und Medien. Pleil studierte Journalistik, Politikwissenschaft und Soziologie in Eichstätt und promovierte in Salzburg zu PR-Forschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Online-PR und Social Media, PR für neue Technologien, Nonprofit-PR und lebenslanges Lernen.



Natalie Pohl, geboren 1982, ist seit 2016 Projektmanagerin bei Hessen Trade & Invest GmbH. Sie studierte Historisch orientierte Kulturwissenschaften und promovierte seit 2009 im Fach Geschichte an der Universität des Saarlandes und der Université Paris-Sorbonne. Pohl arbeitete als Deutschlektorin an der École Normale Supérieure de Lyon und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität des Saarlandes. Anschließend war sie für den Westdeutschen Rundfunk und als PR-Assistentin bei Hessen Trade & Invest GmbH tätig.



Astrid Raith, geboren 1964, ist Leiterin des Projekts e-Government der Stadt Witten. Sie studierte Germanistik, Philosophie, Sport und Informationstechnik in Bochum. Anschließend arbeitete sie unter anderem als Social-Media-Trainerin bei der Volkshochschule Witten sowie als sozialpädagogischer Coach beim Kontrakt – Unternehmen für Bildung e.V. und leitete die Abteilung Service-Desk und IT-Training der Stadt Witten. Außerdem ist Astrid Raith Mitgründerin des Vereins Freifunk Ennepe Ruhr.



Natascha Riegger, geboren 1985, ist wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie und Kulturanthropologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Von 2013 bis Anfang 2016 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main. Natascha Riegger koordiniert das Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung und ist als Referentin für Bildung und Vermittlung für das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung zuständig.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Direktorin des ZAK – Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie sowie Professorin für Soziologie und Kulturwissenschaft. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe. Zudem ist sie Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung im Kontext gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels, Förderung inter- und transdisziplinärer Zusammenarbeit sowie Demokratie, Digitalisierung und Kapitalismus.



Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Hannover und am Institut für Journalistik der Universität Hamburg sowie von 1998 bis 2003 Assistentin und Oberassistentin am IPMZ der Universität Zürich. 1999 wurde sie promoviert. Ulrike Röttger war von 2008 bis 2010 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.



Alexander Sander ist Geschäftsführer der Vereins Digitale Gesellschaft e.V. in Berlin. Zuvor war er als Mitarbeiter eines Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel tätig. Sander beschäftigt sich mit den Themen Innere Sicherheit, Datenschutz und Netzpolitik. Er ist Gründer von NoPNR!, einer Kampagne gegen die Vorratsdatenspeicherung von Reisedaten, und Observer bei EDRi, einer internationalen Vereinigung von Bürgerrechtsorganisationen, die für den Schutz der Privatsphäre im digitalen Raum eintritt.



Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur. Er war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt, deren Finanzvorstand er ist. Er wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. 2015 erhielt er die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt.



Prof. Dr. Jörg Schäfer, geboren 1966, ist Professor für Objektorientierte Programmierung, Verteilte Systeme und Datenbanken an der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Mathematik und Physik an der Ruhr-Universität in Bochum, wo er auch promovierte. Er forschte im Bereich der Mathematischen Physik zu den Themen Stochastik und Geometrie. Anschließend arbeitete Schäfer viele Jahre als Architekt und Softwareentwickler. Seit 2009 hat er seine Professur in Frankfurt am Main inne und forscht unter anderem zu Algorithmen und Maschinellem Lernen.



Prof. Dr. Heidi Schelhowe, geboren 1949, ist seit 2001 Professorin für Digitale Medien in der Bildung am Fachbereich Informatik und Mathematik der Universität Bremen. Sie studierte Germanistik, Katholische Theologie und Informatik und war anschließend wissenschaftlich an den Universitäten Bremen, Hamburg und an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. Mit ihrer interdisziplinären Forschungsgruppe entwickelt sie unter anderem innovative Hardware und Software für Bildungskontexte und forscht zum Lernen und Lehren mit Digitalen Medien. Schelhowe ist Mitglied im Fernsehrat des ZDF.



Wiebke Schindel, geboren 1965, leitet das Referat für Integrationsförderung und Modellprojekte der Integrationsabteilung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Sie studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Seit 1992 ist sie für die Hessische Landesregierung tätig und dort aktuell für das Landesprogramm WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren zuständig.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, ist verantwortlicher Redakteur des epd-Landesdienstes Mitte-West in Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte von 1979 bis 1985 Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1990 absolvierte er ein Volontariat beim Wiesbadener Kurier und war danach Politikredakteur bei der Oberhessischen Presse in Marburg.



Dr. Sonja Schnitzler, geboren 1974, ist seit 2011 Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und promovierte an der Universität Osnabrück mit einer Arbeit über Soziologie und Nationalsozialismus. Ihre wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte sind Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftsgeschichte und Historische Soziologie.



Dr. Anne Schreiter, geboren 1984, ist Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V. (GSO). Sie studierte Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste in Berlin sowie Chinesische Sprache in Nanjing und Shanghai. Vor ihrer Tätigkeit bei der GSO hat Anne Schreiter Programme für Führungskräfte entwickelt und Karriereworkshops für Doktoranden und Postdocs geleitet. Sie wurde in St. Gallen im Fach Organisationssoziologie promoviert und hat ein Jahr als Postdoc an der University of California in Berkeley geforscht.



Prof. Dr. Kai Schuster lehrt seit 2010 Sozialpsychologie sowie Architekturpsychologie und -theorie an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Psychologie in Eichstätt, Göttingen und Heidelberg, promovierte an der Universität Kassel und schloss dort ein Studium der Architektur ebenfalls mit der Promotion ab. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgesellschaft für umweltschonende Energieumwandlung und -nutzung mbH, der Energienstiftung Schleswig-Holstein sowie an der Universität Kassel tätig.



Prof. Dr. Hanns H. Seidler ist stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Frankfurt, Berlin und Freiburg und promovierte 1972 in Freiburg. Seidler war Referent in der Hochschulleitung und von 1985 bis 2007 Kanzler der Technischen Universität Darmstadt. Zudem war er Sprecher der deutschen Universitätskanzler und Mitglied einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein neues Dienstrecht. Von 2002 bis 2016 war er Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer.



Sabine Seidler, Vorsitzende Richterin a.D., war bis 2007 am Verwaltungsgericht Darmstadt für Baurecht und Asylrecht zuständig. Sie studierte Rechtswissenschaften in Berlin und Freiburg. Seidler war seit 1994 Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Vorsitzende des Bauausschusses und Haupt- und Finanzausschusses, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion und bis 2016 ehrenamtliche Stadträtin. Sie ist Beisitzerin des Vorstandes der SPD Darmstadt und gehört diversen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften an. Derzeit engagiert sie sich ehrenamtlich in der Hilfe für Geflüchtete.



Christoph Siegl, geboren 1985, ist Diplom-Geograph und Stadtforscher. Er studierte Geographie, Ethnologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Anschließend war er als Wirtschaftsförderer, Stadtforscher, Regionalentwickler und Wissenschaftsredakteur tätig. Siegl war 2009 Gründungsmitglied des Open Urban Institute (OUI). Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich angewandter Stadtforschung, urbaner Didaktik, Kulturarbeit und Konzeption. Er ist Mitherausgeber von Publikationen zum Thema Urbanistik.



Dr. Frank Simon, geboren 1961, ist Gründer und Inhaber des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement, Geschäftsführer der ZfW Compliance Monitor GmbH und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik. Nach der Ausbildung zum Industriekaufmann studierte Simon Betriebswirtschaftslehre in Hagen und Münster, anschließend folgte die Promotion. Seine Schwerpunkte liegen in Fragen der nachhaltigen Ausrichtung und des Wertemanagements von Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen.



Hanns-Jörg Sippel, geboren 1957, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Mitarbeit. Er studierte Sozialwissenschaften und ist Fachmann auf den Gebieten Demokratieentwicklung, politische Partizipation und E-Partizipation. Sippel ist Mitglied in der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung und im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.



Daniel Staemmler, geboren 1990, ist Vorstandsmitglied der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS). Er studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und führt sein Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin fort. Seit 2015 ist er Mitglied der Arbeitsgruppe Politische Theorie der DNGPS und beschäftigt sich mit modernen Demokratietheorien, interpretativer Policy-Analyse und dem Verhältnis von Politik und Emotionen.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgen Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Stegbauer hatte zudem Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Jena und Siegen inne. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung.



Prof. Dr.-Ing. Arnd Steinmetz, geboren 1966, ist seit 2002 Professor für Multi-mediatechnik- und Applikationen am Fachbereich Media sowie seit 2013 Vizepräsident für Forschung und wissenschaftliche Infrastruktur der Hochschule Darmstadt. Er studierte Informatik an der Technischen Universität Darmstadt, wo er 1999 zum Dr.-Ing. promovierte. Von 2010 bis 2013 war Steinmetz Dekan des Fachbereichs Media der Hochschule Darmstadt. Seit 2011 ist er Adjunct Professor am Cork Institute of Technology in Cork, Irland. Er gehört dem Direktorium des ikum – Institut für Kommunikation und Medien an.



Prof. Dr. Ralph Stengler ist seit 2010 Präsident der Hochschule Darmstadt. Er forscht und lehrt am Fachbereich Maschinenbau und Kunststofftechnik der Hochschule Darmstadt. Stengler studierte Physik an den Universitäten Bonn und Mainz und promovierte in Mainz. Er ist umfassend aktiv im Qualitätsmanagement, unter anderem als Auditor der European Organization of Quality und als Beauftragter im Beirat für Lehre an Hochschulen der Deutschen Gesellschaft für Qualität.



Prof. Dr. Werner Stork, geboren 1968, ist seit 2013 Professor für Organisation und Management an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft an der Universität Münster und der Universidad Austral de Chile in Valdivia. Nach seiner Promotion an der Universität Münster arbeitete Stork für verschiedene Unternehmen in leitender Funktion. Er ist tätig als Dozent, wissenschaftlicher Berater, Coach für Führungskräfte und Vorstände und übernimmt Moderationsaufgaben. Storks Arbeitsschwerpunkt sind Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung.



Christoph Stroschein, geboren 1961, studierte Architektur in Berlin, Kopenhagen und Mailand. Er entwickelte nach der Wende den Masterplan der Dezentralen Konzentration für die Hauptstadtregion Berlin und berät seitdem Metropolenräume in Europa, Asien und Afrika. Stroschein ist derzeit Geschäftsführer der GESI Deutsche Gesellschaft für Systeminnovation mbH. Er ist in mehreren ehrenamtlichen nationalen wie internationalen Funktionen tätig, so als Vorsitzender des Lenkungsgremiums Smart City DIN/DKE, Mitglied des deutschen IT-Gipfels und des IEC Systems Committee Smart Cities.



Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Philosophie in Darmstadt, Frankfurt am Main und Athen. Terizakis war Projektkoordinator bei der Landeshauptstadt Hannover, der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg sowie am LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“. Darüber hinaus war er als Teilprojektleiter des KIVA-Projekts an der Technischen Universität Darmstadt tätig.



Sylvia Theel, geboren 1963, ist Journalistin und seit 2013 Redenschreiberin des Oberbürgermeisters der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Germanistik und Politik an der Goethe-Universität Frankfurt und Psychologie an der Fernuniversität Hagen. Theel war als PR-Beraterin für die Stadt Offenbach und als Redakteurin der Zeitschrift „Theologie und Philosophie“ tätig. Von 2000 bis 2013 war sie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Darmstadt. Als freie Journalistin schreibt sie für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Spiegel Online.



Prof. Dr. Udo Thiedeke forscht und lehrt als außerplanmäßiger Professor am Institut für Soziologie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt mit den Schwerpunkten Soziologie der Medien, Allgemeine Soziologie und soziologische Theorien. Er ist Blogger des Podcasts „Das soziologische Duett“ und war als Künstler Kurator verschiedener Ausstellungen und langjähriger Leiter der künstlerisch-wissenschaftlichen Projektgruppe ArtBit.



Prof. Dr. Katrin Toens, geboren 1964, ist Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Soziale Arbeit der Evangelischen Hochschule Freiburg. Sie studierte Politikwissenschaft in Berlin und New York und promovierte an der Universität Hannover. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin in Münster, Konstanz und Hamburg. Es folgte eine Vertretungsprofessur an der Universität Münster, wo sie seit ihrer Habilitation als Privatdozentin tätig ist. Toens Schwerpunkte sind Politikfeldanalyse, politische Interessenvertretung und Lobbying, Kommunalpolitik sowie Sozial- und Migrationspolitik.



Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit dem Schwerpunkt Architekturkommunikation. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war früher als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR für Architekten an der Fachhochschule Frankfurt. Er ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.



Prof. Dr. Annette Treibel, geboren 1957, ist seit 1996 Professorin für Soziologie am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Sie studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Sozialwissenschaften in Tübingen und Bochum. An der Ruhr-Universität Bochum erfolgte auch ihre Promotion und Habilitation. Treibel war von 2009 bis 2013 Mitglied des Konzils der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und von 2011 bis 2015 Sprecherin der Sektion Migration und ethnische Minderheiten der DGS. Seit 2011 ist sie Mitglied des Rats für Migration.



Dr. Lothar Triebel, geboren 1965, arbeitet als Theologischer Referent der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Nach dem Studium von Theologie und Judaistik in Berlin, Heidelberg, Jerusalem und Tübingen war er Vikar in Wiesbaden und bei der Gesellschaft für interreligiöse Verständigung in Israel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christentum und Antike der Humboldt-Universität zu Berlin und Gemeindepfarrer in Rheinhessen. Promoviert in Judaistik ist Triebel auch evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Darmstadt.



Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist seit 2005 Direktor des Katholischen Zentrums Haus am Dom und außerplanmäßiger Professor der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte von 1986 bis 1992 Katholische Theologie, Philosophie und Klassische Philologie in Freiburg und promovierte dort 1996 zum Dr. theol. Nach der Ausbildung zum Pastoralreferenten war Valentin Assistent und Oberassistent am Arbeitsbereich Religionsgeschichte in Freiburg sowie außerplanmäßiger Professor der Universität Freiburg. Er ist unter anderem Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks.



Nina Vujanic, geboren 1991, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Städtebau und Wohnungswesen in München. Sie studierte Raumplanung an der Technischen Universität Wien. Aktuell arbeitet die Diplom-Ingenieurin zum Thema „Smart City – Smart Village – Der Einfluss der Digitalisierung auf Städte und Gemeinden“.



Ruth Wagner ist Vorsitzende des Kunstvereins Darmstadt. Sie war von 1999 bis 2003 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst und stellvertretende Ministerpräsidentin. Wagner studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft und war als Gymnasiallehrerin tätig. Sie war von 1978 bis 2008 Landtagsabgeordnete, davon mehrere Jahre als Fraktionsvorsitzende und Vizepräsidentin des Parlaments. Von 1995 bis 2005 war sie, als erste Frau einer Partei in Hessen, Vorsitzende der Hessischen FDP. Sie war langjährig Mitglied im Bundesvorstand der FDP und Stadtverordnete in Darmstadt.



Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und leitet deren Institut für Städtebau und Wohnungswesen. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Wékel ist Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungspolitik. Er war Kurator der Schader-Stiftung und ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents.



Alena Widder, geboren 1989, studiert an der Technischen Universität Darmstadt und der Goethe-Universität Frankfurt den Kooperationsmaster Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung. Sie ist derzeit als studentische Hilfskraft bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und am Arbeitsbereich „Vergleichende Analyse politischer Systeme und Integrationsforschung“ am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt tätig.



Karin Wolff MdL, geboren 1959, ist Staatsministerin a.D. und Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte und Theologie an den Universitäten Mainz und Marburg. Von 1999 bis 2008 war sie Hessische Kultusministerin. Wolff amtierte als stellvertretende Ministerpräsidentin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU und ist Stadtverordnete in Darmstadt. Sie gehört dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt, dem Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks sowie seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, geboren 1958, ist seit 2013 Vorstandsvorsitzende der ENTEGA AG in Darmstadt. Sie studierte Anglistik und Musikwissenschaft in Deutschland, England und den USA. Nach Stationen als Leiterin des Marketing-Ressorts von SONY Deutschland sowie der Unternehmenskommunikation der VEBA AG hatte sie verschiedene Leitungsfunktionen im E.ON-Konzern inne. Von 2009 bis 2013 war sie Vorstand der Mainova AG. Wolff-Hertwig ist unter anderem stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des House of Energy e.V. und gehört dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Felix W. Wurm, geboren 1964, ist Diplom Sozialwissenschaftler und seit 1994 Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Duisburg sowie Public Affairs an der Indiana University of Pennsylvania, USA. Von 2007 bis 2013 war er Generalsekretär der European Confederation of Political Science Associations. Von 2011 bis 2016 war Wurm außerdem Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück. Er ist weiterhin Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Osnabrück.



Dr. Jürgen Wüst, geboren 1965, ist Leiter der Abteilung Inland und Kommunikation der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Er ist Wirtschaftsfachwirt (IHK) und war nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, Germanistik und Evangelischen Theologie in der Politikberatung tätig. Er hat bundesweit Projekte in den Bereichen Bildungs-, Familien- und Beteiligungspolitik begleitet, unter anderem als Seniorberater des Instituts für Organisationskommunikation und Referent am Staatsinstitut für Frühpädagogik sowie im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration.



Peter Zoche, geboren 1951, ist Vorstand des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft FIFAS. Zoche studierte Soziologie und Psychologie an der Universität Freiburg. In langjähriger Mitarbeit am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe, koordinierte er die Sicherheitsforschung und Technikfolgenabschätzung, leitete die Forschungsabteilung zu modernen Informations- und Kommunikationssystemen, die Geschäftsstelle des ISI im Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag und gehörte dem internen Führungskreis der Institutsleitung an.



Prof. Dr. Katharina Anna Zweig, geboren 1976, ist seit 2012 Professorin für Graphentheorie und Analyse komplexer Netzwerke am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Kaiserslautern, wo sie den deutschlandweit einmaligen Studiengang „Sozioinformatik“ entwickelte. Sie studierte an der Universität Tübingen Biochemie und Bioinformatik und promovierte 2007 im Bereich der Netzwerkanalyse. Zweig ist seit 2013 Junior Fellow der Gesellschaft für Informatik und Mitbegründerin der Initiative Algorithm Watch.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Förderanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und hat die Möglichkeit, ein weiteres Mitglied als Vertretung des akademischen Nachwuchses zu kooptieren. Zu Beginn des Jahres 2014 wurden die ersten drei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Stifter berufen und vom Großen Konvent am 20. November 2015 für die Amtszeit 2016/17 wiedergewählt:

- Prof. Dr. Stephan Lessenich,
Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Prof. Dr. Gabriele Abels,
Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeppen,
Fachgebiet Journalistik, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.

- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist einmalig möglich. Nach dem Ausscheiden aus dem Kleinen Konvent ist eine spätere Wiederwahl ebenfalls möglich. Dabei gelten die Erstberufungen in diesem Sinne nicht als Wahl.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.
- Nach der Übersendung der Wahlliste sind bis zum Beginn des Großen Konvents weitere Nennungen möglich.
- Der Kleine Konvent soll ein jüngeres Mitglied aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Als Mitglied der nächsten akademischen Generation wurde im Juli 2015 in den Kleinen Konvent kooptiert:

- Wiebke Drews M.A., European University Institute, Florenz

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 18. November 2016 vollzogen. Bei allen drei Kandidierenden fanden Wiederwahlen statt, sie gehören dem Kleinen Konvent seit dem 14. November 2014 an. Frau Münch und Herr Wékel hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen, Herr Selke hatte krankheitsbedingt absagen müssen. Die Wahlbeteiligung lag bei 83 %. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

| | |
|-------------------------------|------|
| Prof. Dr. Ursula Münch | 86 % |
| Prof. Dr. Stefan Selke | 85 % |
| Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel | 88 % |

Prof. Dr. Ursula Münch ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie sowie Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftsrat der Bundesregierung und im Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ursula Münch ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Stefan Selke ist Professor für das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel sowie Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen (HFU). Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte im Fach Soziologie. Selke ist Senatsbeauftragter für Nachhaltige Entwicklung an der HFU, gründete das von der United Nations University zertifizierte Regional Centre of Expertise im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie das Public Sociology Lab. 2014 wurde er in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.

Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und leitet deren Institut für Städtebau und Wohnungswesen. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Wékel ist Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungspolitik. Er war Kurator der Schader-Stiftung und ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents.

Einmal jährlich führt ein Großer Konvent Partnerinnen und Partner der Schader-Stiftung zusammen, um den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis mit ihnen gemeinsam fortzuschreiben und in dieser Weise unmittelbar die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Praxis-Orientierung zu fördern und zu stärken.

Unter dem Thema „Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?“ tagte am 18. November 2016 der vierte Große Konvent der Schader-Stiftung. Gut 140 Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, des Wissenschaftsmanagements und der angewandten Wissenschaft, Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen begleiteten gemeinsam die inhaltliche Entwicklung der Stiftung.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2016, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen sehen Sie unter
www.schader-stiftung.de/GrKo16
